

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pränumerando: Vierteljährlich 1.20 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Anzeigeband für Deutschland und Ostpreußen 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Ostpreußen, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berathungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (selbstgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Steingeldsche und Schloß-Kleinanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Ersteilung täglich außer Montagen.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Sonnabend, den 14. November 1908. Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Das Riesenunglück im Ruhrbergbau.

Das Furchtbarste ist nun doch Tatsache! Mag das menschliche Empfinden sich auch dagegen aufbäumen; es ist unabänderlich: über 3 1/2 Hundert Menschenleben sind mit einem Schläge vernichtet worden! Ein entsetzliches Ereignis! Unermesslich, unfassbar ist die Summe von Jammer, Not und Elend, die da plötzlich wieder über hunderte Familien eingetreten ist.

War das Unheil unabwendbar? Nein! Was wir gestern schon andeuteten, heute müssen wir es offen aussprechen. Auch diese Unglücklichen sind dem System zum Opfer gefallen! Bei Gelegenheit der Besprechung der Interpellation über das Unglück auf der Reden-Grube erklärte der Abgeordnete Hilber, solche Wetterkatastrophen, wie das auf der fiskalischen Zeche, seien im Ruhrbergbau unmöglich! Dort könne jeder Ortsälteste über Tage an der Tafel ablesen, ob sich in der Grube Wettermassen angesammelt hätten. Trotzdem ist es geschehen! Nun will Herr Berggraf Weisner schon erklärt haben, auf der „Rabod“-Grube sei alles in bester Ordnung gewesen. In kraftem Widerspruch damit stehen die Angaben der Bergarbeiter und anderer Sachverständiger.

Auch damals, nach der schrecklichen Katastrophe auf der Zeche „Rufussia“ ließ die Bergbehörde erklären, Mißstände seien nicht vorhanden gewesen; die Verwaltung treffe keine Schuld. Später stellte sich heraus, daß tatsächlich auf der Grube die primitivsten Schutzmaßnahmen gefehlt und Mißstände größtenteils über Tage abgelesen werden konnten.

Und so war es noch bei jeder Katastrophe! Bei dem „Rufussia“-Unglück hat man ähnlich freventlich geäußert wie in Courrières. Nicht hat man die Anlagen entkräften können, daß nur um der Profite willen die Schächte vermanert, die Rettungsarbeiten eingestellt worden sind; daß ohne das Bestehen der Grube zu retten, wahrscheinlich noch viele der eingeschlossenen dem Leben hätten erhalten werden können! Und was man jetzt nicht vielleicht auch zu eilig mit der Einstellung der Rettungsarbeiten? Hat man nicht auch hier aus Sorge um das Unternehmertum die Situation zu pessimistisch für die — vergrabenen Knappen beurteilt?

Die Geschichte der Bergarbeiterkämpfe gibt uns das Recht zu solcher Frage, zu banger Verführung. Die begründeten Forderungen der Bergarbeiter sind mißachtet worden. Aus dem Interesse an billiger Produktion hat man sich gegen weitgehende Schutzmaßnahmen gewehrt. Geradezu typisch für die Auffassung über Schutz des Menschenlebens bei der Berufsarbeit war eine Auslassung des Herrn Direktors Morssbach in einer Sitzung der unter Leitung der Bergbehörde stehenden Kommission zur Aufstellung von Grundregeln, nach denen verfahren werden sollte, um die Unglücksfälle durch Kohlen- und Steinfall zu verhindern. Den Darlegungen der Regierungsvorteiler trat Herr Morssbach mit folgender Argumentation entgegen (wir zitieren nach dem amtlichen Bericht):

„In der letzten Sitzung der Abteilung 3 in Dortmund hat unser Herr Vorsitzender, Oberberggraf Kattheuer, offiziell mitgeteilt, daß die Absicht bestehe, einen großen Teil der Grundzüge zum Gegenstand von Bergpolizeiverordnungen zu machen. Nun liegt das auf der Hand, daß wir bei unseren Beratungen in ganz verschiedenen Sinne zu den einzelnen Punkten Stellung nehmen werden, je nachdem wir wissen, ob sie Gegenstand einer Bergpolizeiverordnung werden oder nur als gute, weise Lehren (1), als Bergbaukunde, gegeben werden sollen. Ich bin der Ansicht, daß diese Vorfrage, die ich hiermit stellen möchte, entschieden werden muß, bevor wir in die Beratung der einzelnen Punkte eintreten können.“

Und Herr Berghauptmann v. Belsen bemerkte dazu: „Ich bin der Meinung, daß wir hier als technische Sachverständige nur festzustellen haben, welche Grundzüge wir zur Vermeidung von Stein- und Kohlenfall für zweckmäßig halten.“

Kann man bei solcher Auffassung sich noch wundern, daß wir auf dem Gebiete des Bergarbeiterkampfes noch so weit zurück sind? Nicht von rein sachlichen Erwägungen läßt man sich leiten, sondern von denen des Profits.

Bei Gelegenheit der erwähnten Interpellation waren Herr Minister Delbrück und Herr Bergwerksdirektor Hilber sich einig in der Auffassung, daß aus politischen Gründen der Forderung nach Einführung von Arbeiterkontrollleuten nicht stattgegeben werden könne.

Und so läßt man Unglück auf Unglück geschehen. Riesen groß ist die Zahl der Opfer, die der Bergbau erfordert, und der Gesundheitszustand der Knappen wird ruiniert.

Wird das neue große Massengrab, wird der Jammer der Hinterbliebenen nun endlich die dringend notwendigen Reformen bringen?

Hamn, 13. November. Nachdem die Rettungsarbeiten nunmehr vollständig eingestellt sind, kann es als gewiß gelten, daß bei der Katastrophe 360 Bergleute ums Leben gekommen sind. In den Hammer Krankenhäusern befinden sich außerdem noch 27 Verletzte. Wie nunmehr feststeht, ist nicht der Förderer, sondern nur der Wetterer unter Wasser gesetzt worden. Der Förderer, die Brandfluren, die Querschläge sowie der Schachtzugang sind ver-

mauert, um das Feuer zu erlöchen. Es läßt sich nicht übersehen, wann an die Bergung der Leichen gedacht werden kann.

Ueber das furchtbare Bergwerkunglück
 geht uns noch folgendes Privattelegramm zu: Die furchtbare Explosion auf Rabod hat eine so hohe Zahl von Opfern gefordert wie kein Grubenunglück zuvor. Die Katastrophe wäre aber noch schlimmer geworden, wenn statt der Nachtschicht die Morgenschicht davon betroffen worden wäre. Eine große Anzahl Arbeiter der Morgenschicht und Nachmittagschicht hatte am Tage des Unglücks eine Weisheit erfahren; jeht gehören sie zu den Toten. Insgesamt waren eingefahren 361 Mann, von denen im Laufe des gestrigen Tages nur 60 zutage gefördert werden konnten und leider nur 8 Unverletzte; 43 wurden tot herausgeschafft oder sind inzwischen ihren Verletzungen erlegen. Auch die herausgeschafften 9 Verletzten dürften nicht alle mit dem Leben davonkommen. Die Leichen und Verletzten lagen zusammen in den Strecken nahe beim Schacht. Das Vordringen in die Reviere wurde verhindert durch gewaltige Feuer, die an den verschiedenen Stellen ausgebrochen waren, die auch den noch in den Reviere sich befindenden Bergarbeitern den Weg zum Schachte versperrten. Eine Verbindungsstrecke nach einer anderen Grube fehlt. Warum die Flucht über die erste Sohle unmöglich war, muß noch festgestellt werden.

Die Frage, wie das Unglück einen solchen Umfang annehmen konnte, ist von der Zehnerverwaltung und der Bergbehörde bis zur Stunde noch unbeantwortet geblieben.

Die Zeche „Rabod“ liegt an der äußersten Grenze des Ruhrkohlenreviers. Die weite Entfernung von anderen Gruben macht das Fehlen einer Verbindungsstrecke verständlich. Die Kohlengewinnung geschah durch den sogenannten systematischen Abbau. Das setzte die Verwallung in den Stand, mit dem Abbau in unmittelbarer Nähe des Schachtes zu beginnen. Im Verhältnis zur Belegschaftszahl war die geförderte Kohlenmenge eine sehr große. Es scheint, als ob das Werk Spekulationszwecken dienen sollte. Die Gesellschaft wollte vielleicht zunächst möglichst viel Kohlen herausholen, um dann das Werk teilweise zu veräußern. Die Folge davon ist, daß der systematische Abbau zum Raubbau wird.

Auf der Grube sind viele Mißstände vorhanden, die mehr oder weniger mit dem Unglück im Zusammenhang stehen und die zu ferngelegten Klagen der Bergarbeiter Veranlassung gaben. Die Tatsache, daß auf „Rabod“ bei einer Belegschaft von 1200 Mann im ersten Halbjahre 1008 830 Zugänge und 656 Abgänge zu verzeichnen waren, ist ein böses Zeichen. Daß die Sicherheit der Betriebe und der Arbeiter darunter leiden, ist selbstverständlich. So oft aber auch die Belegschaft Klagen erhob, Abhilfe wurde nicht geschaffen! Die Behandlung der Arbeiter durch die Beamten war meist miserabel; die Entlohnung eine schlechte. Von den auf der Zeche beschäftigten Arbeitern wird angegeben, daß die Grube sehr oft wegen Wassermangels nicht berieft werden konnte. Dabei ist die Grube heiß und kohlenstaubreich!!! An den Tagen vor der Katastrophe, Montag, Dienstag und Mittwoch, war kein Wasser zur Berieftung der Grube vorhanden; am Mittwoch kam zwar wieder Wasser, aber ohne Druck, und das in einer Grube, wo eine Berieftung die heißen Deter und Strecken nur höchstens ein bis zwei Stunden feucht hält. Der Kohlenstaub, der dann zur Weiterverbreitung der Schlagexplosion beitrug, lagerte fingerdick! Viele Strecken wiesen in den Rippen durch Kohlenraub entstandene große Hohlräume auf, die mit Schlagwettern angefüllt waren! Weiter waren stillgelegte Aufhauen vorhanden, die ebenfalls voll Wasser standen. Erst am 29. Oktober verunglückten infolge von zwei aufeinanderfolgenden Explosionen in einem Aufbruch drei Steiger, ein Fahrhauer und ein Dauer. Glücklicherweise waren die Verletzungen nicht tödlich. Die Mitführung der Wetterseiden erhielten die Arbeiter nicht bezahlt, wodurch diese selbstverständlich vernachlässigt wurden. Den in dieser Hinsicht erhobenen Forderungen der Arbeiter wurde mit Spott und Hohn begegnet. Der Wettersteiger bekümmerte sich nicht um die Wetterführung um die Kohlenförderung!!! Alles das hat dazu beigetragen, daß das Unglück einen solchen Umfang annehmen konnte. Die Ursachen des Unglücks liegen für uns klar zutage; wir wünschen nur, daß Bergbehörde und Regierung ebenso klar darüber sind und Vorkehrungen treffen, daß in Zukunft die Ursachen von Bergkatastrophen beseitigt werden. Die bisherigen Massnahmen haben das noch nicht vermocht. Mögen die 350 Toten von „Rabod“ der Regierung das Gewissen schärfen, daß sie sich der Forderung der Bergarbeiter nach Arbeiterkontrollleuten nicht mehr widersetzt.

Von den vielen Einzelnachrichten und Telegrammen lassen wir noch diese folgen:

Ein Korrespondent des „Berl. Lokalan.“ hat Donnerstag nacht mit einer Dortmunder Sanitätskolonne die Grube besucht und gibt eine Schilderung, die im wesentlichen bestätigt, was wir gestern bereits berichtet: daß die Bergarbeiter sehr berechtigte Ursache hatten, über die Zustände in der Grube zu klagen. Der Vertreter des gewiß nicht arbeiterfreundlichen Berliner Blattes schreibt:

„Mit der Sanitätskolonne begeben ich mich nach dem Unglückschacht, aber niemand führt uns. Kein Mensch hat die Kolonne,

die sich telegraphisch angemeldet hatte, erwartet oder empfangen. Allein müssen wir unseren Weg finden und nun haben wir den Schacht erreicht! Er ist zum Entsetzen aller zugedeckt. Keine Rettungsarbeit weit und breit zu sehen. Ich selbst stand auf dem zugedeckten Schacht. Die anwesenden Vertreter der Direktion verweigern jede Auskunft. Da sie aber die Kolonne, die in menschenfreundlicher Absicht aus Dortmund gekommen war, um zu helfen, ohne ein Wort des Dankes einfach wieder nach Hause schickte, so darf wohl gefolgert werden, daß eben nichts mehr zu retten ist. Im Maschinenhause liegen etwa vierzig fürchterlich verbrannte Tote, zum Teil schrecklich verstümmelt. Einer der Verletzten war geradezu grauenhaft zugerichtet, dem Panne hängt das Fleisch in Fetzen vom Leibe und die Eingeweide treten hervor. . . .

Die Bergleute selbst schreiben das Unglück dem neuen Steiger zu, der vor zwei Monaten in der Zeche eintrat und auch als Wetterkontrollleur fungierte. Wo ich mit Bergarbeitern sprach, murerten sie gegen diesen Mann und sagten, er sei nicht vorsichtig genug gewesen. Schon vor 14 Tagen habe in derselben Sohle, in der jetzt die unglücklichen Arbeiter eingeschlossen sind, eine kleine Explosion schlagender Wetter stattgefunden, bei der 3 Leute verletzt wurden. Einer davon ist jetzt noch arbeitsunfähig. Hätte man damals gleich nach der Ventilation gesehen, sagen die Bergleute, so wäre das heutige Unglück vielleicht verhütet worden.“

Ein Beteiligter an den Rettungsarbeiten sagt folgendes über die mutmaßliche Entstehung des Unglücks: In einem der Querschächte hatte die Nachtschicht, die die nötigen Vorarbeiten für die Tageschicht erledigt, Sprengstoff mit gelegt, dieses aber anscheinend nicht genug berieft. Das Dynamit ist durch irgend einen Umstand zur Explosion gekommen und hat das schreckliche Unglück verursacht. Die in dem Schachte herrschende heiße Temperatur, die auf der Zeche „Rabod“ ausnahmsweise hoch ist, hat die Wirkung der Explosion ungemein begünstigt. Von dieser Auffassung der unmittelbaren Ursache wollen aber die Bergleute nichts wissen. . . .

Der Ministerialrat Oberberggraf Weisner, der von Berlin aus sofort nach der Unglücksstätte abgereist ist, hat sich über die Sachlage und insbesondere über den Stand der Rettungsarbeiten ausgesprochen. Er hat erklärt: Leider sind alle Rettungsarbeiten eingestellt. Man hat sie schon abgebrochen, da die einschneidenden Massnahmen nur Tote fanden und nur mit schwerer Mühe ihr eigenes Leben retten konnten. Wir müssen mit der entsetzlichen Tatsache rechnen, daß mehr als 300 Bergleute auf der dritten und zweiten Sohle ihren Tod gefunden haben. Es ist hier — wie leider so häufig der Fall — daß die Rettungsmassnahmen selbst auf das Höchste gefährdet sind.

Ausgebungen.

Berlin, 13. November. Die Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses sprach der Bergarbeiterchaft ihr Beileid aus.

Köln, 13. November. Die Kölner Mäcker veröffentlichten Aufrufe zur Sammlung für die Hinterbliebenen der Verunglückten auf der Zeche „Rabod“. Die „Kölnische Zeitung“ teilt zugleich mit, daß bereits 24 000 M. bei ihr als Spende eingegangen sind.

Paris, 13. November. „Petit Parisien“ veröffentlicht einen längeren Beileidartikel für die westfälischen Grubenarbeiter, welche von einer neuen Katastrophe heimgeführt worden sind. Das Blatt erinnert an die Mitwirkung westfälischer Grubenarbeiter bei der Katastrophe von Courrières und erklärt, Frankreich werde dies nie vergessen.

Hamn i. B., 13. November. Der Kaiser sandte an den Bergmeister Krämer folgendes Telegramm:

„Mit tiefer Trauer habe ich die Nachricht von dem schweren Unglück auf der Steinkohlenzeche Rabod in Hövel gelesen. Möge es den vereinten Anstrengungen gelingen, die in der Grube noch lebenden, eingeschlossenen wackeren Bergleute zu retten. Ich beauftrage Sie, den Hinterbliebenen der unglücklichen Opfer der Katastrophe sowie den Verletzten mein herzlichstes Beileid auszusprechen.“

Wilhelm I. R.

Paris, 13. November. Präsident Fallières richtete aus Anlaß des Grubenunglücks folgendes Telegramm an den Kaiser: Frankreich hat die Sympathie, die die deutschen Grubenarbeiter den französischen Bergleuten beim Unglück von Courrières bezeugt haben, und den Heldennut der westfälischen Bergleute, die zur Rettung ihrer französischen Kameraden herbeieilten, nicht vergessen. Um so tiefer war unsere Ergreifensheit, als wir von dem furchtbaren Unglück vernahmen, das sich auf der Zeche Rabod zugetragen hat. Wir nehmen von ganzem Herzen teil an der Trauer, die das Deutsche Reich in so schrecklicher Weise betroffen hat. Ich bitte Eure kaiserliche Majestät, den Ausdruck unseres aufrichtigen Beileids entgegenzunehmen zu wollen.

Paris, 13. November. Der Minister des Innern hat sich heute mit dem deutschen Votschafter Fürsten Radolin einen Besuch ab und sprach ihm im Namen der Regierung die Teilnahme anlässlich der Grubenkatastrophe bei Hamn aus. Mehrere Blätter geben gleichfalls ihren Mitgefühl Ausdruck. Der „Temps“ erinnert an die Verweise menschlicher Solidarität, welche Frankreich nach dem Unglück in Courrières von Deutschland erhalten hat, und sagt, die französische öffentliche Meinung werde sich an das durch die Katastrophe schwergeprüfte deutsche Volk mit dem tiefbewegten Ausdruck lebhafter Teilnahme.

Kanzler-Krisis.

Noch vorgestern abend wurde von verschiedenen, sonst meist gut über die Stimmungen der sogenannten linken Kreise unterrichteten Blätter behauptet, der Reichskanzler werde jetzt seiner am 1. Oktober als vor der Interpellationsdebatte im Reichstage. Doch über Nacht hat sich das Blatt gewendet. Heute schon kam die Stellung des Kanzlers als völlig erschüttert gelten. Vielleicht nur noch wenige Tage und der Kanzler fällt — nicht, weil der Reichstag sich seiner Amtsführung widersetzt, sondern durch den Nachspruch des Kaisers.

Eine grausame Fronte! Nicht nur auf unsere heutigen Verfassungszustände, sondern noch mehr auf die phrasenhaften Reden der Wassermanns und Biemer. Ungenützt haben sie die sich bietende günstige Gelegenheit, das absolute Regiment zu schwächen und die Volksrechte zu erweitern, verstreichen lassen, um den Kanzler und damit den Bloß zu halten. In der nächsten Annahme, fällt der Kanzler, so fällt auch der Bloß. Um diesen Sturz zu verhüten, hat der Liberalismus sich profiliniert, hat er jede scharfe Forderung unterlassen und sich auf Phrasen beschränkt — und nun ergibt sich, daß diese ganze feile Rechnungsträgerlei umsonst gewesen ist, daß doch die Amtstage des Kanzlers gezählt sind.

Zufällig schien noch vor wenigen Tagen dem Kanzler, wenn auch seine Autorität aufs tiefste erschüttert war, vorläufig noch eine gewisse Ausdauer beschieden zu sein. Zwar in keinem anderen Staate Westeuropas wäre eine Fortführung der Amtsgeschäfte unter solchen Umständen möglich; aber Preußen-Deutschland ist eben in politischer Hinsicht eine Anomalie, eine Abnormität. Der Kaiser hatte Bülow die erbetene Demission verweigert; das Zentrum hielt mit seinen Angriffen gegen den Kanzler schlaue Zurückhaltungen und schien vorläufig die Fortführung des Spiels abwarten zu wollen. Es weiß, daß die Zeit herannahet, wo es unter weit günstigeren Bedingungen wieder in seine frühere Stellung einzurücken vermag. Warum sollte es sich jetzt in der heutigen verfahrenen politischen Lage, wo der Bloß vor der verhängnisvollen Arbeit der Reichsfinanzreform steht, dazu drängen, wieder Regierungspartei zu werden? Besser, es läßt Kanzler und Freisinn sich zunächst noch mehr abwirtschaften.

Und auch die Konservativen schienen von dem Ausgang der Interpellationsdebatte nicht unbefriedigt zu sein. Nochte mandem von ihnen auch das Schweigen Bülows am zweiten Tage der Debatte, sein Verzicht auf jede scharfe Abwehr der sozialdemokratischen Reden nicht passen, so waren doch die Forderungen einer Erweiterung der politischen Rechte des Reichstages unter den Tisch gefallen. An und für sich ist zwar manchem der Herren die Persönlichkeit des Kanzlers mit ihrem weltmännischen Getänzel und ihren schöngeistigen Klären höchst gleichgültig, zum Teil sogar zuwider; aber eine Entlassung des Kanzlers konnte unter den gegebenen Umständen von den entschiedenen liberalen Elementen und besonders von den Sozialdemokraten als ein Zurückweichen der Krone vor den Ansprüchen der Masse gedeutet werden, und dieser Sacheln mußte nach Ansicht der Junter entschieden vermieden werden. Von der Hand der im Reichstage vertretenen Volksmasse durfte Bülow nicht fallen.

So schien Bülow noch eine mehrmonatige Amtsdauer gesichert zu sein. Aber die, die so kalkulierten, haben einen ins Gewicht fallenden Rechnungsfaktor nicht mit in Betracht gezogen: die Psyche des Kaisers, seine Begriffe von Fürstengewalt und Gottesgnadenhum, seine Empfindsamkeit. Wilhelm II. fühlt sich dadurch verletzt, daß im Reichstage scharfe Worte gegen das persönliche Regiment gefallen sind, verlegt durch das Verhalten des Kanzlers, der nicht energisch den sozialdemokratischen Rednern entgegengetreten ist und der ihm doch, nach seiner Auffassung, zu großem Dank verpflichtet war, da er, der Kaiser, ihm die Nichtbeachtung des ihm zur Prüfung zugegangenen Manuskripts verziehen und seine Demission gnädig zurückgewiesen hatte. Und diese Verstimmung dürfte schwerlich von den vielen Feinden, die Bülow wegen seiner Vorkämpfertätigkeit und seiner gelegentlichen liberalen Äußerungen in den Hofkreisen besitzt, ungenutzt geblieben sein, wird doch erzählt, daß am zweiten Tage der Debatte bei einem der Wortführer der Konservativen eine Depesche aus Donaueschingen eingetroffen sei, in der die kluge Verteidigung des Kaisers durch Herrn v. Heydebrand moniert wurde. Erst darauf habe Herr v. Didenburg seine Redensarten von Ergebenheit und Königtumsstreue in die Debatte geworfen.

Wie in den Hofkreisen hat man auch im Staatsministerium, in dem man ebenfalls gut über die jeweiligen Stimmungen und Verstimmungen des Kaisers informiert ist, die Gelegenheit benutzt, alte Fehden wieder aufzunehmen. Es ist ein offenes Geheimnis, daß in der letzten Sitzung des preussischen Staatsministeriums bei der Beratung der Beschlüsse über das persönliche Regiment es bereits zu allerlei Einwendungen und Widersprüchen gekommen ist. Besonders zwischen Freiherrn v. Rheinbaben und dem Reichskanzler sollen sich verschiedene Differenzen ergeben haben.

Wie weit die Krise bereits vorgeschritten ist, zeigt folgende parteioffizielle, von der „Kreuzzeitung“ ohne ein Wort der Kritik abgedruckte Auslassung der „Konservativen Korrespondenz“.

„Mit Beklemmung werden unsere Gesinnungsgenossen im Lande den Reichstagsverhandlungen der letzten Tage gefolgt sein.

Und wahrlich, es handelte sich um viel!

Ein trauriges Bild, den Träger der Kaiserkrone so vor aller Welt kritisiert und bloßgestellt zu sehen.

Das hat Deutschland seit seiner Wiedergeburt noch nicht erlebt, und das kann und darf nicht wieder vorkommen, wenn wir eine Kaiserergewalt erhalten wollen, die mehr ist als die im alten Deutschen Reiche.

Gott sei Dank, daß wenigstens von konservativer Seite sich bei aller freimütigen Beurteilung der Sachlage, die unsere Redner schon gegeben, doch im letzten Moment auch eine Stimme persönlicher Anhänglichkeit und Treue erhob!

Warum sprach nicht auch der Kanzler noch ein Wort? Hätte er nicht, wenigstens den Uebergriffen gegenüber, den Schild vor die Herzen des Kaisers halten sollen?

Vielleicht dachte er, daß es, um des Endeffekts willen, psychologisch besser sei, das Gewitter, die elektrische Spannung sich ganz entladen, das ungeschminkte Urteil sich hervorwogen zu lassen — als dazwischenzutreten.

Mag sein, daß er diese Ansicht hatte; wir wollen darum keinen Stein auf ihn werfen.

Er muß wissen, was er jetzt will.

Das muß nun aber auch in die Tat umgesetzt werden!

Es war kein gutes Anzeichen, daß man dem Kaiser nicht schon rief, in diesen schweren Tagen für die Monarchie, statt in fremden Gegenden in der Mitte seines Volkes, zur Seite seiner amtlichen Berater zu stellen.

Auch solche Dinge dürfen nicht sein, wenn wir auf eine wirkliche Besserung der Lage vertrauen, wenn wir dessen gewiß sein wollen, daß diese Berater vor ihm auch alles weitere, was anders werden muß, mit dem Nachdruck und Ernst der kritischen Stunde vertreten werden.“

Allerdings manche politischen Wortführer der Konservativen scheinen mit dieser Absehwendung der konservativen Parteileitung vom Kanzler noch nicht einverstanden zu sein. Die „Deutsche Tageszeitung“ knüpft an die Neuberger folgende Kritik:

„Auf den Inhalt näher einzugehen, möchten wir uns vorläufig versagen. Wir können uns aber des Eindrucks nicht erwehren, als ob diese Veröffentlichung nicht völlig aus demselben Ton gestimmt sei, in dem die bekannte Erklärung des Parteivorstandes gehalten war...“

Sachlich hat der Artikel insofern recht, als man allgemein tief bedauert hat, daß der Kaiser in diesen Tagen nicht in seinem Lande und seiner Hauptstadt weilte. Wir glauben aber annehmen zu dürfen, daß, wenn es möglich gewesen wäre, ihm das mit Erfolg zu raten, dieser Rat gewiß erteilt worden sein würde. Weiter möchten wir uns über diese Seite der Angelegenheit nicht verbreiten.

Darüber, ob es zweckmäßig gewesen ist, wenn der Reichskanzler noch einmal in der Besprechung der Interpellationen das Wort ergriffen hätte, kann man verschiedener Meinung sein. Die Lage würde durch ein nochmaliges Eingreifen des Kanzlers freilich kaum gebessert worden sein. Deshalb liegt es auch uns völlig fern, deswegen einen Stein auf den Kanzler zu werfen.“

Auch der aus Hofkreisen inspirierte fromme „Reichsbote“, das mit Vorliebe von der Kaiserin geleitete Blatt leistet sich folgenden Angriff gegen den Reichskanzler:

„Besonders erbaut wird der Kaiser freilich von der Haltung des Fürsten Bülow am zweiten Tage nicht sein, wo er sich den schwersten Beschuldigungen des Kaisers gegenüber völlig passiv verhielt. Wie der Kaiser das Verhalten des Kanzlers beurteilt, wird größtenteils davon abhängen, wie weit das impulsive persönliche Eingreifen des Kaisers bei der gestellten Politik und wie weit die Beteiligung des Kanzlers dabei in Betracht kommt... Der Reichskanzler hat wiederholt gesagt, daß er die Verantwortung für die fehlerhafte Behandlung des kaiserlichen Auftrags mit dem Manuskript des Artikels übernehme, aber von der Verantwortung für die in dem Artikel stehenden Tatsachen hat er nicht gesagt. Die Verantwortung für diese und ihre Veröffentlichung hat er auf dem Kaiser und seinem viel kritisierten persönlichen Regiment schieben lassen. Inwieweit er dazu berechtigt war und wie weit er davon seine Haltung im Reichstage abhängig machen durfte, davon wird es abhängen, ob der Kaiser mit seiner Haltung einverstanden ist oder nicht...“

Wir verlangen nicht vom Kanzler, daß er gegen sein Gewissen etwas verteidigen soll, aber wir hätten gewünscht, daß er dann auch seine eigene Schuld hätte eingesehen sollen; denn es war an dieser Politik im allgemeinen beteiligt und das auswärtige Amt hat sie gegen jeden, der sie kritisierte, aufs schärfste verteidigt. Ein auf der Höhe stehender Staatsmann darf nicht eine falsche von seinem Monarchen gewünschte Politik mitmachen, aber noch weniger darf er dann, wenn ihre Fehler offenbar werden, seine Mitschuld beschweigen oder sie als einen Akt der persönlichen Politik des Fürsten erscheinen lassen.“

Kompliziert wird die Lage dadurch, daß der Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten sich gestern unter dem Vorsitz des bayerischen Ministerpräsidenten Freiherrn v. Hohenhausen einmütig auf die Seite des Fürsten Bülow gestellt hat.

Vorläufig ist der Chef des Zivilkabinetts, Herr v. Valentini, zum Vortrag bei Wilhelm II. nach Donaueschingen berufen worden. Dem Kanzler, der den Kaiser um die Erlaubnis ersuchte, ihm Vortrag halten zu dürfen, ist bisher die Erlaubnis nicht gewährt worden. Vielleicht, daß ihm gestattet wird, demnächst in Kiel, wohin der Kaiser sich zur Truppenvereidigung begibt, Vortrag zu halten — falls er nicht inzwischen schon seinen Abschied erhalten hat.

Der lustige Kaiser.

Wir finden in der „Zef. Ztg.“ folgende Annonce:

Frankfurt Union-Theater

vor

Deutschlands Kaiser!

Das Union-Theater, Kaiserstraße 74, wurde vom Fürsten Fürstberg eingeladen, am Dienstag vor Sr. Majestät dem Deutschen Kaiser in Donaueschingen eine Separatvorstellung im Musiksaal des Schlosses zu veranstalten.

Wir erhalten darüber heute folgendes Originaltelegramm:

Donaueschingen, 11. 0. 00.

Zweifelhafte Vorstellung des Union-Theaters im Saal des Schlosses zu Donaueschingen vor dem Deutschen Kaiser, dem Fürsten Fürstberg und Grafen Jepsell mit sensationellem Erfolg nach 12^{1/2} Uhr beendet. Der Kaiser und die hohen Herrschaften applaudierten stürmisch und sprachen in persönlicher Unterredung ihre dankbare Anerkennung für das brillante gewählte Programm und die tadellose Vorführung aus.

Es war am Dienstag, an demselben Tage, an dem der deutsche Reichstag die Debatte über das persönliche Regiment begann. Es ist auch interessant, daß der Kaiser in persönlicher Unterredung seine Anerkennung aussprach. Fürst Bülow konnte bisher, wie es scheint, solche persönliche Unterredung noch nicht erlangen. Zweifelhaft bleibt auch, ob der Kaiser seinem Diener ebenfalls so „dankbare Anerkennung“ aussprechen wird.

Daß der Kaiser der Fuchsjagd obliegt, dann zur Refrutenvereidigung nach Kiel fährt und, irren wir nicht, bereits zu neuen Jagden sich angefangen hat, ist den Monarchisten kein Wohlgefallen. So sagt selbst die hochoffizielle „Köln. Ztg.“:

„Man versteht nicht, daß der Kaiser, was jetzt in Berlin geschieht, anscheinend als so unwichtig einschätzt, daß er seine Reisen, Jagden und höfischen Feste nicht unterbricht, um nach Berlin zu kommen. Schon lange ist im Volk das, wenn wir nicht irren, von Eugen Richter geprägte Wort vom „Regieren im Umherziehen“ bitter empfunden worden. Es war nicht nötig, daß gerade die jetzigen Verhandlungen wieder einmal den augen-

scheinlichen Beweis liefern mußten, wie sehr der notwendige Zusammenhang in der Regierung durch die ununterbrochenen Reisen des Kaisers geschädigt wird.“

Und der Schmerz der Monarchisten ist ja begreiflich. Denn wenn gerade der Monarch in trübsamen Zeiten, in den Stunden der Entscheidung so viel Zeit zu Vergnügungen hat, so gibt er damit zu erkennen, daß er die Regierungsgeschäfte nicht für die wichtigste Funktion seiner Stellung hält. Es ist übrigens eine gute Lektion, die die bürgerlichen Parteien erfahren. Solange sie nur reden und nicht handeln, verdienen sie nichts anderes, als daß der Kaiser sich durch ihre Reden seine Amüsamente nicht stören läßt. Eine bessere Kritik konnte das Verlangen des Reichstages gar nicht finden, allerdings auch keine, die die Massen über die Herrlichkeit des absolutistischen Systems gründlicher aufklären würde.

Es ist also nicht verwunderlich, daß man auch in offiziellen Kreisen an Abhilfe denkt. Da es aber offenbar nicht gelingen will, dem Kaiser klarzumachen, daß die Zeit zu Vergnügungen nicht gerade gut gewählt ist, so macht man die Sache einfacher und für die offiziellen Kreise auch bequemer: Man läßt dem Kaiser seine Freude, aber man sorgt dafür, daß das Volk möglichst wenig von den Vergnügungen erfährt. Von sehr vertrauenswürdiger Seite erhalten wir folgende interessante Nachrichten: Das offiziöse Wolffsche Depeschenbureau hat den Auftrag erhalten, daß die Nachrichten aus dem Hofleben im allgemeinen und über den Kaiser im besonderen von jetzt an möglichst kurz, sachlich und ohne Auspug abgefaßt werden. Dieser Auftrag ist auch pünktlich ausgeführt worden. So kam ein Telegramm aus Donaueschingen, der Kaiser habe sich seinen eigenen Einzug in Donaueschingen durch den Kinematographen vorführen lassen. Dies Telegramm wurde von dem Depeschenbureau unterdrückt.

Es ist wirklich schade, daß die Nachrichten über den Kaiser gerade dann dem Volke vorenthalten werden, sobald sie beginnen, wirkliches politisches Interesse zu gewinnen.

Schücking.

Der verdienstvollen Anlagenschrift des „Bürgermeisters E. J.“ gegen „die Reaktion in der inneren Verwaltung Preußens“ ist ein neues Kapitel anzufügen. Der Verfasser, Bürgermeister Schücking von Husum, ist wegen der Herausgabe seiner Schrift und wegen einiger im gleichen Sinne gehaltenen Zeitungsartikel im Disziplinarverfahren als Kampfleiter, als einer, der mangelnde Ehrerbietung vor Dienstvorgesetzten zur Schau getragen und Staatsanrichtungen verächtlich gemacht hat, zu 500 M. Geldstrafe verurteilt worden. Zur höchsten Strafe, die vor der *M i t t e n s e t z u n g* steht, die der Vertreter der Anklage gefordert hatte.

Es ist überflüssig, die juristische Haltlosigkeit des Spruches zu behandeln, überflüssig, auf die bodenlose kulturelle Miskundigkeit Preußens noch einmal besonders hinzuweisen, die aus dem Verfahren und aus dem Urteil spricht, überflüssig auch, die jammervolle Verküppelung der gerühmten „Selbstverwaltung“ an der Kassa zu demonstrieren, daß auch der Kommunalbeamte, der Erwählte der Bürgerschaft, zum Untergebenen der Staatsbürokratie gestempelt wird. Es ließe sich nur allbekannte und oft behandelte Dinge wiederholen. So war es immer in Preußen, wo Landräte und Amtsvorsteher, die liberalen Zeitungen zerreißen, die oppositionellen Parteien die Säle abtreiben und ähnliches mehr tun, niemals mit dem Disziplinarverfahren Bekanntschaft machen. Und so wird es bleiben in Preußen, solange das Dreiklassenrecht besteht.

Wenn das Schicksal des Husumer Bürgermeisters besonderes Aufsehen erregt, so deshalb, weil es einem Freisinnigen in der Zeit des Bloßes widerfährt. Von Gleichberechtigung, von Anteil an der Macht träumt der Freisinn, als er sich zum schmählichen Verrat liberaler Grundzüge, zum Bloßdienst herbeiläßt: Das Junkerium hat ihm schnell zu verstehen gegeben, daß der Bloß so nicht zu verstehen ist. Den Schein einiger kleiner parlamentarischer Erfolge gönnt es dem Bloßklotzen allerdings, aber an die Wurzel der junkerlichen Macht, an die Alleinherrschaft der Junker in Preußens Verwaltung darf er nicht rühren. Die Partei, die im Reichstag sich Regierungspartei nennen darf, die berufen wird, dem Reichskanzler die nötige Mehrheit zu bilden, sie muß sich in Preußen weiter als ausfällig behandeln lassen. Der Beamte, der ihre Ideen vertritt, ihre Forderungen vertritt, macht sich unmöglich. So ist der Wille der Junker und der Junkerbürokratie, und der preussische Ministerpräsident Bülow ist außerstande, etwas dagegen zu tun. Alle Erklärungen der „Köln. Ztg.“, daß der preussischen Regierung das Verfahren wider Schücking unangenehm sei, haben nichts genützt. Vielleicht haben sie Herrn Schücking die Amnestieerwartung — aber in solchen Verfahren ist das Strafmaß Nebensache. Für den Freisinn wäre die Sache nichts gebessert, wenn selbst auf die niedrigste zulässige Geldstrafe erkannt worden wäre.

Was wird der Freisinn tun angesichts dieses verden Vorkommnisses, den ihnen die Junkerbürokratie verleiht. Die freisinnige Presse schweigt vorerst. Sie gab am Freitag das Urteil und sagt nichts. Was wird sie sagen? Was wird die freisinnige Fraktionsgemeinschaft unternehmen?

Der Freisinn hat schon soviel Demütigungen hinuntergeschluckt, daß er vielleicht auch diese noch hinunterwürgt. Brennende Scham möge ihn denn freilich ins Antlitz heilen, wenn er die tapfere Verteidigungsschrift liest, die Schücking der Anklage entgegengefaßt hat.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 13. November 1908.

Wie die Arbeitslosigkeit hinweggeredet wird.

Aus dem Reichstag, (13. November.) Die furchtbare Krise, unter der Deutschland leidet, hat eine Arbeitslosigkeit schlimmster Art über die Arbeiterschaft gebracht. Nicht das erste Mal zieht die Not durch die Lande, und nicht das letzte Mal wird es gewesen sein. Die Not ist der Schatten des kapitalistischen Aufschwungs; sie folgt ihm auf dem Fuße. Und immer, wenn Hunderttausende auf die Straße getrieben werden durch die Krise, drängt sich die Frage auf: was soll geschehen, um die Arbeitslosigkeit einzudämmen, die Not zu lindern?

Zwei Interpellationen suchten diesmal die Regierung zur Auskunft zu drängen über die Maßnahmen, die sie gegen die herrschende Arbeitslosigkeit und den Notstand zu ergreifen gedenkt. Sonst war es die Sozialdemokratie allein, die mit solchen Fragen die Gemütsruhe der herrschenden Klasse störte. Aber gutes sozialdemokratisches Beispiel verbessert offenbar die Taten bürgerlicher Politiker; denn auch das Zentrum hat sich nun eingekunden mit einer Interpellation.

Sein Vertreter, der Generalsekretär Dr. Pieper aus München-Gladbach, erhielt zur Begründung zuerst das Wort. Arbeitslosenversicherung, Arbeitsnachweise hält auch er für notwendig, genau wie die Sozialdemokratie fordert. Als er aber von einer „gesunden Handelspolitik“ sprach, war er vorzüglich genug, seine näheren Angaben darüber zu machen. Es wäre auch für einen Zentrumsmann schwer gewesen, die Nachwirkung der Schutzölle auf Lebensmittel für die Verschärfung der Not hinwegzudeuten.

Genosse Molkenbührer nagelte das Zentrum auf diesen schreienden Widerspruch in seiner Politik fest: daß es für die Arbeiter einzutreten behauptet, auch tatsächlich für allerhand soziale Reformen eintritt, aber gleichzeitig ihnen die Lebenshaltung durch Verteuerung der Lebensmittel aus Rücksicht auf die Agrarier in skandalöser Weise erschwert.

Auch auf einen anderen Defekt in der Pieper'schen Vortragsführung wies Molkenbührer hin: Der kerische Generalsekretär fordert immer nur die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit für gewerbliche Arbeiter. Auch da schaut der agrarische Pferdeschuh heraus. Molkenbührer betonte scharf, daß andliche Arbeiter doch den nämlichen Anspruch hätten, gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit gesichert zu werden.

Zur Frage der Mittel übergehend, verlangte Molkenbührer insbesondere, daß das Reich, das jetzt nichts tue, Mittel für die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit aufbringe. Wahres Entsetzen erregte es bei den Konservativen, als Molkenbührer eine Summe von jährlich 200 Millionen Mark für nötig erklärte, während die nämlichen Leute für Heer und Flotte mit aller Gemütsruhe die Ausgaben in kurzer Zeit um das Vielfache dieser Summe gesteigert haben.

Der Staatssekretär des Innern v. Bethmann-Hollweg hatte es sich bei Verantwortung der Interpellation offenbar zur Aufgabe gestellt, die Tatsache der Arbeitslosigkeit möglichst hinwegzureden. Er verlas allerhand statistisches Material, das zu diesem Zwecke von legenden weichen Geheimräten zusammengestellt war. So konstatierte er mit Wohlgefallen, daß die Zahl der beschäftigten Frauen bei weitem nicht so stark abgenommen habe wie die der Männer. In seiner Ahnungslosigkeit sah er nicht, daß die Erziehung neuer Männerarbeit durch billigere Frauenarbeit auch eine Signatur der Krise ist. Zum Beweise dafür, daß das Reich doch etwas gegen die Arbeitslosigkeit tue, verwies er auf die Hunderte von Millionen im Budget, die zur Ausführung von Arbeiten angeworfen seien. Als ob das nicht dauernd fortliefe, auch ohne Krise. In seinem vollen Glanze aber zeigte er sich mit der Erklärung: er halte die Arbeitslosenversicherung überhaupt für undurchführbar. Daraus geht klar hervor, welchen sozialpolitischen Mißschritt die Reichsregierung mit der Erhebung des Grafen Potjomkoff, der die Arbeitslosenversicherung im Prinzip anerkennt, durch den ehemaligen Polizeiminister von Bethmann-Hollweg gemacht, der sein Amt durch die Brille der großen Ausbeuter in Stadt und Land anschaute.

Nachdem in der Besprechung der Interpellation einige Redner zu Worte gekommen waren, wurde die Debatte auf Sonnabend vertagt.

Kaiserbriefe.

Wir haben gestern die Veröffentlichung des „Vaterland“ wiedergegeben, die von einem merkwürdigen Briefwechsel zwischen der holländischen Königin und dem deutschen Kaiser erzählt. Während des russisch-japanischen Krieges, so berichtete das früher offiziöse Blatt, habe Wilhelm II. gedroht, Deutschland werde die niederländischen Häfen okkupieren, falls die Niederlande nicht sofort Verteidigungsmassregeln gegen England trafen. Nun kann man ja — nach den letzten Erfahrungen weniger denn je — diese Mitteilung nicht einfach für die Erfindung eines deutschfeindlichen Blattes halten. Die „Nordd. Allgem. Zeitung“ aber schweigt beharrlich und gibt so der Vermutung neue Nahrung, daß wir wieder einem unbegreiflichen, der deutschen Politik schädlichen Akt des persönlichen Regiments gegenüberstehen. Wäre die Sache wahr, so hätte Wilhelm II. während des russisch-japanischen Krieges ohne jede Not einen Druck auf die Niederlande ausgeübt, der in England als höchst unfreundlicher Akt empfunden werden mußte, während gleichzeitig die in Holland infolge alldemokratischer Phantasien ohnehin bestehende Beschränkung vor deutschen Eroberungsabsichten verstärkt worden wäre. Die vom „Daily Telegraph“ mitgeteilten Äußerungen Wilhelms II., daß er stets als Freund Englands gehandelt hätte, erfüllen dadurch eine neue Widerlegung. Nun will allerdings ein dieses Mittagsblatt wissen, daß die Sache anders liegt. Danach hätte nicht Wilhelm II. die Initiative ergriffen, sondern König Edward habe die Königin Wilhelmine vertraulich wissen lassen, England würde sich genötigt sehen, niederländische Häfen zu blockieren, wenn Deutschland Miene machen sollte, Hollands Neutralität zu verletzen. Wilhelm II. erhielt auf irgend eine Weise Kenntnis davon und machte daraufhin erst die Königin aufmerksam, daß deutsche Truppen die holländische Grenze überschreiten müßten, wenn englische Kriegszüge sich in holländischen Häfen festsetzen würden.

Aber auch diese Darstellung bestätigt einmal, daß Wilhelm II. persönlich eine so folgenschwere Ankündigung an die holländische Königin gelangen ließ und wirt damit die Frage auf, ob der Kaiser das mit Wissen und mit Willigung des Kanzlers getan hat. Dann aber läßt es diese Darstellung ganz unerklärt, wieso denn König Edward auf den Einfall kam, daß Deutschland sich mit feindlichen Absichten gegen Holland trage. König Edward muß doch zu seiner Blockadedrohung irgend einen Anlaß gehabt haben. Es ist also bringend nötig, daß endlich eine amtliche Aufklärung folgt. Denn es handelt sich wieder um eine neue schwere Verschuldigung der deutschen Politik, für die das Wort „Abstoßungspolitik“ noch sehr milde wäre, wenn die Nachricht von diesem Briefwechsel auf Wahrheit beruhte.

Gegen das persönliche Regiment.

Nach den „Hamburger Nachrichten“ ist man in der hamb. bürgerlichen Bürgerschaft der Frage näher getreten, was gefahren könne, um die vom Reichstage verweigerte Einweisung auf den Deutschen Kaiser auf dem Umwege über die Einzelstaaten zu ermöglichen. Und zwar ist die Sache so gedacht, daß die Bürgerschaft an den Senat mit dem Ersuchen herantritt, im Bundesrat die geeigneten Schritte zu tun, um dem Kaiser nahezu legen, daß man auch in Hamburg die persönlichen Eingriffe in die amtliche Politik tief bedauern und sichere Bürgschaften gegen die Wiederholung dergleichen Vorgänge erwarte. Es haben bereits Vorbesprechungen über den gestern eingebrachten Antrag zwischen dem Präsidium der Bürgerschaft und den Fraktionsvorständen stattgefunden, und

am Montag nächster Woche wird in diesem Rahmen die Entscheidung fallen. Voraussichtlich wird dann am Donnerstag eine Sonder-Sitzung der Bürgerschaft stattfinden, die, nach dem Hamburger Blatt, ohne Zweifel zur Annahme des Antrages führen wird.

Ministerverantwortlichkeit.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat, wie wir gestern schon mitgeteilt haben, ein Gesetz betreffend die Ministerverantwortlichkeit, im Reichstage eingebracht. — Die wesentlichen Bestimmungen lauten:

Hinter Artikel 17 der Reichsverfassung ist einzufügen:

Artikel 17a.

Der Reichskanzler ist für seine Amtsführung dem Reichstage verantwortlich. Diese Verantwortlichkeit erstreckt sich auf alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kanzlers. Der Reichskanzler ist zu entlassen, wenn der Reichstag es fordert.

Artikel 17b.

Wenn der Reichstag den Reichskanzler für schuldig hält, durch eine von ihm zu verantwortende Handlung oder Unterlassung vorläufig oder groß fehlerhaft seine Amtspflichten verletzt, namentlich verfassungswidrig gehandelt oder sonst das Wohl des Reiches geschädigt zu haben, so kann der Reichstag gegen den Reichskanzler Anklage erheben.

Mit dieser Anklage kann der Reichstag die Anklage wegen solcher Handlungen des Reichskanzlers verbinden, welche unter das allgemeine Strafgesetz fallen, soweit sie mit den öffentlichen Obliegenheiten des Reichskanzlers zusammenhängen.

Artikel 17c.

Die Verhandlung und Entscheidung über die vom Reichstage gegen den Reichskanzler erhobene Anklage steht dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich zu.

Der Reichstag ernennt bei Beginn jeder Legislaturperiode die 24 Mitglieder des Staatsgerichtshofes. Die Berufung in den Staatsgerichtshof darf nicht abgelehnt werden.

Artikel 17d.

Der angeklagte Reichskanzler hat das Recht, bis zu 12 Mitglieder des Staatsgerichtshofes ohne Angabe von Gründen abzulehnen. Macht er von diesem Rechte nicht in vollem Umfange Gebrauch, so ist durch Auslosung die Zahl der Mitglieder auf zwölf zu bringen. Diese bilden den Gerichtshof und wählen den Vorsitzenden aus ihrer Mitte.

Artikel 17e.

Von der Beschlußfassung des Reichstages über die Erhebung von Anklage bis zur Verurteilung des Verurteilten ist der angeklagte Reichskanzler vom Amte suspendiert.

Artikel 17f.

Im Falle der Verurteilung ist stets der Reichskanzler seines Amtes verlustig zu erklären. Außerdem kann nach Beschaffenheit der Umstände auf zeitliche oder dauernde Unfähigkeit zur Verrichtung eines öffentlichen Amtes erkannt werden.

Fällt dem angeklagten Reichskanzler auch eine im allgemeinen Strafrecht vorgesehene Handlung zur Last, so hat der Staatsgerichtshof außerdem die Bestimmungen dieses Gesetzes gegen ihn anzuwenden.

Artikel 17g.

Das Recht der Begnadigung oder Strafmilderung zugunsten des Verurteilten darf nur auf Antrag des Reichstages ausgeübt werden.

Artikel 17i.

Der Reichskanzler kann vor den ordentlichen Gerichten auf Ersatz des Schadens belangt werden, den er:

1. durch Anweisung einer im Reichstage nicht genehmigten Ausgabe oder durch eine mit den Befehlen des Reichstages nicht übereinstimmende Verwendung einer genehmigten Ausgabe dem Reiche oder
 2. durch eine vom Staatsgerichtshof für strafbar erkannte Handlung dem Reiche oder Privaten zugefügt hat.
- Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes über die Pflichtwidrigkeit der Handlung ist für die ordentlichen Gerichte bindend.

Auch das Zentrum hat durch den Grafen Compeesch einen die Ministerverantwortlichkeit fordernden Antrag im Reichstage eingebracht. Er hat folgenden Wortlaut:

„Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers (Reichsverfassung Artikel 17) und des Stellvertreters des Reichskanzlers (Reichsgesetz vom 17. März 1878, betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers, R.G.-Bl. S. 7), sowie das zur Geltendmachung dieser Verantwortlichkeit einzuschaltende Verfahren regelt.“

Der heitere Herr.

Ueber Herrn v. Riberlen-Wächter lesen wir in der „Allg. Post“:

Gerade das Auftreten des Herrn v. Riberlen-Wächter hat scharf die gefährliche Situation beleuchtet, in der wir uns unter der Herrschaft des persönlichen Regiments befinden. Man denke: In einer katastrophalen Zeit, in der alles nach Reform an Haupt und Gliedern schreit, in der das auswärtige Amt einen nicht wieder gut zu machenden, grober Nachlässigkeit und mangelnder Einsicht zuschreibenden Fehler begangen hat, da wird zur Sanierung des kranken Organismus ein Mann aus dem Balkan herbeigeholt, der es in einer Viertelstunde im Parlament fertig bringt: erstens zu bewahren, daß ihm nicht die geringste Ahnung innewohnt, in welcher schweren Situation das auswärtige Amt sich befindet, da er die Möglichkeit des Amtes nach der Zahl der Allianzen und der abgelaufenen Pflichten demüßigt, und zweitens die auswärtigen Beamten der anderen Staaten auf größtmögliche zu verlassen, indem er ihren Beamten indirekten Mangel an Pünktlichkeit und Ehrlichkeit vorwirft.

Man kommt sich nach dem Gemühe einer solchen staatsmännischen Leistung vor wie der Reiter über den Vodensee. Man sagt sich: solchen Händen war nun ja vorlang das Geschick und das Ansehen des Deutschen Reiches im Auslande anvertraut! Und dieser Herr gilt als „gewandter Diplomat!“ Wie mag es da erst mit der Besorgung anderer Posten bestellt sein!

Dann aber noch eine weitere trübe Erwägung: In derselben Zeit, wo Deutschland widerhält von dem aus vaterländischer Verleumdung geborenen Ruf: Fort mit dem persönlichen Regiment! da muß sich der leitende Staatsmann mit der Berufung des Herrn v. Riberlen-Wächter einen neuen Akt dieser persönlichen Politik gefallen lassen. Herr v. Balow ist ja personell unbedeutend, um nicht zu wissen, welche Rufe hier dem auswärtigen Amte, dieser Stelle, für die jetzt der Veste gerade gut genug war, gedungen wurde. Denn wer ist Herr v. Riberlen-Wächter? Einer von denen, die hohe Gasse emporgelassen hat, aber nicht staatsmännisches Verdienst. Und es ist nur allzu charakteristisch, daß trotz der Zusagen, die Herr v. Balow hinsichtlich der Einschränkung privater Gespräche erhielt, er sich nicht eines Mannes erwehren konnte, dessen Unzulänglichkeit ihm vollauf bekannt sein mußte.

Deshalb war man auch im Reichstage der Meinung, Fürst Billow habe den Herrn nur reden lassen, um ihn wieder loszuwerden. Das soll aber nicht richtig sein. Man erzählt, daß es Herr Somann war, der aus alter Feindschaft dem Unglücklichen den Rat gab, mit einer Verteidigung des auswärtigen Amtes vor dem Reichstage zu debütieren.

Eine neue Organisation der preussischen Zentrumspartei.

Der Abgeordnete Dr. Borch hat am 8. d. M. in einer Versammlung des katholischen Männervereins zu Ratibor Mitteilungen über eine neue Organisation der preussischen Zentrumspartei gemacht. Danach ist geplant, einen Landesauschuss der preussischen Zentrumspartei zu bilden. Der Ausschuss soll bestehen aus den Vorstandsmitgliedern der Zentrumspartei des preussischen Abgeordnetenhauses, den preussischen Vorstandsmitgliedern der Zentrumspartei des Reichstages, den Vorsitzenden der Provinzialauschüsse der Zentrumspartei. Der Landesauschuss kann sich durch Zuwahl von 7 Mitgliedern verstärken. Der Landesauschuss soll die Parteiorganisation fördern, die Verständigung zwischen den preussischen Provinzialorganisationen über die zu beobachtende Taktik, insbesondere, soweit der Abschluß von Wahlbündnissen mit anderen Parteien in Frage kommt, übernehmen. Bei den Reichstagswahlen soll der Landesauschuss über das Gebiet von Preußen hinaus über die grundsätzlichen Fragen der Taktik auch mit den Landesauschüssen von Bayern, Württemberg, Baden, Hessen und Elsaß-Lothringen und mit den übrigen noch zu organisierenden Staaten Norddeutschlands eine Verständigung herbeizuführen suchen.

Protest gegen das Weingesetz und das Lichtenergiegesetz.

Zu der heutigen Verlesung der preussischen Handels- und Gewerbebeschlüsse erklärte die Mehrzahl der Redner den § 8 des Weingesetzes, der die Zuckerung des Weines betrifft, für unannehmbar. Die Annahme dieses Paragrafen in seiner jetzigen Form würde den Weinbau schwer schädigen. Die Steuer auf Flaschenweine würde die gleiche Wirkung wie die Fabrikartensteuer ausüben, es würde auch da eine Abwanderung der höheren Klasse in die niedere stattfinden. Das Gesetz soll noch einmal in einer Kommission durchberaten werden.

Ganz entschieden sprach sich die Kammer gegen die Einführung der Gas- und Elektrizitätssteuer aus. Es sei wirtschaftlich total verkehrt, die Produktionsmittel mit Steuern zu belasten. Für die Stadt Ludwigsfelde mit ihren 82 000 Einwohnern würde die Steuer eine Mehrbelastung von 80 000 M. ausmachen. Die bekannte badische „Anilin- und Sodafabrik“, deren Hauptbetrieb in Ludwigsfelde ist, hätte allein 21 000 M. Mehrbelastung durch die Steuer. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, nach welcher die Kammer in der Besteuerung des Gases und der Elektrizität eine schwere Schädigung von Industrie, Handel und Gewerbe erblickt, durch welche die Weiterentwicklung der Industrie gehemmt und in ihrer Existenz zum Teil ernstlich bedroht ist.

Arbeitsplan des Abgeordnetenhauses.

Die Dispositionen des preussischen Abgeordnetenhauses sind plötzlich geändert worden: der Präsident v. Kröner, dem die Ernennung erteilt war, eine Sitzung anzuberaumen, hat das Plenum zu Freitag, den 20. d. M., wieder zusammenberufen. Auf der Tagesordnung steht an erster Stelle die Besprechung der Interpellation betreffend das Gruhenungsgeld auf der Zeche „Radbod“, dann eine Reihe von Vorlagen, darunter die Vorlage betreffend die Heranziehung der Beamten zur Gemeindevorkommensteuer und betreffend die Gewährung von Wohnungsgeldzuschüssen und schließlich die Interpellation betreffend Bindung der Arbeitslosigkeit. So erfreulich und selbstverständlich es auch ist, daß die beiden wichtigen Interpellationen sobald als möglich besprochen werden, so darf man andererseits nicht vergessen, daß dadurch die Arbeiten der Budgetkommission und der Gesetzgebungscommission eine unvorhergesehene Unterbrechung erfahren, so daß an die Verhandlung der zweiten Lesung von Weingesetzen nicht zu denken ist. Charakteristisch ist, daß die Wahlrechtsanträge und die das Vereinsrecht betreffenden Anträge nicht auf der Tagesordnung stehen! Diese Fragen sollen offenbar bis auf den Sanitätsministerkongress vertagt werden. Der Präsident beabsichtigt nur am Freitag und am Sonnabend Plenarsitzungen abzuhalten; dann soll wieder eine Pause eintreten, bis die beiden Kommissionen die ersten Lesungen der ihnen überwiesenen Gesetzentwürfe beendet haben.

Das verhinderte Interview.

Ueber den Inhalt des glücklich verhinderten amerikanischen Kaiserinterviews teilt die Londoner „Morning Post“ folgende Einzelheiten mit:

Der Kaiser kritisiert in scharfer Weise die angeblich unfreundliche Haltung Englands, die er in Gegenwart der amerikanischen Freundschaft stellt. (Man erinnert sich der hochtönen Bemerkung des „Standard“: Wenn der Kaiser mit einem Engländer spricht, ist er ganz Engländer, wenn mit einem Amerikaner ganz Amerikaner.) Seine Kritik des Baltians sei viel freuzer gewesen und die Zentrumspartei habe er sehr scharf getabelt. Von Präsident Roosevelt sprach er mit warmen Worten und gab seiner Freundschaft zu Amerika Ausdruck. In der Fahrt des amerikanischen Schiffschiffes geschwaders nach dem Stillen Ozean sagte Kaiser Wilhelm, dies sei ein neuer Beweis der außerordentlichen Staatskunst des amerikanischen Präsidenten und eine gute Lektion für Japan. (1)

Die Zeitung teilt ferner mit, daß trotz der inoffiziellen Dementis in gutinformierten Kreisen berichtet werde, daß die erste Bitte um Nichtveröffentlichung des Interviews von Berlin kam. Dieses Ansuchen sei auf Wunsch der deutschen Botschaft durch das Staats-Departement dem Verlage des „Century Magazine“ übermittelt worden, der trotz der großen Kosten, die ihm dadurch entstanden, sich bereit erklärte, das bereits gedruckte Interview zu vernichten.

So muß man es machen, um zu verhindern, daß ein Kaiserinterview nicht gedreht und gedreht wird.

Der Nachfolger des Generalkanzlers Dr. Wachter.

Als Nachfolger des verstorbenen Generalkanzlers Dr. Wachter ist, wie die Berliner „Allgemeine Correspondenz“ zuverlässig hört, der Oberstaatsanwalt Dr. Hensel in Aussicht genommen. Nach seinem Eintreten für den Fürsten Cullenburg im Rolke-Garden-Prozess galt es allgemein als sicher, daß Dr. Hensel nicht mehr lange den Posten eines Oberstaatsanwalts bestreiten werde. Seine baldige Berufung als Oberregierungsrat ins Justizministerium wurde vielfach erwartet. Durch den Tod des Generalkanzlers Dr. Wachter ist diese Berufung hinfällig geworden, da Dr. Hensel schon lange Zeit von seiner vorgesehnen Verbeide als der geeignete Nachfolger Dr. Wachters angesehen wird.

Deutschschrift über die Reichsfinanzen.

Wiederholt ist es gerügt worden, daß den Gesetzesvorlagen über die Reform des Reichsfinanzwesens nicht gleich die entsprechende Deutschschrift über die Lage der Reichsfinanzen beigegeben ist. Wie sehr offizios mitgeteilt wird, ist der Grund der Verzögerung in den technischen Einrichtungen der Reichsdruckerei zu suchen. Der Deutschschriftentwurf besteht aus 4 Teilen und soll 2000 Holzschnitten umfassen. Bisher seien erst die beiden ersten Teile im Druck fertig gestellt, diese beiden Teile umfassen zusammen 1270 Seiten. Der erste Teil enthält Untersuchungen über die Finanzen des Reiches, der Bundesstaaten, Kommunalverbände, Kommunen und sonstigen Gemeindeverbände, einschließlich der Kirchenverbände. Der zweite Teil verbreitet sich über die Finanzverhältnisse anderer Staaten.

Die Balkankrise.

Die Intervention in Belgrad.

Paris, 13. November. Der „Petit Parisien“ meldet, daß die Vertreter Frankreichs, Englands und Russlands in Belgrad den dringlich angeforderten Schritt unternommen und der serbischen Regierung dringend Besonnenheit und Mäßigkeit angeraten haben.

Konstantinopel, 13. November. Die Pforte hat in Belgrad und Cetinje Notizen überreichen lassen, in denen sie die Einstellung der militärischen Konzentrationen an den Grenzen verlangt, da die türkische Bevölkerung dadurch beunruhigt werde.

Der Vertrauensmann des Sultans entlassen.

Konstantinopel, 13. November. Der Sultan hat heute auf wiederholte drängende Vorstellungen des Kriegsministers sich entschlossen, die dreimal abgelehnte Demission des Kommandeurs der Miliztruppen General Chesfet Pascha anzunehmen.

Oesterreich.

Eine Nachwahl.

Junzbrunn, 13. November. Bei der Reichsratswahl in Junzbrunn I kommt es zur Stichwahl zwischen dem deutschfreiwirtschaftlichen Rohm und dem Sozialisten Holzhammer. Das Mandat war bisher in dem Besitz der Bürgerlichen.

Gegen das Schandwahlrecht.

Budapest, 13. November. Die Nationalitätenpartei lehnte es ab, an dem Ausschuss zur Beratung der Wahlreform teilzunehmen, weil nach ihrer Auffassung die Gesetzesvorlage der demokratischen Entwicklung und der Gleichberechtigung der Nationalitäten widerspricht.

Frankreich.

Die Geheimfonds.

Paris, 13. November. Die Kammer nahm heute vormittag das Budget des Ministeriums des Innern an. Ein Antrag, der die Streichung der Geheimfonds forderte und vom Ministerpräsidenten Clemenceau, der die Vertrauensfrage stellte, belämpft wurde, wurde mit 360 gegen 180 Stimmen abgelehnt.

China.

Der Kaiser im Sterben.

New York, 13. November. Der Kaiser liegt in Agonie. Nach einer Weidung der „Associated Press“ aus Peking wurde ein kaiserliches Edikt bekanntgegeben, wonach Prinz Chun zum Regenten proklamiert wird. Prinz Chun ist ein Bruder des Kaisers. Der Sohn Chuns, Puwei, ist mutmaßlich zum Thronerben ernannt. Der sterbende Kaiser wurde heute nachmittag in die Sterbekammer der verbotenen Stadt gebracht.

Australien.

Das Arbeiterministerium.

Das Ministerium Fisher setzt sich aus neun Mitgliedern zusammen, von denen vier vom Premierminister Andrew Fisher selbständig ernannt, die übrigen durch Beschluß der Arbeiterpartei gewählt sind. Die Mehrzahl ist aus dem Arbeiter- und Handwerkerstande hervorgegangen und durch ihre Tätigkeit bei Organisation der Gewerkschaften dem politischen Verstande zugeführt worden. Fisher selbst war früherer Minenarbeiter und Maschinenführer, wurde 1899 Eisenbahnminister in Queensland und 1904 Zollminister in Watsons Bundeskabinett. Er ist 46 Jahre alt. Die australische Arbeiterpartei ist die Vertreterin der Gewerkschaften. Sie tritt für vollständige Demokratisierung des politischen Lebens und weitgehenden staatlichen Arbeiterschutz ein.

Amerika.

Luftmilitarismus.

Washington, 12. November. Kriegssekretär Wright verlangt in dem Vorschlag des Kriegsdepartements für 1909 500 000 Dollar zum Ankauf von Flugmaschinen, lenkbaren Ballons und Aeroplanen.

Ein Kapitalmagnat.

Die Gerichtsverhandlung gegen Charles Morse, den „Eiskönig“, und seinen Partner Alfred C. Curtis hat wieder einmal einen Einblick in das Treiben gewisser amerikanischer Geschäftsmänner tun lassen. Morse, der Präsident, und Curtis, der Vizepräsident der National Bank of North America, wurden der Untreue, unerlaubter Geldgeschäfte und der Fälschung in 58 Fällen schuldig befunden und zu 15 bzw. 5 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Hauptanklage lautete auf betrügerische Schädigung der Mercantile National Bank und der National Bank of North America um 200 000 Dollars. Die Verhandlung enthüllte ein erstaunliches Schwindelsystem von Scheinanzleihen, durch welche Morse auf Kosten der Bank seine Börsenverluste wieder einbrachte. Wesentlich ist die Tatsache, daß er mit dem von der Bank entlehnten Gelde Aktien derselben erwarb, um seinen Einfluß auf die Geschäftsführung zu stärken. Geradezu unglaublich klingen die Verteidigungsgründe, die Morse und Curtis anführten, sie sagten: ihre Mandate, wie Wucherfälschungen, fingierte Darlehen an Schreibmaschinenfirmen, Portiers und dergleichen Persönlichkeiten seien in der amerikanischen Hochfinanz gang und gäbe und sie hätten das für durchaus erlaubt gehalten.

Bei der Urteilsverfändung erklärte der Richter Gough: „Alles weist darauf hin, daß Sie planmäßig geschwindrig handelten, um die Bank und die Bankgelder für Ihre eigenen spekulativen Zwecke zu benutzen. Wenn durch ein angemessenes Urteil Wiederholungen Ihres Verbrochens nicht verhindert werden können, dann wird das amerikanische Publikum gänzlich der Willkür irgendwelcher Finanzinstitute preisgegeben sein, die so handeln wie Sie. Ich verurteile Sie zu 15 Jahren Zuchthaus.“

Morse legte selbstverständlich gegen das Urteil sofort Berufung ein.

Mit der Beurteilung des „Eiskönigs“ ist eine echt amerikanische Laufbahn vorläufig beendet. Morse, der jetzt 53 Jahre alt ist, begann seine Laufbahn als Konditorwarenverfäufer auf einem Dampfer. Er kam dann in das New Yorker Geschäftsleben und verdiente bei seiner ersten Espekulation 50 000 Dollars. Mit diesem Gelde unternahm er in Florida Terrainspekulationen, bei denen er ebenfalls sehr erfolgreich war. 1867 gründete er die American Ice Company, wobei er eine runde Million Dollars verdiente. Später stellte sich heraus, daß er sich durch Verstrickung der städtischen Beamten mittels Aktien allerlei Vorteile für das Unternehmen erkaufte hatte. Dann speulierte er in Bankwerten und beherrschte dadurch 12 Banken und drei Versicherungsgesellschaften. Er verfügte dabei über ein Vermögen von 15 Millionen Dollars. Hierauf unternahm er die Gründung eines New Yorker Lokal-Schiffahrtsverkehrs mit einem Kapital von 60 Millionen

Dollars. Plötzlich verschwand er, als man ihn auf der Höhe seiner Macht stehend wahrte und sein eigenes Vermögen auf 25 Millionen Dollars schätzte, während der große Börsenpanik aus New York. Bald darauf erfolgte der Zusammenbruch der National Bank of North America, und dann wurde sein Palast in der Fifth Avenue gepfändet. Er flüchtete nach England, wurde aber ausgeliefert und jetzt zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Notwendigkeit einheitlicher Gewerkschaftsorganisationen.

In einer öffentlichen Versammlung der Töpfer Berlins und Umgegend, die am Donnerstag bei Freyer in der Koppenstrasse stattfand, hielt Genosse Karl Legien einen Vortrag über das Thema: „Warum sind für die modern organisierten Arbeiter einheitliche Gewerkschaftsorganisationen notwendig?“ Der Vorsitzende Segawe erklärte, daß der Verband der Töpfer die Versammlung zur Förderung der Einheitsbestrebungen der beiden bestehenden Organisationen unter den Töpfern einberufen habe, obgleich der Verein der Töpfer zu erkennen gab, daß er von Einigungsverhandlungen nichts wissen will.

Legien begann sein Referat damit, daß er auf eine alte Erfahrung der Arbeiter in Deutschland sowie in anderen Ländern hinwies, die darin besteht, daß das Unternehmertum die Organisation der Arbeiter nicht fürchtet, sobald dieselbe kein festes Gefüge zeigt, sondern zerplittert ist. Trotz dieser Erfahrung ist noch mancherlei Zersplitterung in den Arbeiterverbänden zu beobachten. Der Zweck der Organisation muß aber stets derselbe sein, nämlich die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Gewerbe zu verbessern. Wenn die Kampfmittel, welche den Organisationen zur Verfügung stehen, wirksam sein sollen, so ist ihre einheitliche Anwendung notwendig. Das ist einleuchtend genug bei dem wichtigsten Kampfmittel, der Arbeitseinstellung. Dann komme die Arbeitsvermittlung in Betracht. Wichtig sind auch die Unterstützungseinrichtungen als Kampfmittel, die Reise-, die Arbeitslosen- und die Gemahregelunterstützung. Die Unterstützungen sind zugleich notwendig, um die Arbeiter zusammenzuhalten, bei vielen Berufscollegen erst das Interesse an den Verband zu wecken und zu erhalten und um der errungenen Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht wieder verlustig zu gehen. Wenn die Lokalfisten sich gegen die Unterstützungseinrichtungen wenden, so erkennen sie nicht den Wert gerade der genannten Unterstützungen als Kampfmittel. Man spricht viel von dem Idealismus als Triebfeder der Organisation, aber man vergißt, was die Erfahrung lehrt: Wo der Hunger durch die Tür hereintritt, fliegt der Idealismus leicht zum Fenster hinaus. Die Unterstützungen haben die Gewerkschaften nicht eingerichtet, um eine Auslöschung mit den bestehenden Zuständen der Gesellschaft anzubahnen, sondern um vielmehr den Kampfcharakter der Organisation zu stärken. Die Taktik der Lokalfisten, die jeden als Kämpfer auf eigene Faust handeln lassen will und nur an die schnelle Kampforientierung für bestimmte Gelegenheiten denkt, war vor Jahrzehnten einmal möglich, und wie unter dem Sozialistengesetz, sogar notwendig; heute aber haben wir mit ganz anderen Verhältnissen zu rechnen. Es gilt heute, für eine ständige und feste Organisation zu sorgen, die den mächtigen Unternehmerverbänden der Gegenwart entgegenzutreten vermag.

Es ist eine mühe Behauptung der Lokalfisten, daß der Kampfcharakter der Zentralverbände im Schwinden begriffen ist. Dagegen spricht unsere Streikstatistik, die zeigt, daß die Kämpfe mit dem Unternehmertum immer weitreichender und heftiger werden. Die Lokalfisten haben auch über die Tarifverträge eine falsche Ansicht. Tarifabschlüsse heben den Kampf nicht auf; man weiß auf beiden Seiten sehr genau, daß der Kampf sofort wieder entbrennt, wenn der Tarifvertrag abgelaufen ist. Aber für die Arbeiter sind dadurch Ruhepausen gewonnen, um neue Kräfte zu sammeln, um zu organisieren und zu agitieren, wenn neue Forderungen erhoben werden sollen. Lokalverbände mit ihrer geringen Mitgliederzahl kommen heute wenig zur Geltung. Sobald sie im wirtschaftlichen Kampfe eine Rolle spielen wollten, wären sie zu der gleichen Taktik gezwungen, wie sie die Zentralverbände üben. Die einzelnen Führer der Lokalfisten mögen heute schreien, daß sie es „ganz anders“ machen würden, aber sie müßten bald einsehen, daß es keine besseren Mittel im Gewerkschaftsleben gibt, sobald sie mit Aussicht auf Erfolg dem Unternehmertum gegenüberzutreten wollten.

Die Zwecke der Arbeiterverbände sind die gleichen, warum bekämpfen sie sich gegenseitig noch? Für den Kenner der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung sind die Spaltungen in der Organisation freilich eine wohlbekannte Erscheinung. Der Redner verweist bei einem geschichtlichen Ueberblick der Gewerkschaftsbewegung seit dem Jahre 1868. Mit Nachdruck weist er darauf hin, daß für den wirtschaftlichen Kampf alle Arbeiter zusammenstehen müssen, daß die Lokalfisten im übrigen ihren eigenen Anschauungen huldigen könnten; sie mögen Anarchisten sein oder was sie wollen, wenn sie nur im wirtschaftlichen Kampfe Seite an Seite mit den anderen Arbeitern kämpfen. Der große Streit gegen das Unternehmertum darf nicht zurückstehen hinter den Fehden der organisierten Arbeiter untereinander. Die Zahl der Lokalfisten ist nur klein, etwa 10 bis 15 000. Unter den Töpfern stehen etwa 460 gegenüber 2000 zentralorganisierten Arbeitern, aber auch diese kleine Gruppe kann störend einwirken, wo einheitliche Kämpfe geführt werden müssen. Der Redner appelliert an die Anwesenden, unter ihren Arbeitscollegen lebhaft Propaganda für die Einheitsorganisation zu machen. (Beifall.)

Zur Diskussion meldeten sich nur Redner, die mit Legiens Ausführungen einverstanden waren. Segawe machte den Lokalfisten über ihre Kampfweise die heftigsten Vorwürfe und forderte die anwesenden Vertreter derselben energisch auf, das Wort zu nehmen und sich zu verantworten, aber niemand trat auf, um Segawe zu antworten. Dieser machte noch bekannt, daß jeder Töpfer, der vom Verein bis zum 12. Dezember in den Verband übertritt, mit seinen vollen Rechten als Mitglied aufgenommen wird.

Die folgende Resolution gelangte zur Annahme: Die am 12. November bei Freyer in der Koppenstrasse tagende öffentliche Versammlung der Töpfer Berlins und Umgegend kommt nach dem Vortrage des Genossen Legien zu dem folgenden Beschlusse:

Der Kampf der Arbeiter um die Hebung der Lebenslage auf allen Gebieten erfordert, wenn er zum Siege geführt werden soll, daß sich alle Arbeiter organisieren, und nicht nur auf gewerkschaftlichem, sondern auch auf politischem Boden.

Weiter ist es notwendig, in Anbetracht der immer zahlreicher und schwieriger sich gestaltenden Kämpfe zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern, und bedingt durch die wirtschaftliche Lage im allgemeinen, durch das Erstarken der immer fester sich zusammenschließenden Unternehmerverbände und der stetig größer werdenden Gegensätze zwischen Besitzenden und Besitzlosen, daß sich die Arbeiter zu Einheitsorganisationen zusammenschließen. Der Zentralverband der Töpfer und Berufscollegen Deutschlands, der den weitaus größten Teil der Töpfer Deutschlands in sich vereinigt und die Interessen seiner Mitglieder in jeder Beziehung vertritt, wie es von einer modernen Arbeiterorganisation erwartet werden kann, ist als die Einheitsorganisation für die Töpfer zu betrachten, und sind alle Töpfer im Interesse des Berufs verpflichtet, soweit sie noch nicht dem Verbandsangehörigen, unverzüglich demselben beizutreten.

Letzte Nachrichten und Depeschen

Eine stürmische Begrüßung.

Hamm, 13. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Heute abend 8 Uhr traf der Sohn Wilhelms II., Eitel Friedrich hier auf der Unglücksstätte ein. Circa 2000 Menschen hatten sich angesammelt, um die Ankunft des Prinzen zu erwarten, der als Vertreter des Kaisers erschienen war. Er wurde von der Menge mit den stürmischen Rufen: „Vergarbeiterjahn! Reichsbürgerjahn! Arbeiterkontrolljahn!“ empfangen. Freiherr v. Hilb, der nationalliberale Reichstagsabgeordnete, hielt eine Ansprache an das erregte Volk. Er wurde jedoch von den erregten Juraufen der Volksmenge unterbrochen, so daß er seine Rede beenden mußte. Von der Masse des Volkes wurden die Vergarbeiter Röhn, Sewandowski und Pilgrim beauftragt, bei dem Prinzen vorstellig zu werden, was die Genannten auch ausführten. Die drei Deputierten wurden zunächst von den unteren Beamten zurückgewiesen. Sie drangen jedoch zu einem höheren Beamten vor, der sie fragte, was sie wollten. Ihm wurde geantwortet, daß sie auf Verlangen der Kameraden die Wünsche der Vergarbeiter dem Prinzen vorbringen sollten. Nach einigen weiteren Fragen ließ man sie vor. Nachdem sie sich dem Prinzen vorgestellt, fragte sie derselbe, was ihre Wünsche wären. Genosse Pilgrim antwortete ihm: „Erlaube mir, Königl. Hoheit zu sagen, daß wir von der Masse des Volkes gezwungen sind, zu fragen: was gedenkt Königl. Hoheit zu tun, um die Erregung des Volkes zu beschwichtigen?“ Genosse Pilgrim führte dann weiter aus, daß die Vergleute auf Grund dieses schweren Unglücks in Hamm wiederholt rufen müßten: „Her mit dem Vergarbeiterjahn!“ Die Vergleute verlangen ein einheitliches Reichs-Vergarbeiterjahn. Ferner beharren sie bei der Forderung, die sie seit Jahrzehnten gestellt haben: Arbeiterkontrolljahn aus den Reihen der Vergleute anzustellen. Nur dann ist die Möglichkeit gegeben, eine wirksame Kontrolle der Gruben durchzuführen zu können.

Prinz Eitel Friedrich antwortete hierauf: Ich bedauere diesen schweren Unglücksfall und kann nur sagen, daß ich meinem Vater diese Ihre Wünsche sofort mitteilen werde mit der Hoffnung, daß sie auch erfüllt werden. Darauf verabschiedete er die vorstellig gewordenen Vergleute, indem er ihnen die Hand reichte. Der Prinz sah sehr aufgeregt aus, jedenfalls infolge der nicht erwarteten stürmischen Juraufe. Er mußte seine Abfahrt infolge dieses Zwischenfalles um eine halbe Stunde verlängern. Unter den Rufen nach Vergarbeiterjahn mischte sich auch der Ruf: „Pui Bülow!“ und gegen die Verwaltung wurde wiederholt der Ruf „Massenmörder!“ geschleudert.

Die Situation an der Unglücksstelle ist eine sehr erregte. Es sind nach den Feststellungen des Vergarbeiterverbandes bis jetzt 336 Tote und 17 Verletzte zutage gefördert. Von den Verletzten sollen angeblich schon 9 gestorben sein. Nur acht hat man lebendig retten können.

In Hamm ist durch Anschlag bekanntgegeben, daß 300 Mann auf Zeche „Gemenel“ in Telkum und weitere 300 Mann auf Zeche „Berne“ in Berne Beschäftigung finden können. Die Hammer Belegschaft war 1700 Mann stark, so daß viele Hundert beschäftigungslos sind. Dazu sind die meisten Koloniewohner. Das Glend ist hier unbefriedigend. Wer das nicht selbst mit erlebt hat, macht sich keinen Begriff davon. Einen peinlichen Eindruck machte es, daß schon gestern abend ganze Scharen von Polizisten aus der Umgegend an der Unglücksstelle zusammengezogen wurden; teils wurden sie mit Automobilen dahin befördert. Es lag zu diesem Polizeiaufgebot nicht die geringste Veranlassung vor, da Ruhestörungen, abgesehen von dem geschädigten Vorkall, überhaupt nicht vorgekommen sind. Die ganze Bevölkerung ist vielmehr in tiefer Trauer und da wirkt das Massenaufgebot der Polizisten doppelt aufreizend. Die Unglückszeche hat sich noch nicht veranlaßt gesehen, Trauerschmuck anzulegen.

Am Sonntag, nachmittag 4 Uhr, findet an der Unglücksstelle eine Massenversammlung statt, in der Genosse Poforny aus Bochum sprechen wird.

Gestohlene Untersuchungsakten.

Herbedthal, 13. November. (B. S.) In der vergangenen Nacht sind aus dem hiesigen Zollamt die Aktenbücher und das gesamte Aktenmaterial über eine Untersuchung gestohlen worden, welche wegen einer fälschlich ausgedehnten umfangreichen Schmuggelangelegenheit eingeleitet worden war.

Verbrannt.

Königsbrunn, 13. November. (B. S.) Einen furchtbaren Tod fand der Arbeiter Wolitzka aus Kottowitz, der sich auf die Schladenhöhe der Rothilde-Grube hingelegt hatte, um sich etwas zu erwärmen. Die Kohlendünste machten den Mann bald bewußtlos, und heisse Kohlröste taten seine Kleider in Brand. Als mehrere Arbeiter ihn so verbrannt fanden, war Rettung bereits zu spät; der Unglückliche starb unter gräßlichen Schmerzen.

Von einem Dirsch angefallen.

Dobeln, 13. November. (B. S.) Der etwa 60 Jahre alte Bahnwärter Bierlebarz wurde auf dem Nachhausewege in den fälschlichen Forsten bei Slobenitz von einem Dirsch angefallen und derart zugerichtet, daß er schwerverletzt liegen blieb und später von Waldwärttern aufgefunden wurde. Auf dem Wege zum Krankenhaus verstarb der Unglückliche, den der Dirsch mit seinen Geheiß bis zur Unkenntlichkeit zugerichtet hatte.

Reichstag.

161. Sitzung vom Freitag, den 13. November, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: von Bethmann-Hollweg. Eingegangen ist die Interpellation des Zentrums und der Wirtschaftlichen Vereinigung über das Grubenunglück in Rabob.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Graf von Gompech (S.):

Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um den großen Schäden der auf dem gewerblichen Gebiete bestehenden Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken? und die Interpellation Albrecht (Soz.) und Genossen:

Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um den Folgen der wirtschaftlichen Krise, die sich in Betriebseinschränkungen, Lohnkürzungen und vornehmlich in Arbeiterentlassungen bemerkbar machen, zu begegnen und dem dadurch hervorgerufenen und durch die hohen Lebensmittelpreise gesteigerten Notstand weiterer Volkschichten entgegenzuwirken?

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg erklärt sich bereit, die Interpellationen sofort zu beantworten.

Das Wort zur Begründung der Zentrumsinterpellation erhält

Abg. Dr. Pieper (S.): Die große Arbeitslosigkeit hat in einer internationalen Krise ihren Grund. Verschärft ist sie noch dadurch, daß die Kartelle und Syndikate versuchen, die Preise so lange als möglich hochzuhalten, und zu diesem Zwecke Betriebseinschränkungen vorzunehmen. Die Verluste der Hochverdiener, welche Arbeitslosenunterstützung zahlen, zeigen ausnahmslos ein starkes Wachsen der Arbeitslosigkeit. Zum Teil ist die Arbeitslosigkeit auch verschleiert dadurch, daß viele Unternehmer vielfach freierwillig entlassen. Unter den Folgen der Arbeitslosigkeit haben auch die Handwerker und Kaufleute zu leiden, die unter den Arbeitern ihren Absatz haben. Die große Arbeitslosigkeit bedeutet eine ungeheure Schädigung der Volksgesundheit und Volkswohlfahrt. Daneben führt sie für die davon Betroffenen zu einer tiefen moralischen Depression. Im Jahre 1902 hat der Reichstag die Einsetzung einer Kommission verlangt, um die Versicherungsanstalten gegen Arbeitslosigkeit zu prüfen und Vorschläge zu einer Arbeitslosenversicherung zu treffen. Im Jahre 1906 ist eine umfassende Denkschrift über die betreffenden Einrichtungen vom Reichsamt des Innern erschienen.

Was kann nun zur Verminderung der Arbeitslosigkeit geschehen? Das Reich ist in der Postverwaltung, in der Heeres- und in der Marineverwaltung ein großer Arbeitgeber. Die vielen Millionen, die Jahr für Jahr für Bauten dieser Verwaltungen bewilligt werden, sollten — das will ich hierbei mitbetonen — nicht benutzt werden, um ausländische Arbeiter heranzuziehen (Sehr wahr!) und das deutsche Gewerbe hinter das ausländische zurückzustellen; so werden die rheinischen Steinbrüche nicht berücksichtigt, sondern Steine aus Schweden eingeführt. Das Reich sollte alle Bauten, für welche Mittel ausgetrieben sind, sofort in Angriff nehmen. Neben dem Etat sollte uns im Dezember auch ein Notgesetz vorgelegt werden, worin die Bewilligung derjenigen Bauten vorweggenommen wird, bei welchen ein Widerspruch nicht aufzuheben wird. (Zustimmung.) Ferner sollte das Reich sich in einem Rundschreiben an alle Bundesstaaten wenden, die ja ebenfalls Arbeitgeber sind. Noch mehr sind die Gemeinden imstande, etwas zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit zu tun. Auch an wohlhabende Private sollte der Appell ergehen, mit der Vergütung von Arbeiten, die sie vorhaben, nicht zurückzuhalten. Weiter wäre notwendig eine baldigst vorzunehmende Arbeitslosenzählung, etwa im Januar. Diese Zählung wird ergeben, ob unsere Wirtschaftspolitik die richtige gewesen ist. Ich denke dabei nicht an die Sozialpolitik, denn auch England leidet unter der Arbeitslosigkeit, sondern an die Kartellpolitik. Dann würde die Zählung auch beitragen zur Klärung des Problems der Arbeitslosenversicherung. Es wäre sehr wünschenswert, wenn alljährlich eine Arbeitslosenzählung stattfände. Diese erscheint uns mindestens ebenso wichtig wie die jetzt schon alljährlich erfolgende Viehzählung. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Das wären die sofort zu ergreifenden Maßnahmen. Für die Zukunft käme dann in Betracht der Ausbau der paritätischen, gemeldeten Arbeitsnachweise. Diese müssen zentralisiert werden für ganze Bezirke, für Bundesstaaten, möglichst auch für das Reich. Der Regierungsrat Dominicus in Stralsburg i. G. hat einen Entwurf für ein Reichsarbeitsnachweisgesetz vorgelegt. Eine Ergänzung müßte die Arbeitsnachweise in Stadt und Land durch Wanderarbeitsstätten und Verpflegungsstationen finden. Nach Erledigung der Pensionsversicherung der Privatbeamten und der Witwen- und Waisenversicherung wird dann auch die Arbeitslosenversicherung für die gewerblichen Arbeiter erstrebt werden müssen. Schon jetzt können die bestehenden Arbeitslosenversicherungen der Gewerkschaften unterstützt werden. Ich erinnere daran, daß Stralsburg für 1907 zu diesem Zwecke 5000 Mark ausgeworfen hat. Gewiß werden dabei die organisierten Arbeiter bevorzugt; aber die Unorganisierten können in dieser Weise nicht unterstützt werden, weil bei ihnen die genügende Kontrolle, daß wirklich Arbeitslosigkeit vorhanden ist, sehr schwierig, fast unmöglich ist. Eine Unterstützung der Unorganisierten kann nur durch Beschaffung von Notstandsarbeiten eintreten. Für die Zukunft verlangen wir eine gesunde Handelspolitik, eine gesunde Kartellpolitik, vor allem auch eine Fortführung der Sozialpolitik, auch in der Richtung, daß der Fortschritt der Organisationen und der Abschluß von Tarifverträgen unterstützt wird, die sehr viel zur Verhütung und Milderung der Arbeitslosigkeit beitragen können. Vor allem ist jetzt aber notwendig die Beschaffung von Arbeit; denn die Sozialpolitik darf für den Arbeiter vor allem nicht in den schweren Stunden der Arbeitslosigkeit versagen. (Bravo! im Zentrum.)

Die Interpellation Albrecht und Genossen (Soz.) begründet Abg. Rosenbrunn (Soz.):

Heute haben wir zum erstenmal Gesellschaft bei unserer Interpellation über die Arbeitslosigkeit. In früheren Jahren standen wir mit derartigen Interpellationen immer allein, so z. B. in den Jahren 1892/93 und 1902. Es gehörte das jedenfalls zu unserer besonnenen „negativen Tätigkeit“, daß wir solche Anträge stellten! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Doch wie in anderen sozialpolitischen Dingen haben wir jetzt auch hierbei das Zentrum vorwärts gebracht, und ich will hoffen, daß es uns auch weiter folgt, insbesondere dann, wenn es gilt, ernsthafte Maßnahmen auf diesem Gebiete zu ergreifen.

Die Arbeitslosigkeit ist eine regelmäßige Folge der wirtschaftlichen Krisen, die ihrerseits in der kapitalistischen Produktionsmethode mit einer bestimmten Regelmäßigkeit wie „Schillers Mädchen aus der Fremde“ wiederkehren, weil Konsumtion und Produktion niemals ganz im Einklang sind. Zwischen den Jahren 1892/93 und 1902 lag noch ein Jahrzehnt, während jetzt nur sechs Jahre verstrichen sind, bis wir uns abermals vor einer wirtschaftlichen Katastrophe sehen, wie wir sie am Beginn des Jahrhunderts gehabt haben. Und dies, trotzdem die Kapitalisten versicherten, daß sie durch ihre Kartelle und Syndikate eine gewisse Regelung der Produktion herbeiführen wollten. Es ist vielfach die Hoffnung ausgesprochen worden, daß es gelingen könnte, durch diese Organisation der Produktion die plötzlichen Störungen zu überwinden. Noch mehr solcher Organisationen als bei uns gibt es bekanntlich in Amerika, und trotzdem sehen wir, daß gerade von dort die gegenwärtige Krise ausgegangen ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn wir uns über das Problem der Arbeitslosigkeit

unterhalten wollen, müssen wir uns aber nicht allein mit den krankhaften Erscheinungen — den Krisen — beschäftigen, sondern müssen auch daran denken, daß es eine ganze Reihe von Erwerbszweigen gibt, bei denen auch dann, wenn keine Krise besteht, eine Periode der Arbeitslosigkeit herrscht. Es sind das teils Gewerbe, die von der Witterung abhängen, wie die Bauarbeiter, Bergarbeiter, Landarbeiter, Winenschiffer, wo Regen und Frost, niedriger Wasserstand usw. die Arbeitslosigkeit verursachen; dann Gewerbe, bei denen nur in gewissen Zeiten die Rohstoffe vorhanden sind, wie bei der Zuderindustrie, in Konfektionsfabriken usw., bei denen man von einer „Kampagne“ spricht; und dann die Saisonindustrien, wie die Konfektionsindustrie, die Pfefferkuchen-, Schokoladenfabriken usw. Weiter haben wir auch mit absterbenden Gewerben zu tun.

Nach nehmen läßt. Dann streckt er sich mit achselzuckender Resignation und voller Seelenruhe aufs Lager, den Tod zu erwarten.

Endlich wird Hannes selbständig, endlich wird er heiraten können! Trine, die arme Magd, die zehn Jahre auf ihn gewartet hat, glaubt ihren Festtag gekommen; aber eine Jüngere, die reifere, bräutliche Rena, die lange auf das Besitztum lauert, entreißt ihr den Mann. Die Braut ist alt geworden, und Hannes will Kinder, derbegehende Puden, haben, wenn er als Eigentümer auf dem Hofe sitzt. — Wochen sind verstrichen, der Vorkühling mit seinen kräftigen Lüften zieht ins Land. Der schlaftrübe Hannes hat sich in einen dummselig verlebten Kurtsch verwanbelt, der heimlich an der Wiege für Rena's sich ankündigenden Erstling zimmert. Die verlassene Trine packt ihre Koffer. Plötzlich öffnet sich die Tür und herein tritt der vergessene Alte. Als er in seiner Kammer durch das offene Fenster den Frühling eingatmet hat, ist sein zäher Leib, wie aus lähmendem Winterdase, zu neuem Leben erwacht. Die Brust heilte. Triumphierend steigt er, wie ein Wespenstich von allen angefaßt, auf die Waage, die kein zunehmendes Gewicht verkündet und jeden Zweifel aus dem Felde schlägt. Sogleich beginnt er auch zu kommandieren. Hannes duckt sich ohne versuchte Gegenwehr. Rena muß abziehen. Sie nimmt ein armes Bauerlein, das hoch oben an der Gletschergrenze mit drei kleinen Kindern haust, und am dem vierden, das sie in die Ehe mitbringt, kein Bedenken findet. Ein verdammtes Eiseloch, studt sie, aber doch eigener Boden!

Die Aufführung gelang trotz der Schwierigkeiten des Dialekts und des fremdartigen Milieus im ganzen überraschend gut. Guido Herzfeld als alter Grub, Maria Mayer als Trine, Lisch als Hannes boten, ebenso wie einige Darsteller der kleineren Rollen eindrucksvoll individualisierte Typen. Eine Meisterleistung war Rosa Weetens böse Rena.

Musik.

Der Mozart-Saal am Rollendorfsplatz hat seit seiner Eröffnung im Herbst 1907 das Berliner Konzertleben günstig und dauernd bereichert. Insbesondere hat der damals für uns neue, doch anderwärts längst wirksame Kapellmeister Professor Carl Panzner die nach ihm benannten Konzerte rasch zu hohem Ansehen gebracht. Wie wir sie im Vorjahre mit unserer Sympathie begleiten konnten, so sehen wir auch heute ihnen und ihren Kollaboranten mit besonderem Interesse entgegen. Namentlich das zweite „Panzner-Konzert“ vom nächsten Sonntag (16. November) verspricht zu Wertvolles, das wir uns schmettern zur Abwechslung erlauben dürfen, statt einer Kritik eine Vorkritik zu geben. Als Neuheiten werden kommen: eine symphonische Dichtung (also ein auf besonderen poetischen Inhalt gestimmtes Orchesterstück) „Die Rösche“ von L. Blech, dessen wir uns aus dem Opernhaufe mit Anerkennung erinnern, und ein Konzert für zwei Violoncelli mit Orchester von S. Klengel, einem der bedeutendsten Virtuosen des menschlichen Variationsinstrumentes, entprechenden größeren Geigeninstrumenten, der die dürftige Literatur des (falschlich so genannten) Cellos bereits mit mehrfachen Konzertsünden solcher Art erweitert hat. Dazu die siebente Symphonie von Beethoven, in der wohl auch der unerfahrene leicht ihren Stern; die Idealisierung des Tanzes, so durchsichtig, daß er z. B. die häufige Verderbung des zweiten Satzes (Allegretto) zu einem Trauermarsch oder „Schmähstücken“ zurückweisen wird.

teils infolge der technischen Entwicklung, teils infolge der wechselnden Mode; ich erinnere z. B. an die Drechsler. Wenn sich die Kapitalisten durch Betriebseinschränkungen gegen die Krise schützen, so kommen die Arbeiter dabei an schlechtesten weg; denn diese Einschränkungen haben Arbeiterentlassungen zur Folge. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und nicht nur diejenigen Arbeiter, welche aus der Arbeit kommen, bekommen die Folgen der Krise zu spüren, sondern auch diejenigen, welche in Arbeit bleiben, müssen sich Lohnabzüge gefallen lassen. Allerdings werden

die Lohnabzüge

nicht immer so geräuschvoll und brutal gemacht, daß sie gleich ins Auge springen: Bei der Affordarbeit z. B. verlangt man bei demselben Lohn fauere Arbeit als vorher, so daß der Arbeiter also ohne direkten Lohnabzug weniger verdient! In einigen Gewerben werden neue Arbeiter nur zu niedrigeren Löhnen eingestellt. Die Senkung der Löhne ist also voll erst zu übersehen, wenn die Krise vorbei ist. Als wir bei der letzten Krise auf die schlechtere Lage der Arbeiter in den königlichen Bergwerken hinwiesen, wurde bestritten, daß Lohnabzüge vorgekommen seien. Nur einzelne wurden als eine Folge des Rückganges der Kohlenpreise zugegeben. Jetzt sehen wir aber, daß die Löhne von 1187 M. im Jahre auf 921 M. zurückgegangen waren, das heißt also ein Lohnabfall von 2 M. pro Woche!

Auch in anderen Verhältnissen sehen wir den Lohnrückgang. Ich erinnere nur an die besonnenen Zirkulare der Eisenbahnverwaltung in den Jahren 1901/1902, worin die einzelnen Verwaltungen aufgefordert wurden, weil sie in der Zeit der Prosperität mit den Löhnen in die Höhe gegangen seien, so sollten sie jetzt, in der Zeit des Niederganges, mit den Löhnen wieder herabgehen; neue Arbeiter sollten sie nur zu niedrigeren Löhnen einstellen! — Wie weit also

die Krise

wirkt, entdeckt man erst später, und wenn die Krise vorbei ist, haben die Gewerkschaften lange und schwere Kämpfe zu führen, ehe sie die frühere Lohnhöhe wieder zurückerobern. (Wahrscheinlich! bei den Sozialdemokraten.) Daß wir es gegenwärtig mit einer schweren Krise zu tun haben, ist zweifellos. Man muß dabei immer wieder auf die Ziffern des „Reichsarbeitsblattes“ hinweisen, und nach diesen Ziffern hätte man erwarten sollen, daß die Regierung nicht gefragt würde, was sie gegen die Arbeitslosigkeit zu tun gedenke, sondern was sie gegen sie getan hat. Muß denn die Regierung immer erst geschoben werden, um etwas zu tun bei Krisen, die ihr nicht unbekannt sein können? (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Seit dem Juni weist jede Nummer des „Reichsarbeitsblattes“ auf die andauernd ungenügende Beschäftigung in der Baum- und Holzindustrie hin. Im Oktober ist in den ersten neun Monaten dieses Jahres etwa eine Million Tannen weniger eingeführt als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Das sind 10 Proz. des Rohstoffes. Danach kann man sich eine Vorstellung von dem Steigen der Arbeitslosigkeit machen. Der Produktionsrückgang ist aber noch viel erheblicher, weil ja in sehr vielen Fällen erhebliche Bestände auf Lager genommen sein werden. In der Bauwirtschaft trat eine erhebliche Verringerung schon im Jahre 1907 ein. Man führte das auf das Steigen des Zinsfußes zurück, aber mit dem Sinken des Zinsfußes hat die Bauwirtschaft nicht zugenommen. Ich will hier nicht alle Industrien durchgehen; hinweisen will ich aber noch auf das Stillliegen der Seeflotte. Von der Kolonialpolitik erwartete man eine außerordentliche Steigerung unseres Handels. Statt dessen klagen unsere Reeder, daß die Frachten der Seefahrt noch niemals so schlecht waren als bei Abschluß des vorigen Jahres.

Ueber

die Stärke der Arbeitslosigkeit

gibt das „Reichsarbeitsblatt“ nur insofern einen Anhaltspunkt, als es über einen Teil der Krankenkassen berichtet. Bei unserem Bevölkerungsanstieg sollten die Zahlen der dort angegebenen Mitglieder monatlich um 47 000 steigen. Statt dessen ist die Steigerung so, daß man daraus die Zahl der Arbeitslosen gegenwärtig auf 420 000 höher schätzen kann als in normalen Zeiten. Und dabei ist zu bedenken, daß hier nur über einen Teil der Kräfte berichtet wird, die Gesamtzahl der Arbeitslosen also noch viel bedeutender ist. Herr Pieper hat schon auf den Wert einer regelmäßigen allgemeinen Arbeitslosenzählung hingewiesen. Auffallend ist, daß in den Listen

Die „Panznerkonzerte“ haben sich auch die übliche Einrichtung einer „Deffensiven Hauptprobe“ zunutze gemacht. Wer also gleich Gutes billiger und gesellschaftlich schlichter hören will, geht am Sonntag vorher (diesmal am 15. v. M.) 12 Uhr mittags in den Mozartsaal und kommt bequem auf seine künstlerische Rechenung.

Nun können wir unserem Vorkritik auch einen ihm nahestehenden Nachbericht anfügen. Eigrig mit der Orchesterbegleitung von Solisten beschäftigt, leitet Professor Panzner auch eine Reihe von drei Abenden, an denen der junge Violoncellist Bronislaw Huberman eine nationale Auslese der Violoncellliteratur geben will. Am Mittwoch hörten wir das erste, der deutschen Musik gewidmete Konzert. Aus der Klassikerzeit Beethoven, aus der Wiedererweckung Epoche (vielleicht der größte Musiker unter den Geigenkünstlern), aus der Epigonengegenwart Brahms: das bedeutete Meister- und Meisterwerke, an denen man lernt, was ein intimes Zusammengehen von Solo und Begleitung ist. Wenn dann das zweite Konzert (9. Januar) eine französische und das dritte (24. März) eine slavische Auslese bringt, wird der so vorbereitete Hörer auch leicht vergleichen können, zumal da jeweils auf zwei Kunstwerke (unter denen eine „Spanische Symphonie“ des Franzosen E. Lalo besonders beachtet sei) ein Kunststück der spezifischen Violoncellvirtuosität folgen wird.

Das Blüthnersaal-Orchester hat sich nach mancherlei Schicksalen so flott herausgemacht, daß es dem Solisten in seine garten, vielleicht zu garten Nuancen mit gut einheitslicher Gesamtwirkung folgen konnte und uns nunmehr weiteren Blüthnerkonzerten er freut entgegensehen läßt.

Notizen.

— Keine Grenzpfähle für die Satire! Dem „Simplicissimus“ hatten einige lokale Blätter den beliebten Vorwurf der Vaterlandslosigkeit angeheftet, weil er die deutschen Rationalheiligtümer der Hundebumst, der Aechtheitigkeit, der unbesiegbaren Armee und ähnliche Vorzugslichkeiten dem Spott des Auslandes preisgibt und noch dazu in einer besonderen französischen Ausgabe. Ludwig Thoma hat jetzt den Verteidigern unserer Rationallaster einen gepfefferten Sendbrief namengefandt und dabei festgestellt, daß die Eigenbrütel nicht einmal richtig orientiert sind. Es gibt gar keine französische Ausgabe des „Simplicis“, nur die Bilderte werden auf einem besonderen Blatt überfetzt. Und wenn es schon eine französische Ausgabe gäbe! Die Scheidung der Geister und Klassen ist in allen Ländern dieselbe, und mit demselben Interesse, mit dem unsere Leser z. B. die von uns häufiger zitierte Satire der „Lassiotto zu Bourne“, einer Art, nur einer viel feineren Art französischen Simplicissimus, verfolgen, wird der „Simplicissimus“ in Frankreich beachtet. Die Stiche und Hiebe, die die Dummheit, die Gemeinheit, die aufgeblasene Autorität und die gesamte patriotische Mythologie in einem Lande empfängt, sie finden in anderen das gleiche Verständnis und treffen den gleichen Feind. Die Satire kann drum gar nicht international genug wirken. Und von diesem ihrem guten alten Vorrecht wird sie sich nicht einmal durch die deutschstämmelnden Bedenken der Wiener „Arbeiterzeitung“ abbringen lassen.

Kleines feuilleton.

Theater.

Geibel-Theater: „Erde“, eine Komödie des Lebens von Karl Schönherr. Des Oesterreichers Karl Schönherr neues Drama, das mit dem „Lantio“ des jungen Westpreußenhardt zusammen diesmal den Schillerpreis erhielt, fand bei der Auführung im Geibel-Theater herrlichen und wohlverdienten Beifall. Eine durch und durch gediegene Arbeit ohne Plitter und Trübs, echtlich naturalistisch in der Charakterzeichnung und feinsinnigen Entwicklung, aber freilich in ihrer ersten Hälfte bei der Fülle zuständlicher Schilderung hier und da von einer gewissen Schwere befallen. Die Erregungs- und Spannungsbewegungen, die, wie immer verfeinert, nun doch einmal dem Zuschauer eigen sind, werden anfangs wohl zu wenig beachtet. Es dauert, wie beim „Führmann Gentschel“, eine Zeitlang, bis man warm wird, dann aber wächst das Interesse um so intensiver. Was erst den Eindruck eines bloßen Nebeneinander mochte, das gliedert sich, wenn man am Schluß die Blicke rückwärts gleiten läßt, organisch dem Ganzen ein. Die innere Geschlossenheit und Stimmigkeit hat Schönherr's Bauerndrama vor dem Angenrunder voraus, der sicher der größere und originellere Poet ist, aber doch fast nirgends ohne Gewalttätigkeiten und eingefädeltes romanhaftes Beiwerk auskommt. Auch ist „Erde“ das einzige künstlerisch wertvolle Bauerndrama, das bäuerliche Charaktere in typisch bäuerlichen aus den besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen geschafften Situationen schildert. Es ist das bäuerlichste aller Bauernstücke. Die Stimmung und die Lebenshaftigkeit, die der Besitz von Grund und Boden schafft, treten hier anschaulich-greifbar, wie in keinem anderen Bühnenwerke, und entgegen.

Dem Bauern alten Schlags ist kein Land nicht bloßes Mittel zur Beschaffung des Unterhalts, er hängt daran mit Stolz und Liebe. Es ist ererbtes Gut, mit dem sich das Persönlichkeits- und Familiengefühl des Besitzers aufs innigste verwebt, Zudehör und Gehör seines Ich. Kein schwererer Einschluss, als sich aufs Altenrecht zurückzuziehen; abhängig zu werden auf demselben Erdenstückchen, auf dem man früher in harter Arbeit herrschte.

Man weiß, wie oft das Leben dieser Abgedankten durch den Egoismus undankbarer Kinder zur wirklichen Tragödie wird. Schönherr in seiner Komödie wendet den Fall nach der umgekehrten Seite. Er führt uns einen Alten vor von eiserner Gesundheit, der für alle Demütigungen, die ihm als Altknecht einmal vielleicht zuteil werden könnten, im voraus schon Reue und Reue nimmt. Er fühlt, daß jeder auf seinen Mühen ruht; sein gutmütig-beschränkter, sechs- undvierzigjähriger Sohn, der, ehe ihn die Herrschaft auf dem Hofe zufällt, nicht heiraten kann; Trine, die verblühte Braut, die Knoche und Röhre. Aber der Gedanke daran erhöht nur sein Bedauern. Gerade weil es die anderen wurmt, probt er um so unerschämter mit seiner Kraft und seinem Appetit. „Ehe ich nicht schlafen gehe, rieche ich mich nicht aus.“ Da trifft ihn, als er ein störrisches Pferd kändigen will, ein Hufschlag an der Brust. Es scheint, daß es mit ihm zu Ende gehen will. Eine prächtig charakteristische Szene ist es, wie der Bauer in seiner unerschütterlichen Lebensüberzeugung zum ersten Male irre wird, und den Tischler kommen und sich zum Sorg

des reichhaltigen Amtes über die Arbeitslosigkeit bei den Gewerkschaften der arbeitslose Arbeiterverband fehlt. Die Sachverhalte haben im 3. Quartal d. J. gegenüber dem 2. Quartal vorigen Jahres bei 1 1/2 Millionen Versicherten an Arbeitslosenversicherung gezahlt: 1 022 000 Mark gegenüber 904 000 Mark! Also die Summe hat sich genau verdoppelt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Tadel ist das dritte Quartal für die Arbeitslosigkeit noch lange nicht das ungünstigste.

Wie wirkt nun die Arbeitslosigkeit auf die Arbeiter? Die wenigen Ertragsfälle sind bald verbraucht, das wirkt deprimierend; bald tritt auch Hunger in der Familie ein, die Krankheiten nehmen erheblich zu. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Viele Arbeiter werden aber auch durch die Krise in den Not der Landstraße hinaus geschleudert! Wenn der unterbezahlte Arbeiter kein Geld mehr hat, Kost und Logis zu bezahlen, so wird er vielfach zum Betteln gezwungen, und wenn er dabei abgelehnt wird, dann bestraft ihn der Staat, obwohl der Arbeitslose doch nicht an der Stelle schuld hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch vermehren sich in solchen Zeiten die Eigentumsverbrechen. Im Jahre 1901, als die Krise schon einsetzte, berechnete die „Kreuzzeitung“ in einem Artikel vom 14. Dezember die Kosten für Korrekturenhäuser usw. in Deutschland auf 100 Millionen Mark. Sie verlangte allerdings härtere Strafen, doch die Strafen schaffen keine Arbeit für die Leute, es sei denn, daß die „Kreuzzeitung“ daran gedacht hat, daß mehr Gefängnisse gebaut werden und dabei mehr Arbeiter Beschäftigung finden. Nach dem deutsch-evangelischen Jahrbuch des Herrn v. Vobelschwing betrug

die Zahl der Obdachlosen,

welche Obdachlosenverpflegungen überwiesen werden mußten, in den Jahren 1904—1907 durchschnittlich 20 000, 1907/1908 stieg die Zahl plötzlich auf 88 000! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Frequenz des Berliner Amtes für Obdachlose stieg um 74 000 Fälle gegen das Vorjahr. Für die Gesellschaft sind solche Arbeiter, die an Gesundheit oder moralisch schweren Schäden erlitten haben, vielfach verloren. Würde man die Millionen, die man für die Kranken und Invaliden, für die Verbrecher ausgibt, vorher für dieselben Personen aufgewandt haben, um sie vor dem Verfallen ins Elend zu bewahren, so wären für ihre Rehabilitation nützliche Glieder der Gesellschaft geblieben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wesentlich vermindert ist die Not der Armen noch durch

künstliche Preissteigerung infolge der verkehrten Wirtschaftspolitik, an der auch das Zentrum einen großen Teil der Schuld trägt. Von den Lebensmitteln ist nur der Stäbchen billiger geworden. Wenn auch die Septemberpreise des Jahres 1908 gegenüber den Septemberpreisen 1907 etwas geringer sind, so sind doch seit August wieder verschiedene Nahrungsmittel, zum Beispiel Fleisch, im Preise gestiegen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Verringerung der Not muß also nach zwei Seiten vor sich gehen: Erhöhung der Einnahmen der Arbeiter und Verminderung der Kosten ihrer Lebenshaltung. Die Kräfte treten immer dann ein, wenn Produkte im Ueberfluß vorhanden sind. Sind zu viel Wohnungen da, so haben die Bauarbeiter keine Arbeit, und die Schneider laufen vielfach sitzend auf der Landstraße herum, weil zu viel Röcke vorhanden sind. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Herr Vermburg hat lehrerzeit richtig bemerkt, daß in den letzten 20 Jahren der Nationalreichtum um 30 Milliarden gestiegen ist. Gewiß, das Vermögen der reichen Leute hat in dieser Zeit gewaltig zugenommen. Nach der Veranlagung der Vermögenssteuer ist allein in Preußen das Vermögen in den zehn Jahren von 1895 bis 1905 um 1 1/2 Milliarden gestiegen! Auch das kleine Volk hat an diesem Vermögenszuwachs teilgenommen. Die Steigerung des Nationalvermögens ist also da, aber auf die Arbeiter ist nichts davon entfallen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie haben aus Mangel an Arbeitsmärkten nicht einmal genügend Arbeit. Neue Arbeitsmärkte müssen wir suchen, allerdings nicht in Wollensland oder bei den Negern, sondern hier in unserem Heimatlande, wo wir sie massenhaft haben können. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Massen konsumfähiger zu machen, das ist die gesündeste Erweiterung unserer Arbeitsmärkte. (Sehr richtig! links.) Statt dessen wird nicht nur der Wasse die Nahrung verteuert, sondern die Regierung ist auch stets dabei, wenn die organisierten Arbeiter der Industrie neue Arbeitsmärkte durch Erhöhung der Löhne schaffen wollen, dieses Bestreben zu durchkreuzen. (Verbäffte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Welten Schichten der Arbeiter hält sie das Koalitionsrecht gänzlich vor, den anderen verflummert sie es durch gerichtliche und polizeiliche Schikanen. Ueberall bleiben die Löhne der Staatsarbeiter hinter den Löhnen der Arbeiter im Privatbetriebe zurück, so die Löhne der Bergarbeiter im Saarrevier gegenüber denen im Ruhrrevier und die Löhne der preussischen Eisenbahnarbeiter. Zu den Konsumfähiger zu machen, nur ausländische Arbeiter heranzuziehen, um nicht etwa durch Arbeiterknappheit Lohnsteigerungen herbeizuführen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Was könnten nun Staat, Reich und Gemeinden gegen die Arbeitslosigkeit tun? Eine vernünftige Staatsverwaltung müßte alle Kulturaufgaben auf Jahrzehnte voraus gerade in dem Moment erfüllen, wo überflüssige Arbeitskräfte vorhanden sind. Wie viel Eisenbahnen, Kanäle und Schulen hätten wir noch nötig. Aber freilich, wir haben ja kein Geld zu solchen Kulturaufgaben! Das Zentrum ist mitschuldig, weil es durch Bewilligung aller Forderungen für Meer, Flotte und Kolonien unsere Finanzen so beraubert hat, daß für die Kulturaufgaben nichts übrig blieb. Nationalität haben der Staat und alle überglücklichen Parteien die Gelder verschleudert, die wir jetzt dringend nötig hätten. (Verbäffte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die neuen Steuern

engen die Arbeitsgelegenheit weiter ein: Die Tabaksteuer wird allein 50 000 Arbeiter brotlos machen. (Hört! hört!) Früher hat die Regierung wenigstens theoretisches Interesse an der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gezeigt; in einer Zeit der sozialen Umwälzungen hat sie 1895 Arbeitslosenzählungen vorgenommen und 1902 im Verfolg unserer Interpellation und eines Artikels von mir in der „Neuen Zeit“ das Reichsstatistische Amt mit Erhebungen über den Umfang und den Ausbau der Arbeitslosenversicherung beauftragt. Darüber ist uns 1906 eine Denkschrift von nicht weniger als 1416 Seiten zugegangen. Ihr zufolge haben die Gewerkschaften für die Arbeitslosenversicherung recht viel, die Gemeinden etwas, andere Staaten auch etwas getan. Aber auf den ganzen 1416 Seiten werden Sie nicht eine Zeile von dem finden, was etwa das Deutsche Reich getan hätte! (Verbäffte Zustimmung v. d. Soz.) Der Abg. Biemer meint zwar, das Reich werde sich jetzt sehr viel mit Sozialpolitik beschäftigen, mit der Pensionsversicherung der Privatbeamten, mit der Reform der Arbeiterversicherung, mit der Witwen- und Waisenversicherung. Ich mein, Herr Biemer, die Gesetzgebung wird sich mit ganz anderen Dingen beschäftigen. Sie wird sich genau wie in den ganzen letzten zehn Jahren mit Steuerangelegenheiten beschäftigen. Eine umfassende Reform der Arbeiterversicherung würde sich wahrlich nicht etwa das Zentrum beteiligen. Sprach doch der Abg. Biemer auch nur von einer Arbeitslosenversicherung der gewerblichen Arbeiter. Sie darf aber keineswegs auf die gewerblichen Arbeiter beschränkt bleiben, sondern muß auf die Landarbeiter ausgedehnt werden.

Meiner Meinung nach ist gerade die

Arbeitslosenversicherung eine Hauptfrage, wenn man die Landarbeiterfrage überhaupt lösen will. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Industrie kann nicht Arbeiter nur so periodisch einstellen, wie es auf dem Lande geschieht. Wenn eine Landflut vorhanden ist, so beruft sie auch darauf, daß durch die Einführung von Maschinen die Perioden, in denen er Arbeit hat, für den Landarbeiter immer kürzer werden. Die Arbeitslosenzählungen vom Jahre 1895 haben den klaren Beweis erbracht, daß eine Arbeitslosenversicherung möglich ist. Sie ergaben im Durchschnitt 167 000 Kranke und 806 000 Arbeitslose. Würde man jedem dieser Arbeiter für jeden

arbeitslosen Tag 2 M. geben, so würden 200 Millionen Mark ausreichen, um sie zu unterstützen. (Verbäffte Zustimmung v. d. Soz.) 200 Millionen (Mark!) Reichen sie doch einmal nach, was für Meer und Flotte jährlich ausgegeben wird, das sind Ihnen 600 bis 800 Millionen nicht zu viel. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) 200 Millionen Mark erlösen Ihnen nur dann als eine ungeheure Summe, wenn es sich um Ihre Verwendung für Arbeiter handelt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber diese Summe läßt sich auch aufbringen. Von einer Arbeitslosenversicherung haben der Staat und die Gemeinden direkten Vorteil, indem dann die Kriminalkosten sowie die Kosten für Strafanstalten und Korrekturenhäuser erheblich geringer werden. Es ist also berechtigt, daß das Reich zu den Kosten beiträgt, ebenso wie die Unternehmer und die ganz unmittelbar Betroffenen, die Arbeiter. Jede dieser drei Parteien hätte also 70 Millionen Mark aufzubringen, das wäre etwa 60 Proz. mehr als für die Invalidenversicherung. Es handelt sich also um Summen, die sich sehr wohl aufbringen lassen. Freilich wird gegen eine solche Versicherung eingewendet, sie bilde eine direkte Prämie für die Arbeitslosen. Aber gewiß könnte man Einrichtungen treffen, um sich vor Mißbrauch durch arbeitsloses Volk zu schützen. So könnte jeder Arbeiter durch eine weitere Woche Arbeit Anspruch auf einen Unterstützungstag länger erwerben. Arbeitslose, deren Entlassung durch einen wichtigen Grund von ihnen selbst verschuldet ist (der Begriff des „wichtigen Grundes“ ist in der Gesetzgebung bereits vorhanden), könnten von der Unterstützung ausgeschlossen werden, und die Entscheidung darüber könnte man den Gewerkschaften zuweisen. Es wäre dann dem Mißbrauch sehr bald ein Riegel vorgeschoben.

Neben der Arbeitslosenversicherung möchte man auch den Arbeitsnachweis über ganz Deutschland organisieren, so daß ein Mangel der Arbeitskräfte leichter eintreten würde. Mit der Einführung einer solchen Versicherung würden die Arbeiter auch in den Zeiten der Krise ihr Leben und ihre Gesundheit erhalten können, während diese jetzt in den Zeiten der Krise den Armenhäusern anheimfallen und den Grund zu unheilbarem Elend legen. Nun wird die Versicherung wohl kaum mit einem Schlage eingeführt werden. Wohl aber kann das Reich sofort Mittel zur Verfügung stellen, um die bestehenden Einrichtungen für Unterstützung von Arbeitslosen zu unterstützen und da, wo noch keine Einrichtungen bestehen, solche zu schaffen.

Wetter nehme ich auch keinen Anstand zu verlangen, daß sofort ein Gesetzentwurf zur Einführung einer abgekürzten Arbeitszeit eingebracht werde: ein Gesetzentwurf, der den

Rechnungstag

bringt. (Verbäffte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das würde doch schon etwas nützen. Jetzt haben bereits mehr als 10 Proz. aller Tarife eine Arbeitszeit von weniger als 10 Stunden. Bei Einführung einer abgekürzten Arbeitszeit tritt zunächst eine Verminderung der geleisteten Arbeit ein und deshalb ist gerade die Zeit der Krise dazu angetan, um der Industrie über die ersten Schwierigkeiten hinwegzuhelfen. In den Zeiten der Prosperität würden die Unternehmer sacralen, daß man ihnen bei Arbeitermangel noch die Arbeitszeit verkürzen soll. Wenn aber jetzt der Rechnungstag eingeführt wird und die Krise dauert etwas länger an — das bin nicht so optimistisch wie Herr Pieper, der glaubt, daß sie noch sechs Monaten vorbei sein wird, sie wird auch noch im nächsten Winter vorhanden sein, wenn also jetzt der Rechnungstag eingeführt wird, und wenn dann nach 1 1/2 Jahren die Besserung eintritt, so werden die Unternehmer sowie die Arbeiter erkennen, daß diese gewissermaßen als Not eingeführte Maßregel so günstig gewirkt hat, daß sie sie nicht wieder beseitigen wollen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das Reich hat die Pflicht, hier zu helfen. Es hat eingegriffen in die Lebensverhältnisse der Arbeiter, als es sich um die Postpolitik handelte. (Unruhe rechts.) Herr Dr. Zahn war vorher erkrankt, als ich davon sprach, daß 200 Millionen für die Arbeitslosenversicherung notwendig wären. Die Vertreter aber kosten den Arbeitern mehr als 200 Millionen, und wenn es nach dem Willen des Dr. Zahn gegangen wäre, so wären die Löhne noch weit höher ausgefallen, und er hätte nicht danach gefragt, wo das Geld herkommen soll, um das teure Brot zu bezahlen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Also das Reich hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß das Volk gesund erhalten bleibt. Die Kämpfe der Zukunft werden keine Kämpfe mit Kanonen und Schiffen sein, sondern wirtschaftliche Wettkämpfe, und Sieger wird das Volk sein, welches die gefassten und intelligentesten Arbeiter hat. Das wirtschaftlich stärkste Volk wird auch das politisch stärkste Volk sein. Nicht für Kanonen und Vanzerschiffe, sondern zur Hebung der Gesundheit, zur Hebung der Erwerbsfähigkeit, zur Hebung der wirtschaftlichen Macht gebe man Geld aus, und man wird für die Zukunft des deutschen Volkes Großes geleistet haben. (Verbäffte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg:

Leider kann ich Ihnen nähere Mitteilungen über das Grubenunglück nicht machen. (Hört! hört!) Bei Gelegenheit der betreffenden Interpellation werden wir darüber weiter sprechen, ich möchte nur schon jetzt die Gelegenheit benutzen, um den großen Anteil zu betonen, den auch die Reichsverwaltung an den von der Katastrophe Betroffenen nimmt. (Bravo!)

Was die Interpellationen anlangt, so will ich mit Herrn Wollenbühr nicht darüber diskutieren, ob eine Wirtschaftsunterstützung möglich ist, die keine Krisen kennt. Ich stelle mich mit dem Abg. Pieper auf den Standpunkt, daß gerade unsere gegenwärtige Wirtschaftskrisis internationale Ursachen hat, daß sie beruht auf einer wirtschaftlichen Depression, die sich in allen Staaten geltend gemacht hat. Wir können bei uns in Deutschland froh sein, daß der Niedergang der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht so plötzlich und nicht so schroff eingetreten ist wie in vielen anderen Staaten. Daher ist nicht so plötzlich eingetreten ist, daß sieht man, wenn man verfolgt, wie sich unsere Ausfuhr in dem laufenden Jahre entwickelt hat. Unsere Ausfuhr hat im vergangenen Jahre, wenn sie auch einen unerfreulichen Rückschritt zeigt, doch in sehr viel geringerem Maße nachgelassen als in anderen Ländern. Unsere Ausfuhr hat nach geschätzten um 1,4 Prozent, die Frankreich um 5,9 Prozent, die Großbritanniens um 10,4 und die der Vereinigten Staaten um 8,9 Prozent. Nun gebe ich zu, daß diese Zahlen um deswillen kein völlig zureichendes Bild ergeben, weil die Art der Wertberechnung nicht überall die gleiche ist. Es kommt weiter in Betracht, daß in vielen Ländern die Ausfuhr von Nahrungsmitteln, die mehr vom Stande der Weltmarkte abhängt, einen großen Faktor spielt. Schalte ich die Nahrungsmittel und die Rohstoffe aus, so ergeben sich folgende Zahlen: Die Ausfuhr ist in Deutschland zurückgegangen um 8,2 Proz., in Großbritannien um 12,1 Proz. (Hört! hört!) In Frankreich um 10,2 Proz. und in den Vereinigten Staaten um 8,4 Proz. Auch hierbei müssen Sie einen Fehler noch abziehen, weil die verglichenen Staaten unter die Rubrik „Fabrikate“ nicht alle die gleichen Gegenstände stellen. Amerika rechnet z. B. Petroleum als Fabrikat. Aber die beiden Vergleiche zeigen doch unzweifelhaft, daß bei uns in Deutschland der Niedergang am wenigsten eingetreten ist und die Wirkungen deshalb nicht so plötzlich und nachteilig waren wie in anderen Staaten.

Die Lage des Arbeitsmarktes ist bei uns auch durchaus nicht einheitlich. Gegenwärtig ist er in der Rohstoffindustrie, bei den Stahl- und Holzwerken, der Eisengießerei, im Baugewerbe, in der Textilindustrie, in der Kleider- und Wäscheindustrie besonders ungünstig. In etwas günstigerer Lage befinden sich Streifenstoffe, Braunkohle, Salpater, Holz, gemischte Industrie, Zement, Nahrungsmittel, einzelne Teile der Metall- und Maschinenindustrie, landwirtschaftliche Maschinen. Aber auch hier sind die Dinge im Fluß. Während diejenigen Industrien, die bisher noch alte Aufträge auszuführen hatten, leider noch mit einer Verschärfung der Lage zu rechnen haben, scheinen doch in anderen Erwerbszweigen einige Anzeichen der Besserung vorzuliegen. Sind meine Nachforschungen richtig, so kann man nicht sagen, daß die Zahlen bei den Krankenkassen allgemein zurückgegangen sind. Jedenfalls hat sich eine Steigerung bei

den Arbeiterinnen gezeigt, die ja allerdings im allgemeinen in Zeiten der Arbeitslosigkeit nicht so stark betroffen werden wie die Arbeiter. Und auch im Verlauf der Invaliditätsversicherungsarbeiten scheint sich eine kleine Besserung anzubahnen. Es ist sehr schwer zu sagen, ob sehr bald oder erst nach langer Zeit auf Umkehrung zu rechnen ist. Ich habe den Eindruck, daß ein Teil der Ursachen, die zu der gegenwärtigen Krise geführt haben, in der Abwärtsentwicklung begriffen ist. In Amerika bessern sich die Verhältnisse unzweifelhaft, auch nachdem im politischen Leben dort durch die Wahl des Präsidenten eine Veränderung eingetreten ist. Unsere eigenen Verhältnisse haben sich seit dem vorigen Jahre unzweifelhaft gebessert, und die Herren werden mit mir die Meinung teilen, die Rede gelesen haben, die der englische Premierminister Asquith gehalten und in der er auch der Ueberzeugung Ausdruck gegeben hat, daß die Krise nicht mehr lange anhalten werde.

Ueber die Zahl unserer Arbeitslosen sind wir nicht genau informiert, und dieser Mangel hat den beiden Vordrucken Veranlassung gegeben, den Wunsch nach einer dauernden Arbeitslosenstatistik zu äußern. Ich komme darauf noch. Nach den Mitteilungen der Arbeiterverbände, die an die Arbeitslosenstatistik des Reichsstatistischen Amtes angehängt sind, hatten sie Ende Juli dieses Jahres unter ihren 1 270 000 Mitglieder 2,7 Proz. Arbeitslose. Gewiß keine erfreuliche Zahl, aber immerhin besser als in England, wo die Gewerkschaften für Ende Juli 8,2 Proz., für Ende August 8,9 Proz. Arbeitslose angegeben haben, deren Zahl nach Teilungsnachrichten in der letzten Zeit noch gestiegen sein soll, besser als in Frankreich mit 8,3 und in Belgien mit 5,8 Proz. Arbeitslosen Ende August.

Der Abg. Wollenbühr hat für Deutschland auch von einer Arbeitslosigkeit der Landwirtschaftlichen Arbeiter gesprochen, allerdings nicht von einer akuten Arbeitslosigkeit, sondern von der natürlichen Arbeitslosigkeit, die in allen Saisonbetrieben eintritt. Ich glaube, die praktischen Verhältnisse liegen doch etwas anders. (Sehr wahr! rechts.) Ich würde nicht, daß wenn wir die landwirtschaftlichen Betriebe im großen und ganzen in Deutschland zusammenfassen, daß dann durch das natürliche Zurückgehen gewisser Arbeitsgelegenheiten im Winter eine Art von Arbeitslosigkeit erzeugt würde, welche gar nicht führt, daß wie der Abg. Wollenbühr es dargestellt hat, im Frühjahr die landwirtschaftlichen Arbeiter verabschiedet wären und nun jede Arbeit annehmen müßten. (Rechts rechts.) Das entspricht den praktischen Verhältnissen nicht. Gewiß hat die landwirtschaftliche Arbeit zum Teil im Winter einen geringeren Umfang als im Sommer, aber die Arbeitern in der Landwirtschaft ist ja so groß, daß die Landwirtschaft genügend ist, mit einer großen Anzahl ausländischer Arbeiter zu arbeiten. (Sehr richtig! rechts.) Ich kann daher nicht begreifen, wie man von einer Arbeitslosigkeit auf dem Lande sprechen kann. Wir haben gerade in diesem Winter weitgehende Schädigungen unserer Wälder durch Schnee und Vereisungen, aber die Aufforstungen, welche die notwendige Folge des Raupenraubes sind, können — zum Schaden unseres Forstbetriebes — nicht vorgenommen werden, weil keine Arbeiter vorhanden sind. (Hört! hört! rechts.) Die fehlenden Forstarbeiter wären ja sehr gut zu ergänzen aus den landwirtschaftlichen Arbeitern, welche etwa infolge der Saisonnatur der Landarbeit im Winter keine Arbeit finden.

Ich wende mich nun zu den Vorschlägen der beiden Herren Vordrucker betreffend die Abhilfe der Arbeitslosigkeit. Beide haben eine periodische Arbeitslosenzahlung verlangt. Wir haben uns auf Grund von Vorschlägen aus der Mitte des Hauses in der vorjährigen Staatsdebatte ausführlich darüber unterhalten, daß wir in der Veranstaltung von Statistiken nicht zu weit gehen und nur solche Statistiken ins Auge fassen wollen, welche wirklich brauchbare Werte schaffen. Ich will es heute noch nicht absolut ausschließen, aber ich kann mir gegenwärtig noch keine rechte Vorstellung davon machen, wie es möglich sein soll, eine Arbeitslosenstatistik nach solchen Verhältnissen aufzustellen, daß sie wirklich brauchbar ist. Zeit und Geld der Arbeitslosigkeit, die Veranschaulichung usw. müßten doch unzweifelhaft berücksichtigt werden. Weiter würden wir zu der Aufarbeitung einer solchen Statistik eine sehr lange Zeit brauchen und wenn wir schließlich ihre Ergebnisse hätten, wäre die Zeit der Arbeitslosigkeit längst vorüber. Beide Abgeordnete haben die Arbeitslosenzahlung auch als gute Grundlage für die Beurteilung der Notlage oder Schädlichkeit der Arbeiter und als Grundlage für die Arbeitslosenversicherung bezeichnet. Ob sie uns aber wirklich ermöglichen würde, in der sehr schwierigen und verwickelten Frage der Statistikpolitik zu endgültigen Schritten zu kommen, ist mir doch sehr zweifelhaft. Was die Arbeitslosenversicherung betrifft, die Herr Abg. Wollenbühr als ein sofort erreichbares Ziel bezeichnet, so halte ich mit Herrn Pieper diese Frage durchaus noch nicht für reif. Für die Probleme, die so zu lösen sind, liegen noch in keiner Weise die Grundlagen vor. Obwohl ich die Literatur und die Verhandlungen in anderen Parlamenten mit der größten Sorgfalt verfolgte, habe ich noch nirgends einen irgendwie greifbaren praktischen Plan für eine Reichs-Arbeitslosenversicherung gefunden. Die Schwierigkeiten sind außerordentlich groß. A. bei der Kontrolle der Arbeitslosen, bei der Bemessung der Unterstützungen, der differenziellen Behandlung der verschiedenen Arbeiter, bei der Frage der Aufbringung der Beiträge usw. Ich glaube nicht, daß diese Schwierigkeiten so überwunden werden können, daß wir jemals zu einer durch das Reich durchgeführten Arbeitslosenversicherung kommen werden. (Verbäffte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich spreche hier meine Ueberzeugung aus, ich habe eben nicht den Optimismus des Herrn Wollenbühr, der es für möglich hält, diese Frage von heute auf morgen zu regeln. Bei einer Frage, die das Leben der Nation so nahe berührt, sollten wir uns nur auf diejenigen Gegenstände beschränken, die einer konkreten Lösung fähig sind. Nun zu den Arbeitsnachweisen. Wir stehen unmittelbar vor dem Kongress der Arbeitsnachweisvereine in Leipzig. Es werden dort diejenigen Vereine ihre Urteile in dieser Frage abgeben, die am besten dazu berufen sind. Die Reichsverwaltung wird dieses Urteil mit allem Nachdruck prüfen. Dann ist noch die Frage der Einrichtung von Wanderarbeitsstätten besprochen worden. Dieser Gegenstand gehört — wenigstens gegenwärtig — nicht zur Kompetenz des Reiches. Bei dem geringen Umfang, den diese Einrichtung bisher in den Einzelstaaten angenommen hat, ist es gegenwärtig auch nicht möglich, diese Frage geleglich zu regeln. Gernwillig ist in Preußen ein Wanderarbeitsstättengesetz erlassen worden. Es hat aber nicht zu den gewünschten Ergebnissen geführt, die seine Freunde wünschten. (Hört! hört!)

Und nun zu dem Punkte, der das Reich in seiner Kompetenz am nächsten betrifft: der Stellung, die

das Reich in seiner Eigenschaft als Arbeitgeber

zur Frage der Arbeitslosigkeit einzunehmen hat. Ich habe mich mit den preussischen Ressorts in Verbindung gesetzt und auch andere Auskünfte darüber eingeholt. In den Reichsressorts haben Arbeiterentlassungen und Lohnveränderungen nicht stattgefunden, und das gleiche ist mit von den preussischen Betrieben mitgeteilt worden. In der Reichsverwaltung sind die Vorkommnisse und technischen Institute wohl beschäftigt. Bei den technischen Instituten hat Mitte Oktober die Einstellung von 700 neuen Arbeitern erfolgen können. In der Marineverwaltung ist die Arbeiterzahl von rund 18 000 auf 20 000 gestiegen. (Hört! hört!) Eine Entlassung ist in der nächsten Zeit nicht zu erwarten. Die Lohnsätze haben in letzter Zeit eine Steigerung erfahren. (Hört! hört!) Die Reichstelegraphenverwaltung, die rund 12 000 Arbeiter beschäftigt, ist bemüht, ihnen die Beschäftigung auch im Winter weiter zu geben. In den preussischen Staatsbetrieben sind die Beschäftigungsverhältnisse durchaus günstig. In den Verbtrieben des Saarreviers und Oberschlesiens besteht noch ein gewisser Arbeitermangel, ein sichbarer Mangel, wie gesagt, bei der Forstverwaltung. Die Eisenbahnverwaltung in Preußen, die 487 000 Arbeiter beschäftigt, hat keine Arbeiter entlassen. Für die Inangriffnahme der im Etat für 1909 vorgesehenen Arbeiten werden die Anordnungen derart getroffen, daß unmittelbar nach Annahme des Etats eingesetzt werden kann. Darüber, ob für diejenigen Positionen, deren Annahme

schon sicher ist, ein Kostensatz vorgelegt werden kann, um die Arbeiten schon jetzt zu beginnen, habe ich mit der Finanzverwaltung mich noch nicht ins Benehmen gesetzt. Im einzelnen bemerke ich folgendes: Die Geeserverwaltung hat zur Förderung der Arbeitslosigkeit der Maschinenindustrie Sonderaufträge gegeben, auch der Textilindustrie. Die Reichspost- und Telegraphenverwaltung hat Anordnungen getroffen, daß während des Winters weiter gearbeitet wird, so weit die Witterung es irgend zuläßt. Die Marineverwaltung hat angeordnet, die für 1908 angemessenen Mittel während des Rechnungsjahres aufzubringen. Die preussische Eisenbahnverwaltung steigert ihre Bautätigkeit im hohen Maße weiter. Die Betriebsverwaltungen der Einzelstaaten spielen ja eine bedeutende Rolle auf dem Arbeitsmarkt, und es ist deshalb gewiß erfreulich, daß sich in Preußen die Mittel, die für Bauten zur Verfügung stehen, vom Jahre 1903 bis 1908 von 176,8 auf 335 Millionen gesteigert haben. (Hört! hört!) Die preussische Bauverwaltung hat für 1908 54 Millionen zur Verfügung, 16 Millionen mehr als im Vorjahre. Auch dieser Betrag wird nutzbar gemacht zur Beschäftigung von Arbeitslosen. Alle diese Anordnungen in der Reichs- und preussischen Verwaltung sind getroffen worden, bevor diese Interpellationen gestellt waren. Es ist also nicht richtig, daß die staatlichen Verwaltungen erst auf die Arbeitslosigkeit aufmerksam gemacht werden mußten.

Die Frage der Nichtbeschäftigung ausländischer Arbeiter ist wiederholt Gegenstand der Erörterung gewesen. Sie werden sich entsinnen, daß vor einigen Jahren, als der Teltower Kanal gebaut wurde, die Bauverwaltung darauf hinwies, daß vor allem inländische Arbeitslose herangezogen werden sollten. Aber ich muß feststellen, daß bei diesen zum Teil recht unangenehmen Arbeiten die inländischen Arbeitslosen nicht anstellten. Sie waren wohl nicht in der Lage, die Strapazen zu ertragen und verließen die Arbeit schon nach ganz kurzer Zeit. (Hört! hört!) Die Bauverwaltung war genötigt, ausländische Arbeiter mit heranzuziehen, wenn die Arbeit nicht ins Stocken geraten sollte. Gleichwohl ist von der preussischen Bauverwaltung die Anordnung getroffen worden, daß auch sonst Kolonnen inländischer Arbeiter geschaffen werden, um in Zeiten der Arbeitslosigkeit für sie zu sorgen. Es gibt leider kein Spezialmittel, um gewerbliche Störungen und die mit ihnen in der Folge verbundenen Arbeitslosigkeit zu beseitigen und ihre schädlichen Wirkungen ganz zu heilen. Es gebietet zu einer richtigen Politik, daß wir in erster Linie die Industrie und damit auch die Arbeiterkraft leistungsfähig erhalten. Wenn wir an diesen Grundlagen festhalten, dann wird es uns hoffentlich gelingen, die Wirkungen solcher Krisen abzuwehren. (Beifall.)

Auf Antrag Singer (Soz.) wird die

Besprechung der Interpellationen

Abg. Stresemann (natl.): Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit trägt nicht den Charakter einer allgemeinen Krise. In der Landwirtschaft kann von einem allgemeinen Angebot von Arbeitern nicht die Rede sein. Auch die verschiedenen Industriezweige sind nicht gleichmäßig betroffen. Sehr stark ist die Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie. Schuld hat aber nicht unsere Zollpolitik, sondern die allgemeinen Verhältnisse auf dem Weltmarkt bilden die Ursache. Der Niedergang unserer Textilindustrie ist unmittelbar veranlaßt durch die Konkurrenz Englands. Bei unserem Handel mit Amerika leiden wir außerordentlich durch die Konkurrenz Japans. Wenn wir trotzdem die Arbeitslosigkeit weniger fühlen als andere Länder, so liegt das daran, daß die deutschen Arbeitgeber nicht Arbeiterentlassungen vornehmen, sondern Einschränkung der Arbeitszeit. (Fürs! fürs! bei den Sozialdemokraten: Nicht aus Liebe zu den Arbeitern!) Nun, den Arbeitgebern wäre es angenehmer und leichter, mit weniger Arbeitern den ganzen Tag und die ganze Woche durchzuarbeiten. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Herr Wollenbuhr sagt, man soll den Arbeiter konsumfähiger machen, dann haben wir einen starken Inlandspreis. Aber der Arbeiter darf nicht nur als Konsument betrachtet werden, wir müssen und vielmehr von den Wesen des internationalen Marktes unabhängig machen. Wer der Zollpolitik die Schuld beimißt an unserem Wirtschaftstode, übersieht, daß der Zoll allein ein viel zu geringes Moment in dem ganzen internationalen Wirtschaftsleben darstellt. Herr Wollenbuhr sagt, die Steigerung des Reallohns in den letzten 30 Jahren sei nur den Unternehmern zugute gekommen. Sein eigener Parteigenosse Colmer aber hat bekannt, daß die Lebenshaltung der Arbeiter gestiegen ist. Sie wäre noch mehr gestiegen, wenn nicht mangels einer verständigen Bodenpolitik ein Teil der erhöhten Löhne den Bodenbesitzern zugute käme.

Der Reunionsentwurf, den Herr Wollenbuhr fordert, ist ganz undistastabel. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr Wollenbuhr hat auf die großen Ausgaben für Meer und Flotte hingewiesen. Aber die wirtschaftlichen Gegenstände führen zu nationalen Gegenständen. Den langen Frieden verbannten wir lediglich unserer starken Rüstung, die also indirekt eine Arbeitslosenversicherung ist. (Achtung! Achtung! bei den Sozialdemokraten. Sehr richtig! rechts.) Von einer direkten Arbeitslosenversicherung hat der verstorbene Liebherr 1892 zu seinen Parteifreunden gesagt: „Sie begeben sich in ein Traumland, wenn Sie an eine staatliche Arbeitslosenversicherung denken.“ In der Tat ist eine solche unmöglich, vielmehr wollen wir hoffen, daß recht bald auf dem Weltmarkt und damit auch bei uns wieder normale Zustände eintreten. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Garsch (fr. Sp.): Alle Parteien werden sich darüber einig sein, daß für die unverschuldet arbeitslos gewordenen Arbeiter etwas geschehen soll. Wollig wird man die Arbeitslosigkeit allerdings nie beseitigen können, ebensowenig wie man eine völlige Stabilität des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage erreichen kann. Wenn und aber gelangt wird, daß z. B. in der Fortschrittverwaltung Arbeitermangel herrscht, so wird das an ganz außerordentlich miserablen Löhnen liegen. (Sehr wahr! links.) — Die Fiktion des Kollegen Wollenbuhr über den vielfach zu hoch gegriffen sein; Herr Colmer, der ihm doch politisch nahe steht, hat niedrigere Fiktionen angegeben. — Die Sozialdemokratie macht sich die Sache etwas sehr leicht. Nach ihr stammt die Arbeitslosigkeit von der kapitalistischen Produktionsweise. Aber auch die Sozialdemokratie würde nicht imstande sein, Produktion und Konsumtion stets in einem solchen Verhältnis zu halten, daß eine Überproduktion und daraus entspringende Krisen unmöglich werden. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Die Sozialdemokratie spricht immer von hartnäckigen Unternehmern, die die Löhne regulieren. Ich meinerseits habe die Löhne meiner Arbeiter nicht herabgesetzt; wenn aber die Gewerkschaften die Lohnaufbesserungen zur Fiktion ihrer Streiklisten, also zum Kampfe gegen die Unternehmer benutzen, so könnte man allerdings als Unternehmer auf den Gedanken kommen, daß eine Lohnreduktion sich empfiehlt. (Hört! hört! d. d. Soz.) So haben z. B. die Vorkriegsarbeiter in Elmsborn beschlossen, daß jeder Ueberzahlung über den Wochenlohn von 31 M. in die Streikliste fließen soll. (Hört! hört! d. d. Freisinn. und rechts.)

Erläuterlich war, daß Herr Stresemann diese Debatte über die Arbeitslosigkeit benutzte, um unserer Wirtschaftspolitik ein Loblied zu singen. Daß sie zur Verhinderung der Arbeitslosigkeit beigetragen hat, kann doch nicht bestritten werden. (Zustimmung bei den Freisinnigen.) Den vom Abg. Wollenbuhr vorgeschlagenen Reunionsentwurf bezeichnet Herr Stresemann als undistastabel. Das ist er nicht, aber mit der Krise hat diese Forderung nichts zu tun. Die Tabaksteuer, darin stimme ich Wollenbuhr zu, würde die Arbeitslosigkeit verschärfen. Als Abhilfsmittel sagt man; die Arbeiter sollen aufs Land gehen. Dazu ist die Arbeitslosigkeit viel zu groß; auch können die städtischen Arbeiter nicht einfach zur Landarbeit übergehen. Gerecht habe ich mich über die Mittelungen des Staatssekretärs über die Arbeiter, die in Angriff genommen sind. Witten möchte ich, daß man in demselben Sinne auch auf die Einzelstaaten einwirkt. Sehr viel können auch die Kommunen tun mit Schulbauten, Wegebauten usw. Eine Arbeitslosenversicherung ist sehr schwierig; verschuldete und unverschuldete Arbeitslosigkeit ist kaum zu unterscheiden. Aber

kann denn die Industrie die Kosten einer solchen Versicherung tragen? Das müßte erst festgestellt werden, eine Utopie ist es aber nicht, wie die Vorredner meinen. Gegenwärtig freilich ist sie undurchführbar, aber wenn die Reichsfinanzen in Ordnung gebracht sind und die Witwen- und Waisenversicherung durchgeführt ist, sollte man an sie denken. Daß die Kommunen den Gewerkschaften, welche Arbeitslosenunterstützungseinrichtungen haben, Beispielen zuziehen, bezogen habe ich nichts, wenn ich die Schwere der Krise nicht verkenne. Wenn wir uns alle zusammenschließen, so wird es und gelingen, die gegenwärtige Krise zu überwinden. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Abg. Henning (l.): Der Begriff der Arbeitslosigkeit ist sehr schwer festzustellen, Abgesehen von der Arbeitslosigkeit infolge von Krankheit ist doch auch die Arbeitslosigkeit zu beachten. Den Arbeitslosen wäre ein täglicher Satz von 2 M., den der Abg. Wollenbuhr ihnen für jeden Tag zuwenden will, sehr angenehm. Was der Abg. Wollenbuhr über die gleichmäßigere Verteilung der Arbeiten des Reiches ausspricht, ist theoretisch ganz richtig; aber praktisch ist es undurchführbar.

Der Redner polemisiert in längeren Ausführungen gegen die Vorschläge des Abg. Wollenbuhr und drückt seine Verwundung mit dem vom Staatssekretär angeführten Maßregeln aus.

Abg. Garsch (fr. Sp.): Wenn wir auch keine Interpellation über die Arbeitslosigkeit eingebracht haben, so haben wir doch ein sehr reges Interesse an dieser Angelegenheit. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Wir haben es zweifellos mit einer internationalen Krise zu tun, die allerdings nicht allein die Ursache für die Krise in Deutschland ist. Der Staatssekretär sucht mit Zahlen zu zeigen, daß der Notstand in Deutschland nicht so groß ist wie in anderen Ländern. Aber seine Zahlen für Deutschland bezogen sich auf das Jahr 1907 und selbst in diesem ist ein ungeheurer Rückgang der deutschen Ausfuhr eingetreten. Die Sozialdemokraten machen für die Krise verantwortlich die kapitalistische Produktion. Könnten sie ihre Ideen einmal durchführen, so würde sich bald zeigen, wie falsch die Annahme ist. Leider ist die Gefahr eines möglichen Experiments auf diesem Gebiete zu groß, als daß wir ihnen freiwillig das Reich zu dem Zwecke einer solchen Beweisführung durch Erfahrung übergeben könnten. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Herr Stresemann hob die Bedeutung der Landwirtschaft hervor, um unsere Wirtschaftspolitik zu entlasten von der Schuld an den Verhältnissen. Aber an der Landwirtschaft sind sicher — das werden die Ergebnisse der letzten Vertriebszählung zeigen — nicht mehr als 25 Proz. der Bevölkerung interessiert, und für unsere Industrie ist die Zollpolitik außerordentlich verwerflich. Mit Recht hob Herr Stresemann hervor, daß die wirtschaftlichen Gegenstände zu national werden. Aber durch nicht werden diese Gegenstände so verwickelt, wie durch die wirtschaftliche Absperrung, zu der unsere Wirtschaftspolitik führt. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Die Verhältnisse auf dem Weltmarkt, die eine Hauptursache der Krise sind, sind wesentlich mit herbeigeführt worden durch unsere Wirtschafts- und Finanzpolitik. Ganz verkehrt ist es, daß die preussische Eisenbahnverwaltung so außerordentlich zurückhaltend mit ihren Beschäftigungen ist; darunter selbst natürlich die Eisenindustrie. Namentlich angesichts der vorhandenen großen Kredite sollte die Eisenbahnverwaltung von dieser unangebrachten Sparmaßnahme lassen. Ausländische Arbeiter sollten in dieser Zeit so wenig wie möglich beschäftigt werden. Daß die Interpellation viel nützt, glaube ich nicht. Auch die Herren Interpellanten haben wohl nicht geglaubt, daß die Interpellationen nun dazu führen würden, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. In der Hauptsache wird es Sache der Gemeinden sein, praktische Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu ergreifen. Wünschenswert wäre die Einsetzung einer Kommission aus Parlamentariern, welche diese Frage vorlegt bearbeitet. (Beifall! links.)

Hierauf wird die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr vertagt. (Nachher: Session.)

Schluß 7,8 Uhr.

Die Disziplinarverhandlung gegen Bürgermeister Dr. Schücking.

Schleswig, den 12. November.

am 6 Uhr begann Bürgermeister Dr. Lothar Schücking mit seiner Verteidigungsrede. Er führte u. a. aus: Die Anonymität seines Buchs habe ihm nicht etwa als Dedung gedient, sondern es sei jarte Rücksichtnahme und Lutz gewesen, damit nicht manche Kreise sich verletzt fühlen. Er sei der Ansicht gewesen, daß einmal so etwas geschrieben werden müsse und daß, ehe nicht eine Inventarisierung unseres Verwaltungswesens vorgenommen sei, an eine Reform der Verwaltungszustände nicht zu denken sei. Der Reichstagsabgeordnete von Bollmar habe gesagt, daß die Schrift eine naturgetreue photographische Wiedergabe sei. Er habe vom liberalen Standpunkte aus die Zustände geschildert. Er habe genau dasselbe Recht, vom liberalen Standpunkte zu schreiben, wie irgendein anderer von seinem Standpunkte. Es sei leicht, vom konservativen Standpunkte zu schreiben gegen die Städte, gegen den Gleichheitsbrei, und die Aufhebung der Verfassung zu verlangen. Solch einem Bürgermeister würde sicher nicht geschwiegen. Er nehme für sich in Anspruch, anders zu schreiben als in dem üblichen Karikallstil. Dieser sei zu langweilig und werde nicht gelesen und verstanden. Er nehme für sich in Anspruch, wenn er eine anonyme wissenschaftliche Arbeit schreibe, denselben Stil und Ausdruck zu gebrauchen, wie er in liberalen Zeitungen üblich sei. Selbstverständlich hätte er sich dabei jeder Beleidigung zu enthalten. Das habe er aber auch getan. Er habe nur die konservativen Zustände schildern wollen, und wie die ganze Verwaltung von konservativen Tendenzen beherrscht und durchsetzt sei. Dabei habe er nur Forderungen ausgesprochen, die bei einem Liberalen als selbstverständlich erscheinen. Allerdings dürfe ein wissenschaftliches Werk keine Entstellungen enthalten. Aber er befreite entschieden, daß Entstellungen in dem Buche enthalten sind. Es sei notwendig, im Zusammenhang seines Buches Dinge wie Kalender, beschlagnahmen, Geringfügigkeitsverfahren, Ausländerausweisungen zu behandeln. In den Neuerungen über die Beschränkung der Selbstverwaltung und die Rahmlegung der Ortspolizei wären niemals Beleidigungen einzelner Persönlichkeiten enthalten, sondern nur Tendenzen zu erklären, die weder unmoralisch noch ungeschicklich sein könnten. In dem Ausschreibungsrecht, das unbeschränkt sei, in der Befehlsgebung der Behörden mit fast nur konservativen Beamten, liege der Hauptgrund der Tendenz einer Beschränkung der Selbstverwaltung. Ein anderes Kennzeichen des gegenwärtigen Systems sei das preussische Wahlrecht, wegen dessen Preußen von allen Nationen bemitleidet werde. Ein Wahlrecht, das sich kein Indianerstamm gefallen lassen würde. Es sei unbedingt notwendig, daß Leute aus der Praxis solche Dinge einmal schreiben. Das ganze Disziplinarverfahren sei durchaus politischer Natur; es sei deshalb eingeleitet, weil in unerkennbar liberalem Sinne alle diese Fragen behandelt worden seien. Er müsse darauf hinweisen, daß das ganze amtliche Leben von der Disziplinarkommission in Betracht zu ziehen sei. Die Kommunalrat der Stadt Duxum bei der Regierung werden beweisen, daß außer vom Landrat und dem Stadtbauwerk in den fünf Jahren seiner amtlichen Tätigkeit nur eine auf Anrufen beruhende Beschwerde gegen ihn eingereicht worden sei. Besonderen Wert lege er auf die wissenschaftliche seines Berichtes. Was der Ton anlangt, so haben die kurzen, knappen Sätze dem Verfasser Anlaß gegeben. Gedankengänge zu vermuten, die in Wirklichkeit nicht vorhanden seien.

Verteidiger Justizrat Storm (Duxum) hob zunächst nachmal die formelle Seite hervor, daß dem Angeklagten keine Unschuldigkeitsentscheidung, d. h. Tatsachen im Einleitungsbeschluss zugestuft worden seien. So sei dem Angeklagten die Gelegenheit entzogen worden, in der Voruntersuchung seine Beweisanträge zu stellen. Es fehle dem Verfahren die recht-

liche Grundlage, es liege kein gültiges Disziplinarverfahren vor, und er beantrage die Einstellung des Verfahrens. Wenn er sich nun aber auf die Sache selbst einlasse, so sei folgendes vorzubringen: Der Artikel 27 der Verfassung habe ihn bezogen, hier als Verteidiger aufzutreten, wenn er auch auf einem anderen politischen Standpunkte stehe als der Angeklagte. Durch die Sprache erheben sich die Menschen über die anderen Geschöpfe, und diesen Vorzug werden die Menschen verlieren, wenn man ihnen die Junge anteiße. In den bisherigen Verhandlungen, in denen Bürgermeister Dr. Schücking täglich sieben bis acht Stunden gesprochen habe, und in denen er einen Strom von Tatsachen aus der inneren Verwaltung vorgebracht habe, habe der Angeklagte wohl bemerkt, daß er ein umfassendes Wissen in der inneren Verwaltung besitze. Die wissenschaftliche Behandlung sei die verständigste, die in der inneren Verwaltung des preussischen Staates angewendet. Man werde also zugeben müssen, daß das Buch Schückings ein wissenschaftliches sei und daß es mit wissenschaftlichem Ernst geschrieben sei. Der Verteidiger geht dann auf die Veranschaulichung ein. Artikel 27 der preussischen Verfassung gestatte jedem Preußen, sich in Wort und Schrift zu äußern. Er wolle allerdings anerkennen, daß die politischen Beamten, die die Stimme des Staates seien, hierin beschränkt seien. Von einem Kommunalbeamten könne er das aber nicht anerkennen. Daß der Kommunalbeamte als solcher notwendig auch die Ortspolizei haben müsse, und als Polizeibeamter den Staatsbehörden unterstellt sei, andere davon nicht. Der Kommunalbeamte sei sicherlich kein politischer Beamter. Man müsse also wie jedem anderen Staatsbürger nach der Verfassung das Recht zustehen, sich frei in Wort und Schrift zu äußern. Das Oberverwaltungsgericht habe allerdings anders entschieden. Eine verheerende und persönliche Tendenz habe aber das, was Schücking in seinem Buche sage, nicht. Die von Bürgermeister Schücking angeführten Tatsachen über die innere Verwaltung seien nicht widerlegt. Der Verteidiger schließt mit folgenden Worten: „Der Artikel 27 der Verfassung ist eine Säule der preussischen Verfassung. Wenn das Urteil gegen Bürgermeister Dr. Schücking auf Antidensifikation laufe, dann sei ein Verstoß gegen den Grundpfeiler der preussischen Verfassung geschehen. Das geschehe dann in Schleswig-Holstein, von wo die freibildliche Bewegung ausgegangen sei, die zur Verfassung Preußens geführt habe.“

Der angeklagte Bürgermeister Dr. Schücking hat in seinem Schlusswort um Wahrung seiner wissenschaftlichen Ehre. Deshalb bitte er, wenn der Bezirksauspruch Zweifel an der Wissenschaftlichkeit seines Buches hege, um die Vernehmung von Sachverständigen. Hierauf wurde die Urteilsverkündung auf Freitagmittag 12 Uhr vertagt.

Schleswig, 13. November (Telegraphischer Bericht.)

Das Urteil.

Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten, Bürgermeister Dr. Schücking, zu 500 M. Geldstrafe und zur Tragung der Kosten. In den Urteilsgründen wird ausgeführt: Zu dem Einwand des formal nicht richtigen Einleitungsbeschlusses sei zu bemerken, daß der Einleitungsbeschluss formell war, da dem Angeklagten nicht nur seine Verfassung zur Last gelegt worden ist, sondern auch deren Bekundung. Die sozialdemokratische Stellung sei in der Einleitungschrift nicht erwähnt worden. Die Motive der Regierung seien für den Bezirksauspruch gleichgültig. Der Angeklagte habe eine Pflichtverletzung begangen durch Verletzung der Ehrerbietung gegen Dienstvorgesetzte, nicht aber sei er schuldig der mangelnden Ehrerbietung gegen den Landesherrn. Eine weitere Pflichtverletzung liege in der Verächtlichmachung von Staatsbehörden. Wenn auch für die Vorwürfe eine große Anzahl Beispiele gegeben werden könnten, so sei dennoch eine völlige Beweisführung unmöglich. Es werde auch von dem Angeklagten eingestanden, daß die Behauptungen des Buches nicht von allen Beamten der Konarchie erwiesen werden könnten. Deshalb lägen Entstellungen vor. Die mangelnde Ehrerbietung liege darin, daß nicht nur die Behörden, sondern auch die Beamten als Träger der Reaktion charakterisiert worden seien. Außerdem sei ihre Tätigkeit als im Dienste der Reaktion stehend besprochen worden. Das hohe Staatsbeamtentum sei als geistig stagnierend dargestellt worden. Das Buch enthalte persönliche Ehrverletzungen. Die Regierung sei bezeichnet als aus Personen mit den rückständigsten Anschauungen bestehend. Von der Selbstverwaltung sei gesagt, daß sie durch List und Gewalt beschränkt werde. Vom Normalstatut werde behauptet, daß es durch die Befehlsmenge der Selbstverwaltung geschaffen worden sei. Von den Berufsgruppenverbänden sei gesagt, daß sie zu konterbaiten Broden angesetzt würden. Es werde gesprochen von Rahmlegung der Ortspolizei, von Besinnungsmaßregeln, von Unruheprovokationen, von Ausländerfisktionen, von Verationen, von Wahlschemen, von feudalen Behörden. Dadurch habe der Angeklagte seine besonderen Pflichten als Polizeibeamter verletzt. Er habe aber sein Amt bisher tadellos geführt und sich der Achtung, des Ansehens und des Vertrauens, die sein Beruf erfordere, nicht unwürdig gezeigt. Er könne deshalb seines Amtes nicht entsetzt werden. Die Pflichtverletzungen seien aber so schwerer Natur, daß auf die höchste Strafe vor der Antidensifikation erkannt werden müsse.

Meineidsprozeß gegen den Arbeitsvermittler Vogel.

Unter dem Präsidium des Landgerichtsdirektors Dr. Nieber eröffnete das Schwurgericht gestern die Verhandlung gegen den Sprechmeister Vogel, der von Justizrat Selke und Rechtsanwalt Loewe verteidigt wird.

Vernehmung des Angeklagten.

Aufgefordert, sich auf die Anklage zu äußern, sagte der Angeklagte Vogel: Seit 8—9 Jahren werde er vom Väterverband fürchtbar angegriffen. Er habe sich dadurch den Haß des Verbandes zugezogen, daß er bei unwürdigen Streiks, namentlich in Kassel und München Arbeitswillige nach diesen Ort gebracht habe. Auch das könne der Verband nicht leiden, daß „bessere Gesellen“ (gemeint sind die Gesellen. Der Berichterstatter) von Weisern verlangt und außer der Reihe in Arbeit gebracht werden. Aus Anlaß des Berliner Streiks im Jahre 1906 sei der Verband mit fürchtbaren Verleumdungen gegen ihn, den Angeklagten, vorgegangen; deshalb habe er Schneider verklagt. Wegen dieser Anklage sei der Haß gegen ihn losgegangen; es habe sich ein Komplott gegen ihn gebildet, um ihn von seinem Posten zu entfernen und die Arbeitsvermittlung in die Hände der Gesellen zu bringen. Ob sei von den Gesellen behauptet worden, er habe sich betrunken lassen; aber es sei nicht erwiesen worden. Er habe sich als Sprechmeister nichts zuschulden kommen lassen, habe kein Geld angenommen, nur durch ein Komplott sei er auf die Anklageband gekommen. — Der Präsident hält dem Angeklagten vor: Es haben doch etwa ein Duzend Leute in den früheren Prozessen geschworen, daß sie Ihnen Geld gegeben haben. Sollen denn alle diese Zeugen aus Parteilichkeit Meineid geschworen haben?

Verteidigungsantrag.

Nachdem die Vernehmung des Angeklagten beendet war, beantragte Rechtsanwalt Loewe die Ladung eines Vätermeisters in Hannover, der befunden soll, bei dem früheren Sprechmeister Wolte seien Bestechungen an der Tagesordnung gewesen. Wolte habe sich mit schriftlichen Arbeiten nicht behelfen können. Deshalb habe ihn deshalb bei Erledigung der Schreibarbeiten unterrichtet und dafür einen Anteil von den Bestechungsgeldern erhalten. Dies sei wichtig, weil der Gesellenführer Hehschold im Vordergrund der Bewegung gegen Vogel stehe.

Hierauf beginnt die

Schweidenaufnahme.

Obermeister Mikewille befindet: Schon im Jahre 1891 sind dem Innungsvorsitzenden Mitteilungen zugegangen, des Inhalts, daß Arbeitssuchende versucht hätten, den Sprechmeister Vogel zu bestechen. Auch in den folgenden Jahren seien Bestrebungen über Bestechungen Vogels eingegangen. Der Innungspräsident habe die Bestechungen untersucht; es sei festgestellt worden, daß dieselben unbegründet sind. Nach dem Prozeß Schneider, wo etwa 10 Zeugen befragt worden, habe die Vogel mit Erfolg bestochen haben, hat der Innungspräsident ein Disziplinarverfahren gegen Vogel eingeleitet; es sei aber nichts für Vogel Belastendes festgestellt worden. Die Zeugen aus dem Prozeß Schneider hat der Innungspräsident in seinem Disziplinarverfahren nicht vernommen. Auf mehrfache Fragen erklärt der Zeuge schließlich, es könne doch sein, daß zwei von den Zeugen aus dem Prozeß Schneider von der Innung vernommen wurden.

Lepshinski, ein früherer Bädereigefelle, hat im vorigen Prozeß gegen Vogel gesagt, er habe im Februar 1890 Vogel 10 Mark gegeben und dafür nach einigen Tagen Arbeit bekommen. In jenem Prozeß wurde festgestellt, daß Vogel erst im Oktober 1890 Sprechmeister geworden. Jetzt gibt Lepshinski an, er habe nach dem vorigen Prozeß Radfahrerkontrollen angestellt und sich dadurch überzeugt, daß er sich in der Zeit getreu habe. Die Behauptung, daß er Vogel 10 Mark gegeben hat, hält der Zeuge trotz eingehender Fragen mit aller Bestimmtheit aufrecht, nur auf die Zeit und auf die Nebenstände könne er sich nicht mehr besinnen. Ferner gibt er an, er habe später noch einmal 6 Mark per Post an Frau Vogel geschickt, das Geld sei ihm aber zurückgeschickt worden. Zur Bekräftigung seiner Aussage gibt der Zeuge an, er habe zu jener Zeit im Lokal des Arbeitssuchenden zu Vogel gesagt: „Sie alter Gauner, Sie Schieber, Sie geben ja bloß Arbeit aus, wenn man Ihnen Geld gibt.“ Wegen dieser Äußerung habe Vogel nichts gegen den Zeugen unternommen.

Zeuge Rechner gibt an, er habe Vogel im Jahre 1895 per Post 10 Mark geschickt. Im Oktober desselben Jahres habe er Vogel persönlich 10 Mark gegeben, die Vogel in die Westendstraße brachte.

Zeuge Götze hat seiner Angabe nach im Jahre 1895 einem Schankwirt Krüger, in dessen Lokal viele Bädereigefellen verkehrten, 5 Mark gegeben, die zur Bestechung Vogels bestimmt waren. Der Zeuge ist in Gesellschaft von Krüger und noch einem Dritten zu Vogel gegangen, und bei dieser Gelegenheit sei Vogel das Geld gegeben worden. — Der als Zeuge vernommene Schankwirt Krüger kann sich auf diesen Vorfall nicht besinnen, gibt aber die Möglichkeit des Beselben zu.

Zeuge Reine hat im Jahre 1893 gehört, wenn man Arbeit haben will, müsse man Vogel schmeicheln. Er ist dann in Vogels Wohnung gegangen, hat 20 Mark und ein halbes Duzend Zigaretten auf den Tisch gelegt. Vogel wollte dem Zeugen folgende Arbeit geben; der Zeuge lehnte das aber ab, weil es zu auffällig sei. Erst nach einigen Monaten habe er Arbeit bekommen, nachdem er in der Zwischenzeit als Bauarbeiter beschäftigt war. Später hat der Zeuge Pfefferkuchen und Torten an Vogel geschickt. Der Zeuge gibt an, er habe die 20 Mark in der Küche Vogels auf den Küchentisch gelegt, und Vogel habe während des ganzen Vorganges auf dem Sofa gelegen. — Vogel behauptet, er habe nie ein Sofa in der Küche gehabt. — Infolge dieses Widerspruchs richtete die Verteidigung, der Staatsanwalt und einige Geschworene eine Reihe von Fragen an den Zeugen. Durch Vernehmung eines anderen Zeugen wird festgestellt, daß in Vogels Küche kein Sofa stand, daß aber der Eingang in die Wohnung durch die Küche führte. Nach dieser Aufklärung befragte der Zeuge Reine seine Aussage dahin, er könne nicht mehr mit Sicherheit sagen, daß sich der Vorfall in der Küche abgespielt. Den einfachen Tisch, auf dem er das Geld legte, habe er jedenfalls für einen Küchentisch gehalten. Mit aller Bestimmtheit bleibt der Zeuge dabei, daß er Vogel 20 Mark gegeben habe. Aus der Fragestellung eines Geschworenen an den Zeugen Reine geht hervor, daß der Geschworene es für unwahrscheinlich hält, daß Vogel angeht, daß auf den Tisch gelegten 20 Mark auf dem Sofa liegen geblieben sein solle.

Nummer wurden zwei Zeugen vernommen, die ihr Zeugnis für die Unbestechlichkeit Vogels freiwillig angeboten. Der erste dieser Zeugen, Bädereigefelle Krüger sagt aus, er sei 1891 als Ausgelernter nach Berlin gekommen, habe sich bei Vogel einschreiben lassen und ihm 15 Mark hingelegt. Vogel habe das Geld zurückgewiesen mit den Worten: „Mein Sohn, hier kostet es nur 50 Pf.“ (Das ist die stamtmännliche Gebühr.) Der andere Leumundzeuge, Stadtschreiber Richter aus Janow i. Pomern, ist 1892 oder 1893 als Bädereigefelle nach Berlin gekommen. Damals wurde allgemein davon gesprochen, daß Vogel bestechlich sei. Auf der Herberge — gibt der Zeuge an — verabredeten sich eine Anzahl Gefellen, Vogel auf die Probe zu stellen. Zwei oder dreimal gingen infolgedessen einige Gefellen zu Vogel und boten ihm Geld an, er habe es aber zurückgewiesen. Ob die an dieser Verabredung beteiligten Gefellen Verbandsmitglieder waren, weiß der Zeuge nicht. Er weiß auch nicht, daß damals eine gehässige Stimmung gegen Vogel bestand. Nun folgen wieder

verschiedene Belastungszeugen.

Bädereigefelle Hase hat 1892 versucht, Vogel zu bestechen. Dieser nahm das Geld zunächst nicht an, weil ihm der Zeuge fremd war. Später aber ist dem Zeugen die Bestechung Vogels gelungen. Im Jahre 1896 hat der Zeuge mehrmals Geld an Vogel persönlich gegeben und bald darauf Arbeit bekommen. Einmal sagte Vogel, er möchte gern in den Zirkus gehen. Da kaufte der Zeuge Billetts für sich sowie für Vogel und dessen Frau und sie gingen gemeinsam in den Zirkus. Das Eintrittsgeld hat Vogel nicht zurückgenommen, aber der Zeuge bekam einige Tage nach dem Zirkusbesuch Arbeit.

Angellagerter Vogel sagt, er habe keine Ahnung von diesem Vorfall. Er lasse sich nicht von Gefellen freihalten. Im Gegenteil, er habe oft bis zu 34 Mark an einem Abend aus seiner Tasche mit Gefellen vertrieben.

Zeuge Steinlopf befindet, er habe Vogel im Oktober 1897 mit 10 Mark und im November 1900 mit 15 Mark bestochen. Obwohl er nicht eingeschrieben war, habe ihm Vogel sofort Arbeit verschafft. — Die Verteidiger fuhren die Glaubwürdigkeit dieses Zeugen zu erschüttern. Sie halten ihm vor, er sei vom Bädereigefellen Wier entlassen, weil er dort Stollen entwendet habe. — Der Zeuge bestreitet das ganz entschieden. — Ferner wird der Zeuge befragt, ob er nicht vom Bädereigefellen Neubler entlassen worden sei, weil er dort Stollen entwendete und die in der Straßstraße stehenden „Damen“ damit traktiert habe und ob er nicht nach seiner Entlassung den Bädereigefellen Neubler wegen Uebertretung der Bädereigefellenordnung denunziert habe. — Beides bestreitet der Zeuge ganz bestimmt. — Der als Zeuge vernommene Bädereigefelle Neubler weiß aus eigener Kenntnis nichts von der Stuhlgeschichte, sie ist ihm von einem anderen Gefellen erzählt worden. Hinsichtlich der Denunziation gibt der Zeuge Neubler an, auf der Polizei sei ihm gesagt worden, Steinlopf habe ihn wegen Uebertretung der Arbeitszeit denunziert. — Zeuge Steinlopf bemerkt dazu, er habe den Meister nicht angezeigt. Aber es sei öfter ein Schutzmann in die Bäderei gekommen und habe ihn gefragt, wie lange am Sonntag gearbeitet werde. Diese Fragen habe er wahrheitsgemäß beantwortet. Das sei alles.

Zeuge Reife gibt an, er sei in Vogels Wohnung gegangen, um sich einschreiben zu lassen. Anwesend war nur Frau Vogel. Der Zeuge habe sein Buch und darunter ein Pfandzettelstück auf den Tisch gelegt und sich entfernt. Arbeit habe er allerdings erst nach zehn Monaten bekommen. — Zeuge Reife sagt, er habe vor zehn bis zwölf Jahren wenigstens zweimal je 5 Mark in eingeschriebenen Briefen an Vogel geschickt, aber erst nach mehreren Wochen Arbeit bekommen. — Ein Geschworener fragt, ob der Zeuge noch die Posteinlieferungscheine über die eingeschriebenen Briefe habe, so etwas habe man sich doch auf. — Der Zeuge hatte die Scheine natürlich nicht mehr. Er konnte doch nicht wissen, daß er dieselben nach zehn bis zwölf Jahren als Beweismittel für seine Glaubwürdigkeit vorzeigen solle.

Eine sehr sichere Aussage, die anscheinend auf allen Seiten Eindruck machte, gab der Zeuge Breitsprecher ab. Er hat im Jahre

1898 von Vogel eine Werkmeisterstelle in der Bäckerei des Outlets Dahlwitz erhalten. Der Zeuge glaubte, für eine solche Stelle müsse er sich besonders extensiv zeigen. Er sagte deshalb zu Vogel: „Ich bezahle das Sprechgeld später. Nach einigen Wochen ging der Zeuge dann zu Vogel und gab ihm 10 Mark, doch hatte er den Eindruck, daß Vogel noch mehr erwartet hatte. Der Zeuge hat in einem Zeitungsbericht über den Prozeß gegen Schneider gelesen, daß Vogel unter seinem Eide behauptete, er habe nie Zuwendungen von Gefellen angenommen. Da der Zeuge selbst die gegenteilige Erfahrung gemacht hat, so fühlte er sich verpflichtet, sich als Zeuge zu melden. — Angellagerter Vogel bezeichnete die Angabe auch dieses Zeugen als unwahr.

Doch der Eindruck, den dieser Zeuge machte, war derart, daß niemand an der Wahrheit seiner sehr sicheren Aussage zweifeln konnte. Wenn man an den Aussagen anderer Zeugen zweifeln möchte, weil sich der eine oder andere in nebensächlichen Dingen irrte, so war doch über die Aussage des Zeugen Breitsprecher nicht hinwegzukommen. Diese Aussage war für Vogel sehr gravierend. In diesem für den Angellagerten äußerst kritischen Moment kam Justizrat Sello auf die Idee: Das Statut des Arbeitssuchenden spricht nur von der Arbeitsvermittlung zwischen Bädereigefellen und Bädereimistern. Der Zeuge Breitsprecher hat aber nicht Arbeit bei einem Bädereimistern, sondern bei einem Gutsherrn bekommen. Von solchen Fällen steht nichts im Statut des Arbeitssuchenden, also war der Sprechmeister berechtigt, für die Arbeitsvermittlung an einen Gutsherrn und noch dazu nach außerhalb, höhere Gebühren zu nehmen, als die im Statut festgesetzt. — Dieser Gedankengang des Verteidigers war aus seinen Fragen und sonstigen Feststellungen zu erkennen. Fragen, welche einige Geschworene stellten, zeigten, daß die Idee des Justizrats Sello auch auf den Vätern der Geschworenen fruchtbaren Boden fand. Auch der Zeuge Obermeister Mikewille hält es nicht für statutenwidrig, wenn Vogel im Falle Breitsprecher höhere Vermittlungsgebühren genommen hätte. Obermeister Mikewille tat noch ein übriges und bestätigte die Behauptung des Angellagerten, daß er von den Verbandsgesellen mit besondrem Haß verfolgt werde. Der Verband wolle den Arbeitssuchenden in seine Hand bringen. Vogel sei die festeste Stütze der Innung, deshalb wolle ihn der Verband stürzen. — Der Angellagerte Vogel bekräftigte diese Angaben durch die Behauptung, die Verbandsgesellen trachteten ihm sogar nach dem Leben.

Zeuge Kalka gibt an, er habe Vogel im Jahre 1900 3 Mark gegeben und dafür bald Arbeit bekommen. — Zeuge Köppler sagt, er habe, als er bei Vogel Arbeit suchte, eine Flasche Kognak da gelassen.

Damit ist die Vernehmung der zu den zwölf Bestechungsfällen benannten Zeugen beendet. — Die folgenden Zeugen sind zur Entlastung des Angellagerten

geladen. Mehrere Zeugen bekunden, es sei ein allgemeines Gespräch gewesen, daß man Vogel Geld geben müsse, wenn man Arbeit bekommen wolle. Diese Zeugen gaben Fälle an, wo sie versucht, Vogel 10, 15, 20 Mark für Zuwendung von Arbeit zu geben, Vogel habe das Geld aber entschieden zurückgewiesen.

Schankwirt Lipski, ein früherer Bädereigefelle, will ebenfalls beobachtet haben, daß Vogel ein ihm angebotenes Pfandzettelstück zurückwies. Ferner erzählte Lipski eine Geschichte, die wie ein Kapitel aus Scherls Emporlesebibliothek anmutet. Er sagt: Es seien vor etwa drei Monaten mehrmals Leute zu ihm gekommen, die er nicht kennt. Sie hätten sich teils als Mitglieder des Bädereiverbandes, teils als Maurer ausgegeben, hätten ihn betrunken gemacht und ihm ein Schriftstück zur Unterschrift vorgelegt. Die Unbekannten hätten von ihm verlangt, er solle vor Gericht aussagen, daß er früher als Bädereigefelle den Sprechmeister Vogel bestochen habe. Der Zeuge habe aber den Leuten gesagt: „Ausgeschlossen. Mit solchen Sachen laßt mich zufrieden. Für den Verband gehe ich nicht ins Zuchthaus. Die Unbekannten hätten auch zu dem Zeugen gesagt, er solle zu ihnen halten, dann würden sie auch in seiner Schankwirtschaft verkehren. — Nachdem er dies Verlangen abgelehnt habe, seien viele seiner Gäste ferngeblieben. Die Kundschafft der Bäder aus der Brotfabrik von Kunz u. Ko. sei er infolgedessen losgeworden. — Staatsanwalt Kalka hält dem Zeugen Lipski vor, daß er diese Vorfälle, die vor drei Monaten passiert sein sollen, ja schon viel früher, nämlich im Prozeß Schneider, wenn auch nicht so ausführlich, erzählte. Auf eine Frage des Staatsanwalts gibt der Zeuge zu, daß er etwas schwach im Kopf sei. Das wird übrigens auch durch das Aussehen und Benehmen des Zeugen Lipski bestätigt.

Zwei weitere Zeugen gaben an, daß sie vor Jahren bei Vogel sein Glück mit Bestechungsversuchen hatten, ihr Geld sei zurückgewiesen worden.

Um 6 1/2 Uhr wurde die Verhandlung auf heute vormittag verlagert.

Parlamentarisches.

Anträge der sozialdemokratischen Fraktion. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in Verfolg der bei der Interpellation über das Kaiser-Interview vom Genossen Singer den bürgerlichen Parteien gegebenen Anregungen nunmehr selbst folgende Anträge eingebracht:

1. Einen Antrag, durch den Artikel 11 der Reichsverfassung geändert wird. Während nach Artikel 11 die Erklärung des Krieges durch den Kaiser erfolgt, zur Erklärung aber die Zustimmung des Bundesrates erforderlich ist, es sei denn, daß ein Angriff auf das Bundesgebiet oder dessen Küsten erfolgt, verlangt der sozialdemokratische Antrag auch die Zustimmung des Reichstages.

2. Ein weiterer Antrag verlangt, den Artikel 17 der Reichsverfassung durch ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz, wie es bereits im Jahre 1900 von der sozialdemokratischen Fraktion vorgelegt wurde, zu ergänzen. (Auszug aus dem Text siehe im Hauptblatt.)

3. Während zurecht nach der Geschäftsordnung des Reichstages der Präsident nach Eingang von Interpellationen mit der Anfrage, ob und wann der Reichslanzler sie beantworten wolle, dem Reichslanzler eine Abschrift der Interpellation übermitteln und die Besprechung erst auf die Tagesordnung setzt, wenn der Reichslanzler die Antwort erteilt hat, wann oder daß er nicht zu antworten gedenke, verlangt ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, daß die Interpellationen unter allen Umständen auf die Tagesordnung einer der nächsten drei Sitzungen nach Einbringung der Interpellationen zu setzen ist. Während ferner die zurzeit geltende Geschäftsordnung es ausschließt, daß sich an die Besprechung einer Interpellation Anträge knüpfen, verlangt der sozialdemokratische Antrag die Zulassung von Anträgen, falls solche von 30 Mitgliedern unterstützt werden.

4. Gleichfalls auf dem Gebiete der Geschäftsordnung betragt sich ein Antrag, der dem Uebelstand entgegenzutreten will, daß zurzeit ein Bundesratsvertreter außerhalb der Tagesordnung das Wort ergreifen kann, ohne daß eine Diskussion über seine Ausführungen stattgefunden ist. Der Antrag will die Diskussion zulassen.

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses beschloß am Freitag vor Eintritt in die Tagesordnung die Abänderung eines Beileidsgramms an den Generaldirektor Zanfen in Hamm wegen des kürzlich erfolgten Todes seiner Frau durch einen Unfall.

Die sodann fortgesetzte Beratung der Beobachtungsausschüsse bezog sich auf die Beamten der Klasse 21 (Gehalt 2100 bis 4500 Mark). Es wurde beschlossen, die Bureaubeamten beim Statistischen Landesamt in eine höhere Klasse zu versetzen und ihnen 2100 bis 5000 Mark Gehalt zu geben. Recht lebhaft wurde die Debatte bei der Erörterung eines Antrags auf Gewährung von Stellenzulagen in Höhe von je 300 Mark an die Kreissekretäre. Der von einer Seite

gemachte Hinweis auf die politische Tätigkeit dieser Beamten, die angeblich stark überlastet sind, in Wirklichkeit aber Zeit genug haben, konterkarative Wahlarbeit zu verrichten, brachte die Antragsteller in Garnisch; sie erklärten, daß sie sich lediglich von sachlichen, die Gegner dagegen von politischen Motiven leiten ließen. Schließlich wurde der Antrag, dem auch Unterstaatssekretär Domböis namens der Regierung widersprach, mit 18 gegen 15 Stimmen abgelehnt.

Gleichfalls abgelehnt wurde ein Antrag auf eine Aufbesserung der Gehälter der Polizeikommissare bei den Polizeiverwaltungen in den Provinzen über die von der Regierung vorgeschlagenen Sätze hinaus. Dagegen wurden die Polizeikommissare, für die 2100 bis 4500 Mark vorgegeben waren, mit einem Gehalt von 2400 bis 4800 Mark bedacht. Unterstaatssekretär Domböis erklärte sich, während er sonst stets alle Abänderungen der Regierungsvorlage bekämpfte, mit einer Verringerung dieser Beamtenkategorie einverstanden.

Bei der Besprechung einer Petition der Berliner Kriminalkommissare machte der Vertreter des Ministers des Innern die interessante Mitteilung, daß vor Jahren im Anschluß an den Sternberg-Prozeß, als es sich herausgestellt hatte, daß die Beamten den an sie heranretrenden Verurteilten nicht immer Widerstand leisteten,

ein Fonds von 100 000 Mark

zur Unterstützung von Kriminalkommissaren bei der Polizeiverwaltung in Berlin und Umgegend, zu Belohnungen für erwiderte Verbrechen, zu Mietsbeihilfen und dergleichen auszuweisen wurde! Er teilte weiter mit, daß die Kriminalkommissare vielfach auch von Privatpersonen, die von Verbrechen betroffen werden, Belohnungen erhalten! Von verschiedenen Rednern wurde eine wesentliche Erhöhung des Fonds und seine Ausdehnung auf die Polizeileutnants angeregt; ein entsprechender Antrag wird bei der Staatsberatung gestellt werden. Ein Mitglied der Kommission wies darauf hin, daß die Kriminalkommissare in Berlin vielfach unnütze Arbeit verrichten, da die Staatsanwaltschaft, sobald bei ihr eine Denunziation einläuft, die Polizei mit den ganzen Vorermittlungen beauftragt. Es wurde verlangt, daß diesem unwürdigen Zustande, der das Ansehen der Justiz schädigt, ein Ende gemacht wird. Einer Erhöhung des Gehalts der Kriminalkommissare widersprach Unterstaatssekretär Domböis mit der Motivierung, daß diese Beamten reichliche Nebenbezüge haben. Ein Antrag auf Aufbesserung der Gehälter der Polizeileutnants und Kriminalkommissare in Berlin und Umgegend wurde für die zweite Sitzung angehängt.

Nächste Sitzung: Sonnabend.

Die Lehrerbildungskommission des Abgeordnetenhauses begann ihre Beratung am Freitag mit der Frage der Festsetzung des Grundgehalts. Dabei wurde auch die Frage aufgeworfen: ob es nicht erstrebenswert sei, Einrichtungen zu treffen, um eine Ueberföderung der Lehrer aus der Stadt nach dem Lande zu ermöglichen. Seitens der Regierung wurde dazu bemerkt: Wir wollen gar keine Lehrer aus der Stadt nach dem Lande haben; die können wir dort ja gar nicht brauchen. Schaffen Sie doch Seminare und beseitigen Sie dadurch den Lehrermangel, dann wird auch die Landflucht der Lehrer aufhören. — Demgegenüber wurde von freisinniger Seite darauf hingewiesen, daß heute schon die Qualität der Schüler in den Präparandenanstalten so minderwertig sei, daß bei der letzten Prüfung nicht weniger als 1837 Prüflinge durchgefallen seien! Bei den jetzigen Gehaltsverhältnissen komme sehr viel minderwertiges Material nach den Anstalten, die übrigens nur deswegen so gefüllt seien, weil jeder, der sich meldet, aufgenommen werde.

Nachdem der Finanzminister auf Befragen die ganz bestimmte Erklärung abgegeben hatte, daß die Regierung einer Erhöhung des Grundgehalts auf 1500 Mark nicht zustimmen würde, beschloß die Kommission einstimmig, das Grundgehalt auf 1400 Mark festzulegen, also 60 Mark höher als die Regierungsvorlage.

Gerichts-Zeitung.

Loßspiegel gegen Gastwirte.

Der Schankwirt Wittenhausen aus Rummelsburg war vom Schöffengericht Berlin-Mitte zu 6 M. Geldstrafe verurteilt worden, weil er über die Polizeistunde hinaus Gäste in seinem Lokal gebudelt habe. Auf die von ihm eingelegte Berufung fand am Freitag die Hauptverhandlung vor dem Landgericht I statt.

Zu dieser waren u. a. der frühere Schlichter jetzige Drechsler Hermann Kaupisch in Rixdorf und die Schulpfänger Anders und Schmidt, beide in Lichterberg, als Zeugen geladen.

Kaupisch bestritt, er sei in der fraglichen Nacht von den beiden Schulpfängern angehalten und gefragt worden, ob er Dursch habe. Als er das bejahte, hätten sie ihm 10 Pf. gegeben und ihm gesagt, er solle nach dem schon geschlossenen Lokal des Angeklagten gehen und sehen, daß er dort noch ein Glas Bier bekäme. Er hätte das dann getan und habe auch das Glas Bier erhalten und bezahlt. Der Schankmann Anders bestritt die Darstellung des Kaupisch und bemerkte nur, daß nicht er, sondern sein Kollege Schmidt Kaupisch die 10 Pf. gegeben habe. Von der Vernehmung des Schmidt wurde unter diesen Umständen Abstand genommen.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Liebmann, wies darauf hin, daß den Zeugen Loßspiegel der schlimmsten Art zur Last falle, und daß man mit Rücksicht auf die sittliche Minderwertigkeit, die sich aus ihrem Verhalten ergebe, einen Beweis gegen den Angeklagten nicht für ausreichend geföhrt erachten könne. Er bat deshalb um Freisprechung. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft erklärte, den Ausführungen der Verteidigung bezüglich des Verhaltens des Zeugen beizutreten zu müssen. Es sei nicht anständig gewesen, was die Zeugen getan hätten, trotzdem könne man ihnen nicht allen Glauben versagen. Er beantragte Verurteilung der Berufung. Das Gericht erkannte seinem Antrage nach. Zur Begründung führte es aus, daß das Verhalten der Zeugen auch nach Ansicht des Gerichts keinesfalls zu billigen sei. Trotzdem könne man nicht so weit gehen, ihnen jede Glaubwürdigkeit abzuspöchen.

Unschuldig verurteilt und hingerichtet.

Im Jahre 1906 wurde in Gießen ein Handwerksbursche zum Tode verurteilt und hingerichtet. Auf Grund eines Indizienbemeides war angenommen, der Verurteilte habe den Pfarrer Goll betäubt und ermordet. Vor wenigen Wochen wurde mitgeteilt, ein in Holland lebender Deutscher habe auf dem Sterbebett das Geständnis abgelegt, daß er der Raubmörder gewesen, jener Handwerksbursche also unschuldig hingerichtet worden sei. Auch mehrere dem Pfarrer geraubte Opfergeräte lieferte er aus. Seit der Einrichtung des Unschuldigen habe er keine Ruhe mehr gefunden. Um sein Gewissen zu befreien, sei er zu dem Geständnis bezogen worden. — Von amtlicher Stelle aus ist diese Darstellung bislang nicht bestritten. Sie muß also als wahr gelten. Der danach vorliegende Justizmord ist ein klarer Beweis gegen die Institution der Todesstrafe und wirkt auch ein bezeichnendes Licht auf die Mangelhaftigkeit unserer Justizpflege.

Eingegangene Druckschriften.

Die Feiden der anderen. Roman von G. Riche. 1. und 2. Band. Verlag: S. Witten. Dresden und Leipzig.
Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. 1. und 2. Band. 1908. Verlag: Zentralverband deutscher Konsumvereine in Hamburg, Behnenbörcher 52.
Herberis. Eine Pflanzenart. Von A. Kiemann. Gef. 3 Mark, geb. 4 Mark. Verlag: A. Wandersing in Regensburg.
Geschichtsbericht 1907/08 des Konsumvereins 2. Plagwitz. 32 Seiten. Selbstverlag.
„Deutsche Rundschau für Geographie und Statistik.“ Heft 2. Herausgegeben von Prof. Dr. Fr. Umlauf. U. Quellens Verlag in Wien. Jährlich 12 Hefte zu 1,15 Mark.
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Protestversammlung gegen die Brausteuererhöhung.

Am Montag, den 16. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr

findet in Berlin im

Zirkus Busch

eine

Allgemeine Protest-Versammlung

157

des gesamten Bran- und Gastwirtsgewerbes der Norddeutschen Brauenergemeinschaft statt, einberufen durch den Schühverband der Branereien der Norddeutschen Brauenergemeinschaft und verwandter Gewerbe in Verbindung mit dem Reichsverband deutscher Gastwirtsverbände, sowie dem Verbands der Gastwirte von Berlin und der Provinz Brandenburg, dem Verbands der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands und dem Norddeutschen Gastwirteverbande, Sitz Hamburg.

Für alle an der Herstellung und dem Vertriebe von Bier beteiligten Kreise erfordert es die Pflicht der Selbsterhaltung, daß ein jeder an dieser Protestkundgebung teilnimmt!

≡ Anderer Unternehmungen wegen ≡

soll das

Kaufhaus für Gelegenheitskäufe

Königstrasse 33 vorm. Pfingst & Co. Königstrasse 33

radikal und schleunigst ausverkauft werden.

Die Bestände sind einer abermaligen Herunterzeichnung unterzogen worden. Es sollen in der Hauptsache **nur die vorhandenen Vorräte** geräumt werden!

Einige Beispiele der enormen Billigkeit führen wir an:

Ein Posten Kleider-Velours
neueste Dessins, Wert bis 75 Pf. . . . Mtr. 38 Pf.

Elegante Tüllbluse mit Spachtel-Einsatz
in verschiedenen Ausführungen
Wert bis M. 15.— 5,95

Elegante Sammetbluse
in den neuesten Streifen u.
sparten Ausführungen, Wert bis M. 20.— 9,85

Damen-Schnürstiefel pa. Boxcalf 5,95

Herren-Schnür- u. Zugstiefel 5,95
pa. Boxcalf und Wichsleder

Gummischuhe

f. Herren	f. Damen	f. Mädchen	f. Kinder
Gr. 40—47	Gr. 36—42	Gr. 29—35	Gr. 22—28
2,65	1,95	1,75	1,45

1 Posten
Damen-Tricot-Handschuhe
mit 2 Druckknöpfen Paar 35 Pf.

5000 Pa.-Herren-Normal-Hemden
und Hosen Wert bis 2,50 1,25

1 Posten Damen-Strümpfe Paar 38 Pf.
Wolle plattiert

Steife Herren-Hüte 1,78

Weisse reins. Kragenschoner 88 Pf.

Ein Posten pa. Hosenträger 82 Pf.

Bett-Damast od. Dimiti
Klassenbreite Mtr. 55, 65, 85 Pf.

Bett-Damast od. Dimiti
Deckenbreite Mtr. 88, 105, 140 Pf.

Laken-Halbleinen ganze Breite Mtr. 75, 85, 95 Pf.

Hemdentuch Mtr. 17, 28, 35 Pf.

Seidenband-Taffet in allen modernen Farben, 11 cm breit 22 Pf.

Küchen-Überhandtücher gestickt 88 Pf.
Stück

Küchen-Kante gehäkelt Mtr. 35 Pf.

Jafa-Stoff 170 cm breit, in allen Farben . 95 Pf.

Corsetts zum Aussuchen Stück 75 Pf.

Besonders preiswert!

Herren- u. Knaben-Konfektion

bestehend aus

Herren-Paletots, Herren-Jakett-

Anzüge, Herren-Joppen etc. etc.

Der Verkauf beginnt Sonnabend, den 14. November 1908, vormittags 10 Uhr.

Alexander Cohn.

Ein Akt des „Terrorismus“.

Ein Mitgliedern des Zentralverbandes der Zimmerer wurde ein Akt des Terrorismus zur Last gelegt, die im Betriebe des Zimmermeisters Karl Schulze zu Trebbin an einem und demselben Tage einer nach dem andern ihre Entlassung genommen hätten.

Die ganze Affäre lag schon ziemlich weit zurück, sie spielte bereits Anfang Mai 1906. Wie sie zur Kenntnis der Behörden gelangt ist, wurde vor Gericht nicht aufgeführt. Es scheint, daß nach dem Ausschließen der elf „Expresse“ aus dem Schulze'schen Betriebe ein von Schulze eingereichtes Gesuch um Bestätigung von Sonntagsarbeit dem Landratsamt zum Anlaß geworden ist, sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen.

Der Bericht erklärten alle Angeklagten sich für nicht schuldig. Alle bestritten auch, daß ein förmlicher Beschluß gefaßt worden sei, bei Schulze aufzutreten, wenn die beiden Jergang dem Verband fernblieben. Schneider, einer der vermeintlichen „Mädelsführer“, gab eine eingehende Darstellung der Umstände, auf die der Streit zurückzuführen war.

Die Beweisnahme begann mit der Vernehmung der Gebrüder Jergang. Oskar Jergang bekundete, nach seinem Austritt sei zwischen ihm und den Kollegen das Verhältnis nicht mehr so freundlich wie früher gewesen, aber keiner habe ihn deshalb beschimpft oder bedroht. Als am 4. Mai einige sich weigerten, mit ihm zu trinken, habe er das als einen Ausdruck ihrer Verachtung aufgefaßt.

Nach dieser Beweisnahme blieb dem Staatsanwalt nur übrig, selber die Freisprechung aller Angeklagten zu beantragen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Hugo Heinemann, schloß sich diesem Antrag an mit der Begründung, daß weder gegen die beiden Jergang selber noch gegen sie durch Vermittlung ihrer Arbeitgeber ein Zwang versucht worden sei und daß Oskar Jergang solchen Zwang gar nicht gefürchtet habe.

Aus der Partei.

Gemeindevahlen.

Die Stadtverordnetenwahlen in Frankfurt a. M. brachten unserer Partei einen glänzenden Sieg. Vier Mandate hat sie erobert und neun sozialdemokratische Kandidaten stehen in aussichtsreichen Stichwahlen. Die auf die sozialdemokratischen Kandidaten entfallende Stimmengahl stieg gegen 1906 von 6000 auf 10 400, also um rund 4000.

und Bleuel, in Niederrad der Genosse Sängemach, fünf Demokraten und zwei Nationalliberale. Einige Stichwahlen sind für die Sozialdemokratie sehr aussichtsreich. Besonders in Bockenheim, wo Genosse Emrich bei der letzten Wahl schon im ersten Wahlgang siegte.

Im Jahre 1906 war das Ergebnis der Wahl: Verdoppelung der sozialdemokratischen Fraktion (von drei auf sechs). Hohenheim nun die Stichwahlen, was die Hauptwahl begann, so wird diesmal die sozialdemokratische Fraktion mehr als verdoppelt aus dem Wahlkampf hervorgehen.

In Regensburg fielen bei den Gemeindevahlen auf die sozialdemokratische Liste 2458 Stimmen, auf die des Zentrums 19 800 und die der Liberalen 22 004. Ob die Sozialdemokraten einen Sitz im Rathause erhalten (was bei dem Proportionalwahlsystem, nach dem in Bayern gewählt wird, möglich wäre), wird sich erst nach der amtlichen Feststellung des Wahlergebnisses ergeben.

Der Deutsche Sozialistenklub „Vorwärts“ in Kristiania feierte vorigen Sonntag sein zehnjähriges Stiftungsfest. Da die Gründung des Klubs in eine Zeit fiel, wo gegen 1000 deutsche Arbeiter in Norwegens Hauptstadt beschäftigt waren, entwickelte sich der Klub anfangs sehr gut.

Gegenwärtig zählt der Klub etwas über 40 Mitglieder. In den verfloßenen zehn Jahren sind gegen 600 Genossen zugewandert. Die meisten reifen indes nach einigen Monaten schon wieder ab, da die Arbeitsverhältnisse nicht die günstigsten sind und die Versprechungen der normahellen Arbeitgeber nicht den Verhältnissen entsprechen.

Die Einnahmen des Klubs betragen im ersten Dezennium etwas über 18 000 Kronen und die Ausgaben etwas über 10 000 Kronen, so daß das Vereinsvermögen 8000 Kronen beträgt, die teilweise in der Bibliothek, in Inventar usw. angelegt sind. 400 Kronen stehen in der Arbeiter-Aktiendruckerei. Der Verein hat besonders in den ersten Jahren einen ziemlich umfangreichen Schriftenschatz gesammelt.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Eine für die Presse prinzipiell wichtige Entscheidung fällt am Dienstag das Schöffengericht zu Frankfurt a. M. Es handelte sich um die äußerst interessante Frage, ob der Redakteur über einen gegen ihn geführten Verleumdungsprozeß den Lesern wahrheitsgetreu berichten und auch die inkriminierten Stellen wiederholen darf, ohne sich einen erneuten Prozeß zuzuziehen.

Auf dem Hofe des Landwirts Müller zu Oberursel erging am 11. Juni ein trauriger Vorfall: Zwei Knechte waren in Streit geraten, der damit endete, daß der eine den anderen mit der Mistgabel totschlug. In der „Volksstimme“ wurde über diesen Fall berichtet. Es wurde betont, Müller behandle seine Leute nicht einwandfrei: junge Knechte, die er aus Galtzien habe importieren lassen, seien von ihm auf offener Straße mißhandelt worden.

Mit dieser moralischen Niederlage war Müller noch nicht zufrieden. Er strengte eine weitere Klage gegen Genossen Jander an. Die Verleumdungen sollen in dem ersten Gerichtsbericht enthalten sein, in welchem, wie schon erwähnt wurde, die inkriminierten Stellen rein referierend wiedergegeben wurden und nur zum Verständnis der Leser dienten.

Trotz der klaren Entscheidung des Reichsgerichts wurde Jander doch zu 50 M. Geldstrafe verurteilt.

In die Freiheit zurückgeführt ist nach Verhängung einer Strafe von fünf Monaten und einer Woche der Genosse Redakteur Leopoldi vom „Volksblatt“ in Halle. Leopoldi sollte durch seine Post, die er verhältnismäßig gut überstanden hat, die Ehre eines Postboten und anderer Leute reparieren.

Aufgehobener Urteil.

Wegen Verleumdung eines Richtersfalls war Genosse Redakteur Stahl vom „Norddeutschen Volksblatt“ verurteilt worden. Er hatte eine Notiz veröffentlicht, die über einen Zivilprozeß mit politischem Hintergrund berichtete. In der Notiz hieß es: „Die Klage wurde abgewiesen, was bei der preussischen Klassenjustiz nicht verwunderlich ist, handelt es sich doch um einen Professore.“

von den Lesern des Blattes nur in dem Sinne der objektiven, aber unbewachten Rechtsprechung verstanden würde. Das Gericht hatte diese Anträge abgelehnt, indem das, was sie beweisen sollten, als wahr unterstellt wurde. Dennoch las es aus der Notiz das Gegenteil des Beabsichtigten heraus.

Hohe Geldstrafen verhängen gegenwärtig die Hallenser Gerichte. Bekanntlich wurde der Genosse Redakteur Däumig vom „Volksblatt“ erst kürzlich wegen Preisvergehens zu der enormen Geldstrafe von 600 M. verurteilt, und vorgestern verhängte die Strafkammer wieder über ihn eine Geldstrafe von 600 M. eventuell 120 Tage Gefängnis, weil er einen Polizisten beleidigt haben soll.

Aus Industrie und Handel.

Kapitalistische Ordnung.

Wegen Wasserbeschwerden mußte die Betriebsanstellung der Zeche „Altendorf“ erfolgen. Das ist für die Aktionäre nicht angenehm, aber doch kein untragliches Unglück. Die Zechanlage ist nichts mehr wert, die Maschinen können als altes Eisen Verwendung finden — aber die Kohlenvorräte können zum Teil noch von anderen, benachbarten Zechen abgebaut werden.

Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft in Berlin. Für das Jahr 1907/08 betrug der Geschäftsgewinn 17 835 744 M. (i. V. 16 484 939 M.). Als Reingewinn blieben 15 931 211 M. (i. V. 14 868 175 M.). Die Dividende ist auf 12 Proz. bemessen. Aus Anlaß des 25-jährigen Bestehens der Gesellschaft erhält der Pensionsfonds eine besondere Zuwendung in Höhe von 1 Mill. Mark.

Feierschichten und Arbeiterentlassungen.

Nach einer Zusammenkunft der „Vergarbeiter-Revolution“ ist die Zahl der Zechen, auf denen im Oktober und Anfang November Feierschichten eingelegt wurden, schon recht groß. Die Feierschichten verteilen sich nicht nur auf den rheinisch-westfälischen Steinkohlenbezirk, sondern auch auf das mitteldeutsche Braunkohlenrevier. Auch Entlassungen größeren Umfangs werden vorgenommen: so sollen auf der Zeche „Abeimprensen“ von 12 000 Mann nicht weniger als 8000 gekündigt werden sein.

Verband des Stahlverbandes.

Der Verband des Stahlwerksverbandes an Produkten A betrug im Oktober 414 644 Tonnen Rohstahlgewicht gegen 439 688 Tonnen im Oktober 1907. Von dem Oktoberverband entfallen auf Holzzeug 142 678 Tonnen (120 014 Tonnen im Oktober 1907), auf Eisenbahnmateriale 181 874 Tonnen (188 908 Tonnen im Oktober 1907) und auf Formelein 110 597 Tonnen (129 621 Tonnen im Oktober 1907).

Berliner Maschinenfabrik A.-G., vorm. Schwarzkopff. Nach dem Rechenschaftsbericht ergab die Gesellschaft einen Gewinn in den Werken Wildau und Berlin von 6 536 394 M. (i. V. 5 705 765 M.). Dazu treten Zinsen, Pachten und Mieten 169 618 M. (i. V. 218 064 M.) und der Vortrag mit 12 078 M., zusammen 8 718 109 M. (gleich 5 900 549 M. inkl. 26 435 M. aus Patentverkauf).

Der englische Außenhandel.

London, 9. November. Die amtliche Handelsstatistik für Monat Oktober bringt weitere Belege für die Wirtschaftskrise, in der sich England befindet. Verglichen mit dem gleichen Monat des Jahres 1907 zeigt der Berichtsmonat folgendes Bild: Einfuhr im Werte von 50 748 980 Pfund Sterling, oder eine Abnahme von 6,9 Millionen; Ausfuhr im Werte von 83 007 589 Pfund Sterling, oder eine Abnahme von 5,8 Millionen.

Aus der Frauenbewegung.

Für das Frauenstimmrecht.

Die Ortsgruppe Berlin für Frauenstimmrecht hielt am 11. November in den Industrieversalen eine Versammlung ab, in der folgende Resolution mit allen Stimmen gegen die eines Mannes angenommen wurde.

Die am 11. November in den Industrieversalen, Weuthstr. 19/20, tagende Versammlung erklärt das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für beide Geschlechter als die einzige Verfassungsform, die dem kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklungsstand des deutschen Volkes entspricht.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Lichtenberg, Montag, den 16. November, 8 1/2 Uhr: Öffentliche Frauenversammlung im großen Saale „Schwarzer Adler“, Frankfurter Chaussee 5. Vortrag der Genossin Wurm: Die Frau und der Sozialismus. Die Teilnahme der Männer an dieser Versammlung ist erwünscht.

Öffentliche politische Versammlungen.

Verband der Sattler.

Ortsverwaltung Berlin.

Sonntag, 15. November, mittags 1 Uhr, im Gewerkschaftshaus (großer Saal), Engelstr. 15:

Gr. öffentl. Militärsattler-Versammlung.

Tages-Ordnung:

- Der deutsche Reichstag, das Kriegsministerium, das koalierte Unternehmertum in der hiesigen Militärsattlerindustrie und die Lage der Militärsattler. Referent: A. Niesel.
 - Welche Maßnahmen sind jetzt zu ergreifen.
 - Verchiedenes.
- Kollegen! Erscheint in dieser Versammlung Mann für Mann. Die Ortsverwaltung des Verbandes der Sattler.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Montag, den 16. November 1908, abends 8 Uhr:

Öffentliche

Musikinstrumentenarbeiter-Versammlung

im „Gewerkschaftshaus“ (großer Saal), Engelstr. 15.

Tages-Ordnung:

- Die Gewerbegerichtswahlen. Referent: Stadtvorordner Adolf Ritter.
 - Die Zustände in der Pianofabrik von Bogs u. Voigt.
 - Verchiedenes.
- Um zahlreiches Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen, ganz besonders auch der nichtorganisierten, ersucht.
- Die Branchenleitung des Holzarbeiter-Verbandes.
- NB. Die Inhaber der Firma Bogs u. Voigt sind zu dieser Versammlung brieflich eingeladen.

Konsum-, Produktiv- u. Sparverein Zehlendorf und Umgegend.

Sonntag, den 22. November 1908, nachmittags 3 Uhr, im Lokale von W. Wiek, Karlsruh. 12:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

- Geschäftsbericht.
 - Beschlussfassung über Verteilung des Reingewinns.
 - Statutenänderung, u. a. Gewährung von Rabatt.
 - Wahl zum Vorstand und Aufsichtsrat.
- Anträge sind laut § 13 des Statuts einzureichen.
- Der Ausschussrat. 129/4
- Otto Hekel. Otto Steinborn.

Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.

Ordentliche Generalversammlung

am Sonntag, den 29. November 1908,

vormittags pünktlich 11^{1/2} Uhr

im großen Saale des Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15.

Tages-Ordnung:

- Mitteilungen des Vorstandes.
 - Wahl von drei Vorstandsmitgliedern für die Jahre 1909-1911 (1 Arbeitgeber, 2 Arbeitnehmer).
 - Wahl des Rechnungsprüfungsausschusses für das Jahr 1909.
 - Verchiedenes.
- Die Mitglieder der Generalversammlung werden ersucht, über die Angelegenheiten, welche sie event. zur Sprache bringen wollen, der Kassenverwaltung bis 25. November 1908 Mitteilung zu machen, damit das einschlägige Material zur Stelle geschafft werden kann. — Bis zu diesem Tage nicht gemeldete Angelegenheiten können nicht verhandelt werden.
- Der Vorstand: J. Blenz, Vorsitzender. Otto Wozitzi, Schriftführer.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Col. I. Amt 3, 1239. Charitstraße 3. Col. III. Amt 3, 1287.

Achtung! Arbeitslose Mitglieder.

Die Auszahlung der Arbeitslosen-Unterstützung findet des Bußtages wegen in folgender Weise statt:

Die Kollegen, deren Woche vom 11.—17. lautet, geben Buch und Karte am Montag, den 16., ab und erhalten Dienstag, den 17., Unterstützung.

Die Kollegen, deren Woche vom 12.—18. lautet, geben Buch und Karte am Dienstag, den 17., ab und erhalten Donnerstag, den 19., Unterstützung.

Die Metallarbeiter-Notiz-Kalender für 1909 sind erschienen und zum Preise von 60 Pf. pro Stück im Bureau und bei allen Bezirkskassierern zu haben.

Wahllegitimationen für die Gewerbegerichtswahlen sind im Bureau zu haben.

Die Ortsverwaltung.

124/17

Schirm-Fabrik. H. Cherdron Schirm-Klinik.

Gr. Frankfurter Straße 128

an der Koppenstraße.

!Konkurrenzlos!

ca. 500 Damen- und Herren-Schirme.

Prima Halbseide Reg. Wert jetzt Mk. 4.75

mit Futteral Mk. 7.—

4.75

Futteral

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter

Bureau: Rudolfstr. 10 I. Ortsverwaltung Berlin. Fernspr. Amt III 4518.

Sonntag, den 15. November, nachmittags 1/2 Uhr, in Keller's Festsaal (Inh. Freyer), Koppenstr. 29:

Protest-Versammlung gegen die von der Reichsregierung geplante Brausteuer!

Hierzu sind sämtliche in den Brauereien Groß-Berlins beschäftigten Arbeitnehmer aller Kategorien eingeladen!

Tages-Ordnung:

- Die neue Brausteuer, eine wirtschaftliche Gefahr für die Brauereiarbeiter. Referent: Reichstagsabgeordneter, Genosse Adolf Geck.
 - Diskussion.
- Kollegen! Agitiert für einen Massenbesuch dieser Versammlung und bringt die unorganisierten Kollegen mit in diese Versammlung. Kein Mann darf fehlen.
- Die Versammlung wird pünktlich eröffnet!

Die Ortsverwaltung.

44/7*



Elegante

Preiswerte

Paletots und Ulster

in allen Größen fertig am Lager

Herren-Paletots

- Ser. I Dunkel melierter Cheviot mit farbigen Streifen 12 M.
- Ser. II Marengo Cheviot, sehr solide Qualität 14 M.
- Ser. III Dunkelgrau mel. Cheviot mit braunl. u. grünl. Streifen 17 M.
- Ser. IV Mittelgrau mel. Cheviot m. dunkl. Streif. vorn i. Trag. 20 M.
- Ser. V Dunkelbraun mel. Cheviot m. farb. Effekten, sehr modern 23 M.
- Ser. V Schwarzgrau mel. Cheviot mit feinen dunklen Streifen 23 M.
- Ser. VI Dunkelgrau mel. Cheviot m. br. Fischgr.-Must., sehr eleg. 26 M.
- Ser. VI Eskimo schwarz u. dunkelgrau meliert vorzügl. Qualität 26 M.
- Ser. VII Mittelgrau mel. Cheviot m. dunkl. Streif., sehr elegant 30 M.
- Ser. VII Braun mel. Cheviot mit br. Fischgr.-Must., sehr mod. 30 M.
- Ser. VIII Eskimo-schwarz und grau mel., besond. gute Qual. 33 M.
- Ser. VIII u. s. g. mel. Cheviot, Ia Qual., bes. zu empfehl. 33 M.
- Ser. IX Olivbrauner Cheviot mit grünlich. Streifen, neue Farbe 38 M.
- Ser. IX Dunkl. u. mittelgr. u. mel. Chev. m. sohm. u. br. Str. a. eleg. 38 M.
- Ser. X Eskimo, schw. u. grau mel. Ia Qual., besond. zu empfehl. 43 M.
- Ser. X Marengo - Cheviot mit dunklen Streifen, sehr elegant 43 M.
- Ser. XI Dunkelgrau mel. Chev. m. br. Streif. u. br. Effkt., Ers. f. V. 48 M.
- Ser. XI Schw. Eskimo, m. Seide durchw., erstkl. Fbr., Ers. f. V. 48 M.
- Ser. XII Dunkelgrau mel. Chev. m. dkl. Str., sehr elegant, erstkl. Ausst., vollk. Ers. f. V. 53 M.

Herren-Ulster

- Ser. III Dunkelgrau mel. Cheviot mit braunlichen Streifen 17 M.
- Ser. IV Braun mel. Cheviot mit breitem Fischgrätenmuster u. dunklen Streifen, sehr modern 20 M.
- Ser. IV Grau mel. Cheviot m. farb. Effekten, sehr elegant. 20 M.
- Ser. V Olivbrauner Cheviot mit grünl. Effekt, neueste Farb. 23 M.
- Ser. V Mittelgrau mel. Chev. mit breiten Streifen, vorn i. Trag. 23 M.
- Ser. VI Braun mel. Cheviot mit feinen Streifen 26 M.
- Ser. VI Grau mel. Chev. m. breit. Fischgrätenmuster, sehr eleg. 26 M.
- Ser. VII Dunkelgrau mel. Chev. m. farb. Eff., besond. z. empfehl. 30 M.
- Ser. VII Olivbrauner Cheviot m. breit. Streifen, neueste Farbe 30 M.
- Ser. VII Mittelgrauer Chev. mit grünl. Effekt, vorzügl. Qual. 30 M.
- Ser. VIII Dunkelgr. m. L. Chev. m. br. Fischgrätenmuster, sehr eleg. 33 M.
- Ser. VIII Dunkelgr. mel. Chev. m. grünlichen Streifen, sehr mod. 33 M.
- Ser. VIII Marengo - Cheviot mit dunklen Streifen, sehr vornehm 33 M.
- Ser. IX Olivbrauner Cheviot m. grünlichen Effekt, sehr mod. 38 M.
- Ser. IX Mittelgr. Chev. m. schmal. Fischgrätenmuster, sehr z. empf. 38 M.
- Ser. IX Dunkelgrauer Chev. mit farb. Effekt, prima Qualität 38 M.
- Ser. X Dunkelbraun mel. Chev. m. feine Streifen, Ersatz f. Mass 43 M.
- Ser. X Mittelgrau mel. Chev. mit dunkl. Streifen, erstkl. Verarb. 43 M.
- Ser. XI Olivbrauner Cheviot m. breitem Fischgrätenmuster 48 M.

Unübertroffene Auswahl — Unerreicht billige Preise

Sämtliche Neuheiten sind in meinen 7 Schaufenstern ausgestellt

Oben angeführte Artikel sind auf Roßhaar verarbeitet. Ich vermeide dadurch das lässliche Einfallen des Kleidungsstückes auf Schulter und Achsel und erziele eine Eleganz, die selbst der besten Maßarbeit nicht nachsteht und sich auch durch jahrelanges Tragen nicht verliert.

D. Perleberg

Spezialhaus für Herren- und Knaben-Bekleidung
Chaussee-Strasse 63, Ecke Liesenstr.

Spezialität: Kleidung für korpulente Herren und besonders schlanke Herren

Orts-Krankenkasse Lichtenberg.

Einladung

zur Ordentlichen General-Versammlung der ordentlichen Vertreter der Ortskrankenkasse Lichtenberg

am

Dienstag, den 24. Nov. 1908, abends 8 Uhr,

im unteren Saale der Brachtstraße des Orens (C. Orens), Lichtenberg-Str. 15, Frankfurt a. M. 151/152.

Tages-Ordnung:

- Erfolgswahl des Vorstandes, und zwar zweier Arbeitnehmer an Stelle der ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder Herren Seidel und Küdert.
 - Wahl von: a) zwei Arbeitgebern für die ausgeschiedenen Herren Juchacz und Blum; b) vier Arbeitnehmern für die ausgeschiedenen Herren Krumm, Hentschel, Scherer und Schulz.
- Die oben genannten Wahlen finden in getrennter Wahlversammlung statt.
- Wahl einer Kommission von drei Mitgliedern zur Prüfung der Jahresrechnung pro 1908.
 - Bericht über das Ergebnis der am 28. und 29. September 1908 stattgefundenen Delegiertenwahlen.
 - Bericht über den 4. Allgemeinen Kongress der Krankenkassen Deutschlands zu Berlin.
 - Bericht über die Verhandlungen der 15. Jahresversammlung des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen im Deutschen Reich zu Braunschweig.
 - Rassenangelegenheiten.
- Der Vorstand:
H. H. Hentschel, Vorsitzender.
H. Grupp, Schriftführer.

Orts-Krankenkasse Buchbinder

und verw. Gewerbe.

Montag, den 23. November 1908, abends 8^{1/2} Uhr: 279/5

Ordentl. General-Versammlung

im Lokale des Herrn J. Meier, Sebastianstr. 39.

Tages-Ordnung:

- Wahl eines Bureaubeamten.
 - Erfolgswahl der ausscheidenden Vorstandsmitglieder (drei Arbeitgeber und vier Arbeitnehmer).
 - Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung pro 1908.
 - Verchiedenes.
- Zugleich machen wir hierdurch bekannt, daß zum 1. Dezember d. J. die Stelle eines Bureaubeamten bei der Kasse zu belegen ist. Die Bestellung erfolgt nach den tariflichen Bestimmungen.
- Nach § 56 des Kassenstatuts ist jedes Kassenmitglied schuldig, welches einen eigenen Quotenzustand hat.
- Selbstgeschriebene Offerten sind bis zum 18. November an den unterzeichneten Vorsitzenden einzusenden.
- Der Vorstand:
Bernh. Jost, Vorsitzender,
Döbstr. 4, III.
Karl Gottesmann, Schriftf.

Orts-Krankenkasse für das Gewerbe der Verfertigung von Musikinstrumenten.

Sonntag, den 21. November 1908, abends 8^{1/2} Uhr,

im Restaurant Schulz, Rützstr. 17, Eingang Köpenickerbrunn.

General-Versammlung

sämtlicher Arbeitnehmer-Vertreter.

Tages-Ordnung:

- Rassenangelegenheiten.
 - Wahl von 2 Vorstandsmitgliedern (Arbeitnehmer).
 - Wahl von 3 Revisoren zur Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres.
 - Verchiedenes.
- Um vollständiges und pünktliches Erscheinen ersucht. 278/20
- Der Vorstand:
R. Glant, Vorsitzender.

Unsere Genossenschaft ist am 12. Oktober 1908 aufgelöst.

Etwaige Gläubiger werden aufgefordert, sich zu melden. 278/6*

Einkaufs-Genossenschaft der Freien Vereinigung Berliner Milchhändler.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Die Liquidatoren:
Buth, Technischschall, Peschlow.

Vorteilhaftester Bezug für Wiederverkäufer!

Cigarren

Billigste Engros-Preise!

- Kl. Mexiko 100 St. 2.85 M.
 - St. Felix Brasil 3.50 "
 - Cabinet 3.60 "
 - St. Andre Mexiko, vorn. 4.35 "
 - Alvarez 4.50 "
 - Excel. Kraut II 5.00 "
 - Altoza 5.50 "
 - Perla de Cuba 6. - "
- 400 Stück franko Nachnahme.

Czollek & Geballe

Zigarren-Engros. Berlin G., Neue Promenade 7, 1. Etage

Preisliste franko! (Klein-Laden)

Unsere Konfektion bietet durch Verarbeitung erstklassiger Stoffe und Zutaten vollständige Garantie höchster Reellität.

1500 Paletots,

neueste Fassons, aus modernen englischen Diagonal- und Chevron-Stoffen, von 7 M. an.

Abendmäntel

aus feinem Tuch in herrlichen Pastellfarben, auf Gloria und Seide gefüttert u. mit karierter Abstele, von 10 M. an.

Plüschjackette, Plüschpaletots, Plüschmäntel,

glatt und mit eleganter Litsen- und Bortengarnierung aus prima Velours du Nord und echt engl. Seal, 15, 20, 30, 40 M. bis 250 M.

Frauenmäntel

aus prima Tuch und Eskimo, schwarz und faubig, von 12 M. an.

1000 Kostüme

mit langen Paletots, Directoire, aus feinem Tuch, in den neuesten Farben und gediegenen englischen Tweed-Stoffen, von 12 M. an.

2 Häuser vom Dönhoffplatz, 12 Schaufenster.

Sielmann & Rosenberg,

Kommandantenstrasse, Ecke Lindenstrasse.

Sonnabends bis 9 Uhr abends geöffnet. Sonntags von 8-10 und 12-2.



Das läßt man sich gefallen!
Auf Teilzahlung billiger als anderweitig per Kassa bietet nur das Versandhaus Berliner Herren-Möbel, Straauer Straße 28 L, am Rollenmarkt, an durchaus zahlungsfähige Kunden. Garderobe fertig und nach Maß. Eigene Zuschneberei und Werkstätten, daher konkurrenzlos. Verarbeitung haltbarer Stoffe, Garantie für tadellosen Sitz.
Nicht gelieferte Rohanzüge, Paletots (Ronnatgarderobe) werden im Konsumhaus, Frankfurter Allee 188, Ecke Büggelstr., zu Räumungspreisen nur gegen Kassa verkauft. Besuch mit Mustern jederzeit. — Nachdruck verboten.

Paul Drenske Nachfolger Otto Berlett
Hutfabrik
Oranienstraße 172
empfiehlt sein großes Lager in [3853L*]
Hüten, Mützen, Schirmen, Pelzwaren.
Sämtliche hervorragenden Erzeugnisse des In- und Auslandes stets am Lager.
Reparaturen schnell, sauber und billig.

Spezial-Ausschank Berlin
Potsdamerstr. 127-128
Ecke Eichhornstraße, nahe Potsdamer Platz
KÖNIGL. HOFBRÄU
München — Vorzügl. Küche z. klein. Preis. — Diners 1 M. — Vereinszimmer.
Schenswürdigkeit **NEU!**
ersten Ranges!

Für alle Gewinne **bar Geld!**
Montag, den 23. Novbr. Ziehung der
Quedlinburger Pferde-Lotterie
1441 Gew. i. W. v. Mark
26000
Hauptgew. u. 10 Pferde i. W. v. M.
17000
1430 Silbergewinne, W. M.
9000
Lose à 50 Pf. Porto u. Liste 11 St. 5 M. 20 Pf. extra.
in all. Lotterie- u. Zig.-Gesch. sowie
H. Kulke & Co.
Berlin C., Münzstr. 1.

Weihnachts-Prämien
für die Leser des „Vorwärts“.
Hackländer Werke
2 Bände illustriert 3.50 M.
Freiligraths sämtl. Werke
3 Bände elegant geb. 3.— M.
Gerstäckers Werke
2 Bände illustriert 3.50 M.
Grillparzers sämtl. Werke
2 Bände illustriert 3.— M.
Goethes Werke
2 Bände illustriert 3.50 M.
Routers sämtl. Werke
2 Bände illustriert 3.— M.
Schillers Werke
2 Bände illustriert 3.50 M.
Ludwig, Zwischen Himmel und Erde.
Gleg. geb. statt 12 nur 3.— M.
Expedition des „Vorwärts“
Lindenstr. 69 (Kaden).

Wir sind unerreich
in bezug auf Grösse der Auswahl, billige Preise u. kulante Zahlungsbedingungen. Nachstehend einige Beispiele unserer Leistungsfähigkeit:

Modernt Herren-Anzug vorzugl. Qualität in schwarz od. farbig. Anz. v. 4 ⁰⁰ Mk. an	Eleganter Winter-Paletot beste englisch oder deutsche Ware. Anz. v. 4 ⁰⁰ Mk. an	Schicke Directoire-Kostüme Inbest. Verarb. nur neueste Mod. Anz. v. 4 ⁰⁰ Mk. an	Feinster Damen-Paletot aus pr. Diagonalstoffen 100 cm lg. Anz. v. 4 ⁰⁰ Mk. an
---	---	---	---

auf **Kredit**
empfehlen wir schicke
Herren- u. Damen-Garderobe
in blendender Auswahl und mit lächerlich geringer Anzahlung. Bester Sitz und Machart garantiert.
Pelz-Garnituren, Pelz-Jacketts, Herren-Pelze etc.
in allen Preislagen vom einfachsten bis elegantesten.
Die erste Grossmacht
M. Glogau, nur Alte Jakobstr. 73
Ecke Dresdenerstrasse, 6 Etage.
C. Wachsmann & Co., Reinickendorfer Str. 15, neben der Feuerwache.
Paul Neugebauer Nachf., Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 31

Nathan Wand
129 Stallger Str. 129.
Die schönsten 40000*
Herren - Winter - Paletots und Anzüge in neu sowie speziell
Monats-Garderobe
von Kavaliereu getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauchansätze sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand
129 Stallger Str. 129.
Hochbahnstation Rottbuser Tor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Zentralhaus moderner Herrenkleidung
Neue Friedrichstr. 35,
neben der Zentral-Markthalle,
liefert an jedermann elegante
Herren-Garderoben
fertig und nach Maß unter Garantie für tadellosen Sitz gegen wöchentlich. Teilzahlung von 1 M. an. Zuschneberei u. Vertikanten-Daube. Auf Wunsch Besuch des Kleiders mit neuesten Stoffmustern.
Sonntags geöffnet.

Greift zu!
den besten
Monatsanzüge . . . v. 9.50 M.
Abonnementsanzüge . . . 13.00
Wandlungsanzüge . . . 11.00
Vortragsanzüge . . . 12.00
Gehrockanzüge . . . 14.50
Anzüge, Ersatz f. Maß . . . 20.50
Winterpaletots . . . 9.50
Hosen . . . 2.00
Warme Winterjoppen . . . 6.00
Moldauer
98 Gr. Frankfurter Str. 98
im Kaden (am Straußberger Platz).
— Straßenbahn-Verbindung. —

A. B. Koch
Kohlen-Groß-Handlung
gegründet 1893.
Haupt-Kontor und 1. Geschäft: Berlin O. 34, Brombergerstr. 16.
II. Geschäft: O. 17, Fruchtstr. 13.
Brettle für nur 1a Marken ab Maß von 10 Str. an: 49682*
Prima la Goldheine (bekannte Marken). pr. Str. 97 St.
„Ferdinand-Brille“ pr. Str. 97 St.
„Anna od. Waldmannsheil“ pr. Str. 99 St.
„Pflaumerich“ pr. Str. 101 St.
„la Diamant“ pr. Str. (110 bis 120 St.) . . . 105 St.
„la Aile o. Wro.“ pr. Str. 105 St.
„la Anthrazit-Caddy“ 3. 235 St.
Kohle, Zerkohlten usw. zu den billigsten Tages- und Konventionspreisen. Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. Str. 10-15 St. mehr. — Bei Originalwaggons und größeren Abschüssen verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10-2.5-7, Sonntags 10-12.3-4

Widerstandsfähig gegen Winterkälte
machen Sie sich, indem Sie **kräftige Bouillon** trinken, die im Moment für **5 Pf.** hergestellt ist aus **Bouillon - Würfeln Marke Krone**

